Deutschland/Österreich 5 Euro, Schweiz 6 CHF
September/Oktober
5/2026

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

Martin Lopatka, CC BY-SA 2.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0>, via Wikimedia Commons

REICHES BACKLASH – DAS KLIMA ANTWORTET

INHALT

Arbeitswelt
Gesundheit als „Kostenfaktor"? *M. G.* 3
„Gerechtigkeit erkämpfen!" *H. N.* 5
Nichts als laue Proteste? *Jakob Schäfer* 6

Ökonomie
Steigen weltweit die Profite? *Michael Roberts* 11

Faschismus
Antiimperialistische Solidarität gegen wachsenden Faschismus, *Sushovan Dhar* 14

Nahost
Die Rückkehr des territorialen Imperialismus, *Ilan Pappé* 17
Wasser als Waffe – von Palästina bis zum Libanon, *Fadia Jomaa* 20

Israel/Palästina
Israel überschwemmt das Westjordanland mit Sondermüll, *Aseel Mafarjeh* 23

Albanien
Was die „Flamingo-Revolution" aufzeigt, *Albanisches Antikapitalistisches Kollektiv (KASh)* 27

Brasilien
Lula und der Wolf im Schafspelz, *Sven Peterke* 32
Die Kandidaturen der Linken, *Michael Kleine* 37

Ökologie
Hitzewellen: Wut und Traurigkeit. Und trotz allem Hoffnung. *Christine Poupin, Daniel Tanuro* 39
EU lockert Emissionshandel und beschleunigt die Klimakrise, *Daniel Tanuro* 46
Die Biogas-Illusion, *Klaus Meier* 48
„Klima, Klasse, Widerstand" – Spannende Tagung in Köln, *A. N.* 52

Theorie
Kontrollmacht des Kapitals und kommunistische Alternative, *Friedrich Voßkühler* 54

Letzte Seite
50. Jahrestag des Soweto-Aufstands, *Paul Martial* 60

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss:innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor:innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:
- Einzelpreis: EUR 5,– / CHF 6,–
- Jahresabo: EUR 27,–
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 37,–
- Solidarabo: ab EUR 35,–
- Sozialabo: EUR 16,–
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,–
- Auslandsabo: EUR 45,–

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:
- Deutschland:
  ISO,
  iso@intersoz.org,
  https://intersoz.org/
- Österreich:
  SOAL, Sozialistische Alternative,
  office@soal.at,
  https://soal.at/
- Schweiz:
  BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
  https://sozialismus.ch/

GESUNDHEIT ALS „KOSTENFAKTOR“?

GESUNDHEITSSCHUTZ ERKÄMPFEN!

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ So definierte es 1946 die Weltgesundheitsorganisation, als die Erinnerungen an die Verbrechen des Faschismus, des Stalinismus und des „demokratischen“ Imperialismus noch frisch waren.

■ **M. G.**

Obwohl sich seitdem das Wissen über Schutz von Gesundheit und Vermeidung/Bekämpfung von Krankheiten enorm vervielfacht hat, glaubt man sich angesichts der Zustände in der Arbeitswelt in einem Tollhaus zu befinden.

„Gier zerfrisst Gehirne“

Schon der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem in der Zeit vom 11.11.2004 veröffentlichten „Wutanfall“ festgestellt: „In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne.“

Es fällt schwer, dem früheren Jesuitenzögling Geißler zu widersprechen. Führende Kapitalistenvertreter wie Dulger und ihre politischen Handlanger in der Bundesregierung Merz/Klingbeil verfolgen die Agenda der Superreichen. Deren Ziel ist, wie der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) treffend formuliert hat, „reicher werden, die Macht ergreifen und niemals … zur Rechenschaft gezogen werden … Demokratie, Gesetze und Arbeitnehmerrechte sind Hindernisse, die wir biegen oder zerstören müssen, um zu bekommen, was wir wollen.“

In diesem Sinn höhlen sie tagtäglich unsere Grundrechte aus. Artikel 1 (1) GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“? Nein, die Höhe der Profite ist unantastbar! Artikel 2 (2) GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Nein, Gesundheit ist ein Kostenfaktor!

„Gesundheitsreform“ statt Gesundheit

Mit ihrer „Gesundheitsreform“ will die Regierung unter anderem rund 20 Mrd. € im Jahr 2027 „einsparen“ – sprich zu Lasten vor allem der Versicherten und der Beschäftigten im Gesundheitswesen kürzen. Angeblich soll so das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) reduziert werden. Sicherlich ist da Lobbyismus und zynische Handlangerpolitik für Wirtschaftsinteressen mit im Spiel. Aber es zeigt auch die Verkommenheit, Verblödung und Ignoranz einer karrierefixierten Berufspolitik auf.

Wer glaubt, solche Aussagen seien platte Polemik, den wollen wir zu einem Kurztrip einladen. Unser Reiseziel ist die obskure Welt des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt.

Jedes Jahr veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) einen Bericht über „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit" (SuGA). Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelt diesen dann nach § 25 SGB VII an Bundestag und Bundesrat.

2340 arbeitsbedingte Todesfälle in 2024

Im aktuellen SuGA 2024 sind interessante Zahlen zu finden. In diesem Jahr wurden 104.468 Berufskrankheiten (BK) angezeigt, jedoch nur 29.306 (28 %) anerkannt. Das bedeutet, dass die Kosten für die nicht anerkannten BK von den GKV übernommen werden.

In 2024 wurden zudem 1.900 Todesfälle aufgrund von Berufserkrankungen plus 440 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Die Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaften/BG) haben nach vorläufigen Ergebnissen wegen – oft vermeidbarer – Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 19,7 Mrd. € aufwenden müssen.

Die Plattform „FragDenStaat" bat den GKV-Spitzenverband mit Schreiben vom 16. Oktober 2024 „um Übersendung einer Aufstellung der Kosten … arbeitsbedingter Erkrankungen in Deutschland für die letzten 10 Jahre". Die Antwort: „Leider können wir Ihnen eine solche Aufstellung nicht zur Verfügung

„GERECHTIGKEIT ERKÄMPFEN!"

Am 10. Oktober 2026 findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus ab 13 Uhr, bereits die 13. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co." statt.

H. N.

Gewerkschaften und Solidaritätsinitiativen schlagen Alarm. Die Angriffe auf aktive Betriebsratsmitglieder haben sich im Umfeld der BR-Wahlen 2026 deutlich verschärft.

In vielen Betrieben wurden Wahlverfahren behindert, gewerkschaftlich aktive Kolleg:innen verleumdet, eingeschüchtert oder durch systematisches Mobbing zur Aufgabe ihrer Kandidatur gedrängt. Zudem nutzten Geschäftsleitungen Verdachtskündigungen und sogar betrügerische Insolvenzen, um Betriebsräte und Tarifbindung zu beseitigen.

Das Mannheimer Solikomitee spricht von einer „alarmierenden Hemmungslosigkeit" gegenüber Menschen, die ihre gesetzlichen Rechte wahrnehmen.

Tesla: Spitze des Eisbergs

Der Faschistenfreund Musk ist ein ausgemachter Gewerkschaftshasser und Betriebsratsfresser. Tarifverträge und Betriebsräte, die diesen Namen verdienen, dürfen seinen Anweisungen zufolge keinen Platz in der „Gigafactory Berlin-Brandenburg" haben.

Der Versuch der IG Metall (IGM), endlich bei den Betriebsratswahlen Anfang März 2026 in diesem riesigen Autowerk mit rund 11 000 Beschäftigten die Mehrheit im BR-Gremium zu erreichen, scheiterte trotz sehr erheblicher organisatorischer Anstrengungen der größten DGB-Gewerkschaft.

Elf Listen waren zur Wahl angetreten. Die Liste „IG Metall – Tesla Workers GFFB" wurde zwar dank eines engagierten Wahlkampfs zweitstärkste Kraft mit 13 BR-Mandaten, aber die Liste der durch die Firmenleitung von außen angeheuerten bisherigen BR-Vorsitzenden Schmitz erhielt die meisten Stimmen. Auf das unter ihrer Kontrolle formierte Bündnis „Giga United" der zehn gelben, gewerkschaftsfeindlichen Listen fielen 24 der 37 Sitze im BR-Gremium.

Massive Einschüchterungen

Schon im Vorfeld der BR-Wahlen beeinflusste das Management die Belegschaft massiv und warnte vor der Wahl der IGM-Liste in Versammlungen und Einzelgesprächen mit Vorgesetzten. Letztere verteilten Anstecker mit der Aufschrift „Giga Ja – Gewerkschaft Nein". Medienwirksam wurde das Abführen eines hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärs aus dem Betrieb inszeniert. Sprüche gegen die IG Metall beschallten – ganz in der Tradition totalitärer Systeme – die Tesla-Arbeiter:innen – sogar auf den Toiletten.

Tesla-Boss Musk ließ es sich nicht nehmen, höchstpersönlich kurz vor der BR-Wahl per Videobotschaft die Beschäftigten des deutschen Teslawerks einzuschüchtern. In Trump-Manier

Fortsetzung im Kasten auf Seite 5

stellen.“ Die gleichlautende Anfrage an die BAuA vom 19.10.24 blieb ebenfalls im Vagen.

Legal, illegal, ganz egal

Die massiv zunehmenden arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen werden von den BG jedoch nicht entschädigt, da diese im Unterschied zu Skandinavien durch die Blockadepolitik der Kapitalseite immer noch nicht in den Katalog der Berufskrankheiten aufgenommen worden sind.

Es ist davon auszugehen, dass dadurch und die geringe Anerkennungsquote von BK der GKV und ihren Beitragszahler:innen Kosten von rund 100 Mrd. € pro Jahr entstehen, die eigentlich von den BG und letztlich den Unternehmen bezahlt werden müssten.

Der Skandal in diesem Skandal ist, dass das seit 1996 geltende Arbeitsschutzgesetz Firmen zu einem vorbeugenden ganzheitlichen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit dokumentierten Gefährdungsbeurteilungen verpflichtet. Laut Bundesregierung soll das in 68 % der Unternehmen der Fall sein. Fachleute bezweifeln diese Angaben.

Aus Avanti² Rhein-Neckar Juni 2026

Fortsetzung von Seite 4

schwadronierte er von dem Wachstum der Gigafactory zum größten Industriekomplex in Europa. Diese großartige Vision sei bedroht, „wenn externe Organisationen die Dinge in die falsche Richtung treiben“ und „uns von außen das Leben schwer gemacht wird“.

Widerstand gegen Willkür?

Drei Wochen nach der Bekanntgabe des BR-Wahlergebnisses bei Tesla, kamen dann aus der Frankfurter IGM-Zentrale überraschende Töne. Die Gewerkschaft verkündete die Anfechtung der BR-Wahl bei Tesla nach § 19 Betriebsverfassungsgesetz.

Die Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Christiane Benner, ließ sich so zitieren: „Der Eindruck, dass die Wahl bei Tesla durch Drohungen beeinflusst wurde, ist zu schwerwiegend, als dies nicht gerichtlich zu klären.“ Kein Widerspruch!

Wenn sie aber „dringend noch wirksameres gesetzliches Vorgehen gegen Union Busting“ einfordert, dann ist sie daran zu erinnern, dass dies bereits der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2015 beschlossen hat.

Mit Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing vernichtet die Kapitalseite das Engagement zahlloser aktiver Betriebsräte. Trotz dieser bedrohlichen Entwicklungen bleiben politische Reaktionen praktisch aus. Das Mannheimer Solikomitee kritisiert, dass Bundesregierung und Landesregierungen den Skandal des BR-Mobbing weiterhin ignorieren, obwohl nur noch 40 Prozent der Beschäftigten durch Betriebs- oder Personalräte vertreten werden.

Demokratische Gegenmacht stärken

Die wichtige Mannheimer Tagung will ein klares Zeichen setzen: Demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt muss gestärkt werden, um Betriebsratsbekämpfung und den gesellschaftlichen Rechtsruck stoppen zu können.

Neben der Analyse von Erfolgen bei BR-Wahlen trotz Mobbing und der Lage in Musks Tesla-Imperium steht das Thema Stärkung der betrieblichen Gegenmacht auf dem Programm der Zusammenkunft.

Die Konferenz versteht sich als ein solidarisches Forum für Erfahrungsaustausch und praktische Unterstützung.

Weitere Infos gibt es hier

gegen-br-mobbing.de/
instagram.com/br_soli/
mastodon.social/@gegenbrmobbing
Anmeldung über folgende Adressen:
Per E-Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de
Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

NICHTS ALS LAUE PROTESTE?

Angesichts der weitreichenden Angriffe auf den sozialen Besitzstand der lohnabhängigen Bevölkerung sieht sich der DGB gezwungen, zu Protestkundgebungen aufzurufen, die in der geplanten Form allerdings wenig bewirken werden.

■ **Jakob Schäfer**

Vor allem die vorgesehene Rentenreform ist so gravierend, dass sie die Lebenslage der meisten Lohnabhängigen nachhaltig verschlechtern wird, noch mehr als beispielsweise die Reform der Krankenversicherung (zu den Hintergründen siehe Christiaan Boissevain: „Umfassender Angriff von Kabinett und Kapital“[1]).

Diese Angriffe können von der Regierung so vehement vorangetrieben werden, weil von Seiten der Gewerkschaften – der einzigen potentiellen Kraft, die das verhindern könnte – kein wirklicher Widerstand zu erwarten ist. Die Vorstände der Einzelgewerkschaften wie des DGB sind nicht nur konfliktscheu, sie teilen auch inhaltlich in weiten Teilen die angeblichen Gründe für diese Reformen: Überalterung der Gesellschaft, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit usw.

Die Gewerkschaftsbürokratie (mit der bedingten Ausnahme des ver.di-Vorstands) verfolgt nicht das Ziel, so viel Widerstand aufzubauen, dass die geplanten Änderungen nicht umgesetzt werden. So soll es nur Protestkundgebungen an arbeitsfreien Tagen geben, um (mit staatstragender Verantwortung) eine andere Position zu artikulieren und damit den Mitgliedern zu demonstrieren, dass man nicht untätig bleibt. Wäre die SPD nicht in der Regierung, sähe es um eine Nuance anders aus, aber nicht grundsätzlich. Letztlich unterstützt die Gewerkschaftsbürokratie das Bestreben der Regierung, „Handlungsfähigkeit“ an den Tag zu legen, womit Wähler:innenstimmen zurückgeholt werden sollen. Doch genau mit dieser „Handlungsfähigkeit“ (die den Menschen noch mehr aufbürdet) wird die AfD weiter gestärkt. Gibt es eine Alternative?

26. September: ein Auftakt oder ein Abgesang?

Seit Bekanntwerden der Reformpläne – vor allem in Sachen Rente – und angefacht von den neuen Stellenabbau-/Kostensenkungsplänen in der Autoindustrie wächst seit dem Frühsommer in einer Reihe von Belegschaften der Unmut, allen voran bei Ford, Mercedes Benz, ZF usw. und inzwischen sogar bei VW. Der DGB-Vorstand musste also etwas tun, um nicht völlig unglaubwürdig zu werden, und hat im Juli eine Reihe von Kundgebungen organisiert (https://igbau.de/Demos2026.html) und den 26. September, einen Samstag, als bundesweiten Aktionstag ausgerufen. Weitere Aktionen allerdings – bis hin zu Arbeitsniederlegungen – sind nicht in Vorbereitung, schließlich sei es Sache „der Politik“, die Dinge wieder geradezurichten. Und nur dazu sollen die Kundgebungen mahnen.

Kritische Appelle an die Gewerkschaftsvorstände sind – zumindest aus taktischen Gründen – sinnvoll. Aber sie versprechen keine Änderung von deren Politik. Entscheidend ist der Widerstand von unten, also von gewerkschaftlichen Basisstrukturen und vor allem von betrieblichen Kollektiven (Vertrauenskörpern, eigenständigen Betriebsgruppen usw.). Nur sie können eine Bewegung für einen effektiven Widerstand anstoßen, also Streiks, die über pflichtbewusste „Demonstrationsstreiks“ (Demonstrationen während der Arbeitszeit) hinausgehen, bei denen man also nicht unmit-

telbar danach an den Arbeitsplatz zurückkehrt. Demonstrationen, die nicht Teil einer weitergehenden Kampagne sind, überzeugen nicht und werden keine Dynamik in Gang setzen, die in der Lage ist, im Verlauf der Kampagne mehr und mehr Kolleg:innen einzubeziehen. Wenn aber nach diesen Demos nichts erreicht sein wird, kann dies zu großem Frust führen. Die daraus entstehende Desillusionierung kann nur die AfD stärken.

Auf Generalangriff mit Generalstreik antworten?

1947 und 1948 waren regionale politische Streiks mit bis zu 1,3 Mio. Beschäftigten durchgeführt worden. Der einzige umfassende Generalstreik in der BRD fand am 12. November 1948 gegen die Währungsreform und die stark steigenden Preise statt. An dem 24-Stunden-Streik nahmen 9,25 Millionen der insgesamt 11,7 Mio. Beschäftigen in der britisch-amerikanischen Besatzungszone teil (die Gewerkschaften hatten damals gerade mal 4 Mio. Mitglieder). 1952 konnten sich die Gewerkschaften im Kampf für eine Betriebsverfassung in Anlehnung an das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie nicht durchsetzen. Der berüchtigte Arbeitsrichter Hans Carl Nipperdey (in der NS-Zeit aktiver Nazi, Mitglied der SA, und in der BRD Vorsitzender Richter des Bundesarbeitsgerichtes) schrieb 1953 in einem Gutachten zum Zeitungsstreik von 1952 (der sich gegen die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes gerichtet hatte), dass Streiks nur legitim und legal seien, wenn sie „sozial adäquat" seien, weil sie sich gegen den sogenannten Arbeitgeber richten und wenn sie die Änderung der Arbeitsbedingungen zum Ziel haben. Auf diesem Gedankengang basieren alle späteren Begründungen für Schadensersatzansprüche gegen Streikende (bzw. ihre Gewerkschaften, wenn diese dazu aufgerufen haben).

Auf dieser Grundlage hat sich seitdem das Richterrecht für die Definition von rechtmäßigen Streiks durchgesetzt. Auch die Gewerkschaften haben mit der Zeit die Ansicht übernommen, Streiks seien verfassungsrechtlich nur im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen zulässig.

Genau diese eingeengte und noch nicht mal juristisch haltbare Sicht der Dinge ist falsch, denn ihr stehen sowohl das Grundgesetz als auch die internationalen Verträge, die die BRD abgeschlossen und ratifiziert hat, eindeutig entgegen:

Das Grundgesetz (GG): Hier lässt der Artikel 9 (Abs. 3) nicht den geringsten Zweifel zu: „Das Recht, zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig …" Dieses Grundrecht ist auch mit Richterrecht nicht außer Kraft zu setzen. Dieser Artikel (er ist einer von insgesamt 19 Grundrechtsartikeln) ist in besonderem Maße vor Änderungen geschützt und gehört zum Kernbestand der Verfassung.[2] Er wird auch an keiner anderen Stelle im GG in irgendeiner Form eingeschränkt.[3] Warum also sollten die Gewerkschaften das Richterrecht inhaltlich akzeptieren? Dass sie aus Gründen der Kräfteverhältnisse das heute weithin akzeptierte

EUROPÄISCHE SOZIALCHARTA

Unter dem Titel „Europarat rügt Defizite im deutschen Streikrecht" schreibt Wolfgang Däubler zur Entscheidung des Ministerkomitees des Europarats 1998. „Als höchstes Gremium des Europarats hat das Ministerkomitee am 3. 3. 1998 eine sog. ‚individuelle Empfehlung' an die Bundesregierung gerichtet. Gegenstand waren die erheblichen Einschränkungen des Streikrechts in der Bundesrepublik. Der beratende ‚Regierungsausschuss' hatte dem Ministerkomitee diese weitestgehende Form einer Rüge im Fall der Verletzung der Europäischen Sozialcharta (ESC) vorgeschlagen.

Konkret ging es um das in Art. 6 Abs. 4 ESC garantierte Streikrecht das nach Auffassung des Ausschusses unabhängiger Experten u. a. eine Beschränkung auf tarifliche Ziele nicht zulässt. Dieser Ausschuss überprüft Gesetzeslage und Praxis in jedem Staat, der die ESC ratifiziert hat."4

Auszug aus dem Bericht des Regierungsausschusses der Europäischen Sozialcharta (XIII-4) an das Ministerkomitee des Europarats: „Art. 6 Abs. 4 – Das Recht auf kollektive Maßnahmen. Deutschland: […] 82. Der Ausschuss bedauerte, dass keine Änderung der Situation erfolgt sei, die er als Verstoß gegen diese Bestimmungen der Charta bewertet hatte. Er hatte immer die Auffassung vertreten, dass das Verbot aller Streiks in Deutschland, die nicht auf den Abschluss eines TV [Tarifvertrags] gerichtet sind und die nicht von einer Gewerkschaft ausgerufen oder übernommen worden sind, mit den Erfordernissen von Art. 6 Abs. 4 unvereinbar sei." S. 155: „Das Verbot aller Streiks, die nicht auf den Abschluss von TV gerichtet seien, sei eine schwere Verletzung eines Artikels aus dem ‚harten Kern'; im Übrigen bedürfe es keiner Änderung von Artikeln des GG, um die Situation in Einklang mit der Charta zu bringen; es sei Aufgabe der Gerichte, das GG im Lichte der internationalen Verpflichtungen zu interpretieren."

Richterrecht nicht einfach ignorieren sollten, ist sicherlich unbestritten. Doch um dieses Kräfteverhältnis mindestens mittelfristig zu ändern, ist eine klare inhaltliche Ablehnung des Verbots politischer Streiks unabdingbar.

Vor diesem Gesamthintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages zu dem Schluss kommt, dass das in Deutschland eingeschränkte Streikrecht in eklatantem Widerspruch zu den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zu Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta und dem GG-Artikel 9 Abs. 3 steht.[8]

Was kann getan werden?

Es ist klar, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen aus dem Stand heraus ein Aufruf zum politischen Streik keine Massenbeteiligung erwarten ließe, auch wenn er vom DGB herausgegeben würde. Eine Änderung der eingefahrenen innergewerkschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kann nur durch eine hartnäckige und wachsende Bewegung von unten in Gang gesetzt werden. Dazu müssen sich die vorhandenen linksgewerkschaftlichen Strukturen, Netzwerke und betriebliche Gruppen zusammentun, sich auf eine gemeinsame Plattform verständigen und ein entschlossenes Programm vertreten.

Dazu sollte eine der überörtlich anerkannten Strukturen die Initiative ergreifen, sich mit anderen schon bestehenden Gruppen und Strukturen zusammentun und ein erstes (möglichst überregionales) Koordinierungstreffen organisieren. In der Folge könnte eine Konferenz auf Basis von Vertreter:innen aus betrieblichen (gewerkschaftlichen) Strukturen und Gruppen angegangen werden. Ziel sollte es sein, eine eigenständige Bewegung aufzubauen, die nicht von den DGB-Beschlüssen abhängig ist, die Gewerkschaften aber sehr wohl in die Pflicht nimmt (ganz im Sinne der Resolution des Vertrauenskörpers von Mercedes Benz Untertürkheim[9]). Die Bewegung muss darauf ausgerichtet sein, auch außerhalb von Tarifrunden den politischen Streik als ein legitimes und auch machbares Mittel in den Köpfen von möglichst vielen Kolleg:innen zu verankern. Denn:

Vor dem Streikrecht war der Streik

Im Rahmen einer solchen Kampagne für einen politischen Streik können die o. g. Bestimmungen, wie sie sich aus den internationalen Verträgen ergeben, für unsere Argumentation genutzt werden. Auch das Grundgesetz kann zur Stärkung unserer Argumentation herangezogen werden, auch wenn wir als Marxist:innen uns keine Illusionen über die Einhaltung von Grundrechten seitens der Herrschenden machen, wenn es hart auf hart kommt. Letztendlich aber wird die juristische Argumentation nicht die entscheidende Ebene sein, um das Recht auf den politischen Streik durchzusetzen. Sie dient lediglich der politisch-moralischen Unterstützung.

Ausschlaggebend für die Erfolgsaussichten zur Erreichung der Ziele und für die Abwehr von Repressions-

DIE ILO-PRINZIPIEN

Die BRD ist aufgrund ihres Beitritts zur ILO (Internationale Arbeitsorganisation) 1951 zur Einhaltung der dort vereinbarten Regeln verpflichtet. „Es handelt sich einerseits um Übereinkommen (oder Protokolle) als rechtsverbindliche internationale Verträge, die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Zudem gibt die ILO Empfehlungen, die als nicht verbindliche Richtlinien dienen."5

In einer zusammenfassenden Bewertung der ILO-Prinzipien zum Streikrecht heißt es in einer ILO-Schrift von 19986: „Obwohl das Komitee ausdrücklich festgehalten hat, dass Gewerkschaften nur so lange legitimerweise eine Nichteinmischung in ihre Aktivitäten fordern können, wie sie verhindern, dass ihre berufsbezogenen Forderungen einen rein politischen Aspekt annehmen, hat das Komitee auch festgehalten, dass eine klare Unterscheidung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Sphäre schwer zu treffen ist und dass diese beiden Sphären sich gegenseitig überschneiden.

Infolgedessen hat das Komitee beschlossen, dass berufsbezogene und ökonomische Interessen, die von Arbeitnehmern durch das Ausüben des Streikrechts geschützt werden, nicht nur bessere Arbeitsbedingungen oder kollektive Ansprüche berufsbezogener Natur betreffen, sondern auch das Suchen nach Lösungen für Wirtschafts- und Sozialpolitikfragen. […] Nichtsdestotrotz sollten die Aktivitäten seitens der Arbeitnehmer nur in einem Ausdruck des Protestes bestehen und nicht als Friedensbruch gedacht sein. In diesem Zusammenhang hat das Komitee zur Versammlungsfreiheit geäußert, dass eine Illegalitätserklärung eines nationalen Streiks, der gegen die sozialen und arbeitstechnischen Auswirkungen einer Wirtschaftspolitik einer Regierung gerichtet ist, und das Verbieten des Streiks eine ernsthafte Verletzung der Versammlungsfreiheit darstellen."[7]

maßnahmen nach einem solchen Streik ist die Frage: Wie viele Menschen – vor allem aus ökonomisch und verwaltungstechnisch wichtigen Bereichen – nehmen an einem solchen Streik teil? Dazu zwei vollkommen unterschiedliche Beispiele aus den letzten Jahrzehnten:

Erstes Beispiel – Die 1969 gebildete SPD/FDP-Regierungskoalition hatte im Bundestag nur eine knappe Mehrheit. Im Rahmen der CDU-Kampagne vor allem gegen die Entspannungspolitik der Brandt-Regierung (Ostverträge) traten 3 FDP-Abgeordnete zur CDU über, was den damaligen Unionsfraktionsvorsitzenden Barzel motivierte, im April 1972 im Bundestag einen Misstrauensantrag („konstruktives Misstrauensvotum") zur Abwahl von Brandt zu stellen. Zwei Tage vor der geplanten Abstimmung (am 27. April) gingen in der BRD Zehntausende auf die Straße, darunter nicht wenige Arbeiter:innen vor allem in Großbetrieben in NRW, und zwar während der Arbeitszeit. Betroffen waren Metall- und Stahlbetriebe, Autowerke (VW, Ford, Daimler Benz und sogar BMW). Nach damaligen Zählungen waren es in den Tagen vom 25.-27. April annähernd 100 000 Kolleg:innen in etwa 100 Betrieben. Der am meisten verbreitete Ruf war: „Willy muss Kanzler bleiben." Oder einfach auch „Willy! Willy!" Offiziell war das kein Generalstreik, es war im Grunde nur die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit (der Form nach waren es also „Demonstrationsstreiks"). Aber allein die hier und da bekannt gewordenen Rufe nach einem Generalstreik und die faktische Wirkung solcher Demos und Kundgebungen gegen einen drohenden Beschluss des Bundestages war faktisch ein politischer Streik.

Das zweite Beispiel - Ein anderer spontaner Streik war viel kleiner, besaß aber *mindestens* das gleiche Potential der Ausdehnung auf große Teile der Industrie und damit auf bedeutende Sektoren der tatsächlichen Mehrwertproduktion: 1996 gab es im Verlauf des Jahres schon mehrere Protestkundgebungen gegen geplante oder beschlossene Sozialabbaumaßnahmen, darunter die Einführung von Karenztagen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle nicht tarifgebundenen Betriebe. Insgesamt beteiligten sich an diesen DGB-Kundgebungen annähernd 350 000 Menschen.

Das Gesetz zur Einführung von Karenztagen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde schließlich am 13. September 1996 im Bundestag beschlossen und sollte am 1. Oktober 1996 in Kraft treten. Als das Kapital sich mit diversen Ankündigungen daran machte, die Karenztage auch in den tarifgebundenen Betrieben umzusetzen, gab es in vielen Städten Kundgebungen der IG Metall, an denen insgesamt 100 000 Metaller:innen teilnahmen. Politisch aber viel bedeutender war die spontane Bewegung zur Niederlegung der Arbeit, und zwar ausgehend vom Daimlerwerk in Bremen. Dort fing man Ende September an mit einer Arbeitsniederlegung von 1000 Beschäftigten und nannte dies „Kein Streik, aber massenhafte ‚Nachfrage bei Werksleitung'". Diese „Nachfrage" setzte sich in den Folgetagen fort, verstärkte sich und begann, sich auf andere Betriebe auszudehnen. Dieser politische Streik war noch in der Aufbauphase (er hatte erst wenige Tausend Menschen erfasst), aber es reichte schon: Innerhalb von wenigen Tagen erklärten viele Geschäftsführer in der Metallindustrie (egal ob tarifgebunden oder nicht), dass es in ihren Betrieben keine Karenztage geben werde und die Kohlregierung strich das Gesetz.

Dies waren beileibe nicht die einzigen politischen Streiks seit 1948.[10] So war der 16-wöchige Streik der IG Metall 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter zwar formal ein Kampf für einen Tarifvertrag, hatte aber weitreichende politische Folgen, was schließlich dazu führte, dass 1969 die CDU-SPD-Regierung den Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für alle Beschäftigten im Lohnfortzahlungsgesetz verankerte. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel auf das Tom Adler hinwies: „Über 300 000 KollegInnen haben Ende Januar [2007] an den Aktionen der IG Metall gegen die Rente mit 67 teilgenommen. Mindestens ein Teil von ihnen war während der Arbeitszeit auf der Straße und hat sich damit zweifellos das Recht zum politischen Streik genommen, was hierzulande bekanntlich als illegal gilt und allein schon deshalb hohe

MERCEDES-BENZ BREMEN: ARBEITSNIEDERLEGUNG HITZEFREI

26. Juni 2026: IG-Metall-Vertrauensleute und Betriebsräte der Halle 9 rufen zu Hitzefrei auf. Das nicht nur wegen der überhöhten Temperaturen, sondern angesichts der Forderungen des Vorstands: Länger arbeiten und Kürzung der Löhne. Die Regierung will uns bis 70 Jahren arbeiten lassen und diskutiert massive Kürzungen im Bereich Gesundheit, Bildung und Rente. Nicht mit uns!

https://automotiveworkers.org/de/2026/q2/mercedes-benz-bremen-arbeitsniederlegung-hitzefrei

Aufmerksamkeit bekommt – bei Gegnern wie Befürwortern.“[11]

Die nächsten Schritte

Seit Anfang des Sommers häufen sich Meldungen von aktiven Vertrauenskörpern, vor allem der Metall- und Elektroindustrie, die deutlich machen, dass man die Schnauze voll hat und auf Aktionen drängt (siehe dazu etwa den Kasten „Arbeitsniederlegung Hitzefrei“ bei Mercedes Benz Bremen). Der Aufbau einer Bewegung für einen betriebs- und sektorübergreifenden Streik ist zwar ohne die Mitwirkung (oder gar Initiierung) seitens der Gewerkschaftsvorstände sehr schwer, aber keineswegs unmöglich. Dafür braucht es (spätestens nach der „Sommerpause“)

- entsprechende Diskussionen und Resolutionen in möglichst vielen Betrieben;
- verbindliche Zusagen für die Beteiligung an Aktionen, wenn eine bestimmte Mindestzahl solcher Zusagen erreicht ist;
- ein Delegiertensystem, um eine solche oder vergleichbare Vorgehensweise zu beschließen und vorzubereiten.

Letzteres ist deswegen von großer Bedeutung, weil es im Moment keine anerkannte alternative Struktur gibt, die unabhängig von den Gewerkschaftsvorständen zu wirksamen bundesweiten Aktionen aufrufen könnte. An der Vorbereitung einer solchen Konferenz (Besprechung von betrieblichen Aktivist:innen) können – als Unterstützer:innen – bestehende Netzwerke und überparteiliche Publikationen mitwirken (also etwa Labournet, die VKG, express, die „aktionszeitung für eine Verkehrsindustrie der Zukunft“ usw.), aber die Abgesandten aktiver Vertrauenskörper und anderer betrieblicher Gruppen müssen die Struktur und die politische Ausrichtung einer solchen Koordination bestimmen. Die in dieser Richtung inzwischen angelaufenen Koordinierungs- und Vernetzungsanstrengungen lassen hoffen.

Hier lediglich ein Vorschlag für zentrale Themen einer Plattform, die man – möglichst ohne wochenlanges Tauziehen – in knapper und pragmatischer Form beschließen könnte, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen:

- Stopp aller Sozialabbaumaßnahmen!
- Stopp aller Entlassungen und Umstellung der Autoproduktion auf die Herstellung von Bussen, Bahnen und anderen gesellschaftliche nützlichen Dingen. Keine Konversion in Richtung Waffenproduktion.
- Runter mit der Rüstung und Umleitung der Mittel in gesellschaftlich nützliche Bereiche.

Jakob Schäfer ist Redakteur der Zeitschrift *die internationale*, langjähriger Gewerkschaftsaktivist und aktiv in der VKG

1 https://intersoz.org/umfassender-angriff-von-kabinett-und-kapital/

2 Zu diesem Kernbestand gehört genau genommen auch Artikel 20, in dem es heißt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. [Und in Absatz 4 heißt es dort:] Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

3 Dem entgegen versucht allerdings die Regierung gerade, die Arbeitspflicht in Krisenzeiten für bestimmte Sektoren durchzusetzen und damit die Bestimmungen der Notstandsverfassung von 1968 noch auszudehnen. Mehr dazu unter: https://gewerkschaftsforum.de/was-beschaeftigte-ueber-das-arbeitssicherstellungsgesetz-sollten/

4 Prof. Wolfgang Däubler in der Fachzeitschrift „Arbeit und Recht“ (ArbuR) Ffm, Heft 4/1998, S. 154 ff

5 https://www.ilo.org/de/regions-and-countries/europe-and-central-asia/internationale-arbeitsorganisation-vertretung-deutschland/ilo-arbeits-und-sozialstandards/ilo-%C3%BCbereinkommen

6 Bernard GERNIGON, Alberto ODERO and Horacio: “ILO Principles concerning the Right to Strike”: GUIDO https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/%40ed_norm/%40normes/documents/publication/wcms_087987.pdf

7 Im Original heißt es an der entscheidenden Stelle: “In this connection, the Committee on Freedom of Association has stated that “a declaration of the illegality of a national strike protesting against the social and labour consequences of the government’s economic policy and the banning of the strike constitute a serious violation of freedom of association.” (ILO, 1996d, para. 493)

8 https://www.bundestag.de/resource/blob/411676/WF-VI-103-06-pdf.pdf

9 https://vernetzung.org/schluss-jetzt-protest-widerstand-streik-eine-resolution-der-ig-metall-vertrauensleute-mercedes-benz-stuttgart-unterturkheim/

10 Mehr dazu in Lucy Redler: Politischer Streik in Deutschland nach 1945, Karlsruhe (Neuer ISP Verlag) 2007

11 Tom Adler in Vorwort zum Buch von Lucy Redler a. a. O. S. 7

STEIGEN WELTWEIT DIE PROFITE?

Nach der Stagnation 2024 sind Ende 2025 in einigen großen Volkswirtschaften die Unternehmensgewinne gestiegen.

■ **Michael Roberts**

In der nachfolgenden Grafik sind die durchschnittlichen Profitraten der USA, Großbritanniens, Japans, Deutschlands und Chinas zusammengefasst und zwar gewichtet gemäß dem jeweiligen BIP und unter Verwendung der Zahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in der jeweiligen Währung. (Grafik 1)

Auf globaler Ebene stiegen in den 2010er Jahren – dem Jahrzehnt, das ich nach der großen Rezession von 2008/2009 als die „lange Depression" bezeichnete – die Profite im Schnitt jährlich um 3,9 %. Aber in der ersten Hälfte der 2020er Jahre verdoppelte sich diese Rate auf 7,7 %, auch wenn dies immer noch weit von den durchschnittlichen Wachstumsraten von 16,1 % in den 2000er Jahren entfernt ist, als die Kreditblase die Profite in die Höhe trieb. Nur während zwei Phasen sanken die Profite: in der kleinen Profitrezession Ende 2015 und während der Pandemie 2020. (Grafik 2)

In den zehn Jahren vor 2007 lag der durchschnittliche jährliche Gewinnanstieg in den chinesischen Unternehmen bei 26,7 %, mithin dreimal so hoch wie in Japan und den USA. In den 2010er Jahren ging Chinas Gewinnwachstumsrate stark zurück. Auch in den anderen Volkswirtschaften – mit der Ausnahme von Japan – verlang-

GRAFIK 1

Entwicklung der durchschnittlichen Profitraten im jeweiligen Quartal im Jahresvergleich und gewichtet nach dem BIP der Länder USA, D, Japan, China, GB.

GRAFIK 2

Durchschnittliche jährliche Änderung der Unternehmensgewinne in Prozent

GRAFIK 3

Jährliche Zunahme der Unternehmensgewinne in den USA (in Prozent) Quelle: https://dbasu.shinyapps.io/Profitability/

samte sich die Zunahme der Gewinne. Bisher ist in den 2020er Jahren das durchschnittliche Gewinnwachstum in Japan und den USA gestiegen, wobei sich die Rate in den USA – verglichen mit den 2010er Jahren – mehr als verdoppelt hat. In Deutschland und in Großbritannien war das Gewinnwachstum der Unternehmen im ersten Quartal des 21. Jahrhunderts sehr schlecht. Damit haben sich das japanische Kapital wie auch die US-Unternehmen auf der Ebene der Gewinne sehr gut geschlagen, während das europäische Kapital schlecht abgeschnitten hat.

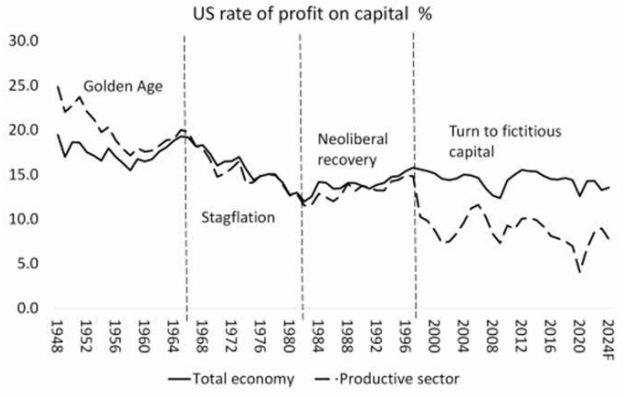
Was sagt uns das? Die Zahlen der 2020er Jahre legen nahe, dass das Kapital in den bedeutenden Volkswirtschaften nicht auf einen Einbruch zusteuert, mit Ausnahme Deutschlands, wo die Gewinnzunahmen sich mit dem aktuellen Rezessionsumfeld decken.

Wenn wir uns auf die USA konzentrieren und eine Basu-Wasner-Berechnung der Gewinne anhand offizieller Daten durchführen, dann wird klar, dass das jährliche Gewinnwachstum in den 2020er Jahren sogar höher war als in der neoliberalen Phase der 1980er Jahre. Der höhere Wert in den 1970er Jahren hängt mit der damals höheren Inflation zusammen. (Grafik 3)

In der marxistischen Analyse ergibt sich die Profitrate eines Unternehmens aus dem Gesamtprofit (Mehrwert) geteilt durch die Summe des angelegten fixen Kapitals und des zirkulierenden Kapitals sowie der Kosten für das Personal in der Produktion. Die Gesamtprofitrate in der US-Wirtschaft ist seit dem Ende der neoliberalen Erholungsphase Ende der 1990er Jahre leicht gesunken. Betrachten wir jedoch ausschließlich den Produktionssektor in den USA (also ohne Immobilien, Finanzwesen, Versicherungen und den öffentlichen Sektor), dann sehen wir, dass die Profitrate im Produktionsbereich in den 2010er Jahren bis zum Ende des pandemiebedingten Einbruchs im Jahr 2020 drastisch gesunken ist. Dies ist der Hintergrund der Große Rezession von 2008–2009 und des pandemiebedingten Einbruchs von 2020. Danach ist die Rentabilität produktiver Vermögenswerte jedoch wieder gestiegen. (Grafik 4)

Weshalb haben sich die Profite in der Gesamtwirtschaft der USA und Japans erholt? Darüber läuft eine kontroverse Debatte. Ruchir Sharma, Vorsitzender der Rockefeller-Stiftung, vertrat in einem kürzlich erschienenen Artikel den Standpunkt, das Gewinnwachstum in den USA habe sich lediglich aufgrund steigender Haushaltsdefizite der Regierung beschleunigt. Sinkende Unternehmenssteuern und steigende staatliche Subventionen hätten die Gewinne angekurbelt. „Die Gesamtheit der Unternehmensgewinne ist von 7 Prozent des BIP Ende der 1990er Jahre auf aktuell 11 Prozent gestiegen. Die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft hat dabei eine Rolle gespielt, aber auch Steuersenkungen und staatliche Ausgaben. In letzter Zeit ist das US-Defizit auf über 6 Prozent des BIP gestiegen, und ein so hohes Defizit ist die Folge einer umfangreichen Einkommensumverteilung zugunsten von Haushalten und Unternehmen." Sharma kommt zu dem Schluss, dass „die Defizite mehr als die Hälfte der Unternehmensgewinne ausgemacht haben – doppelt so viel wie in der Dotcom-Ära. Ohne die staatliche Unterstützung erscheinen die US-Gewinne weniger außergewöhnlich."

GRAFIK 4



Unterschiedliche Profitraten in der Gesamtwirtschaft und im Produktionssektor

Sharma folgt der Argumentation der sogenannten Kalecki-Gleichung, die im Kern besagt, dass Investitionen die Gewinne nach oben treiben und nicht umgekehrt. Mit anderen Worten: Wenn eine Regierung ein großes Haushaltsdefizit kreiert, also „entspart", kann sie Investitionen und damit Gewinne ankurbeln. „Folgt man einer etablierten Rechnungslegungsformel, nämlich der Kalecki-Levy-Gleichung, so sind Unternehmensgewinne zum Teil ein Spiegelbild des Staatsdefizits. Darauf basierend waren Defizite seit Ende der 1990er Jahre der mit Abstand größte Faktor für den Anstieg der Gewinne im Verhältnis zum BIP."

Doch wie ich bereits bei vielen Gelegenheiten und in zahlreichen Beiträgen erläutert habe, ist die Kalecki-Identität (Gewinne = Investitionen) genau das: eine Identität. Damit wird nichts über Ursache und Wirkung ausgesagt. Treiben Investitionen die Gewinne an und führt das „Entsparen" (die Verschuldung) des Staates zu höheren Gewinnen? Meiner Ansicht nach ist diese Kausalität genau umgekehrt. Im Kapitalismus führen höhere Gewinne [bzw. konkrete Gewinnerartungen, J. S.] zu mehr Investitionen. Und wenn wir von dieser Richtung ausgehen, dann ist der Anstieg der Gewinne nicht auf staatliche Ausgaben zurückzuführen, sondern kann nur auf eine Zunahme der Ausbeutungsrate der abhängig Beschäftigten zurückgeführt werden. Ein Ausdruck davon ist der gestiegene Anteil der Gewinne an der US-Wirtschaft im Verhältnis zu den Löhnen. Die Unternehmensgewinne als Anteil am US-BIP liegen auf Rekordniveau. (Grafik5)

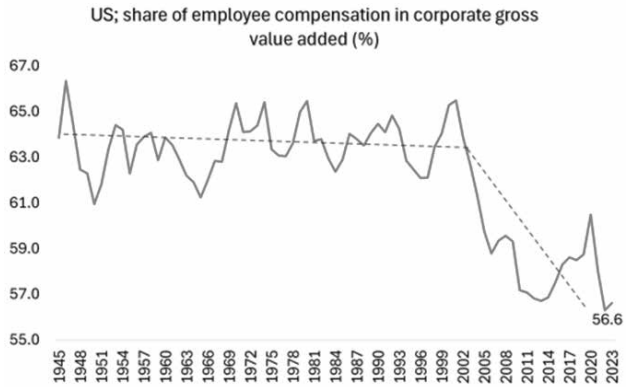
Die Gewinne steigen nicht aufgrund extrem hoher Staatsausgaben, sondern weil der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen drastisch gesunken ist – auf einen historischen Tiefstand. (Grafik 6)

Wenn dieser Anstieg des Gewinnanteils gehalten und beschleunigt werden kann, könnte die Profitrate in den USA durchaus weiter steigen. Viel wird davon abhängen, ob die gewaltigen Investitionen, die die KI-Unternehmen und ihre potenziellen Kunden in Rechenzentren tätigen, zu einem sprunghaften Anstieg der Gewinne führen werden (durch Stellenabbau und damit durch Senkung der relativen Lohnkosten). Wie Sharma in einem früheren Artikel schrieb: Die US-Wirtschaft ist derzeit „eine einzige große Wette auf KI". Ich werde auf diese Frage zurückkommen.

GRAFIK 5

USA: Gewinnanteil an der Wertschöpfung des Unternehmens

GRAFIK 6



Anteil der Entgelte der abhängig Beschäftigten an der Bruttowertschöpfung der Unternehmen

Michael Roberts ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitete 40 Jahre lang als städtischer Angestellter in London. Er veröffentlichte eine Reihe von Büchern und grundlegenden Artikeln zur Krise des Kapitalismus. Sein Blog *https://thenextrecession.wordpress.com/* wird international von vielen Menschen, nicht zuletzt von Gen. der IV. Internationale, verfolgt.

2. Juni 2026

Quelle: *https://thenextrecession.wordpress.com/2026/06/02/global-profits-an-upward-turn/.*

Übersetzung: J. S.

ANTIIMPERIALISTISCHE SOLIDARITÄT GEGEN WACHSENDEN FASCHISMUS

Der zeitgemäße Antifaschismus muss international sein und Widerstandsbündnisse aufbauen.

■ **Sushovan Dhar**

Die aktuelle globale Lage ist durch ein gefährliches Zusammentreffen dreier weitreichender Trends gekennzeichnet: den Aufstieg des autoritären Nationalismus – bisweilen in Form eines ausgrenzenden Ultranationalismus –, das Erstarken rechtsextremer Bewegungen und den wiederauflebenden imperialistischen Wettstreit zwischen globalen und regionalen Mächten.

Diese Entwicklungen sind keine Einzelfälle, sondern eng miteinander verknüpfte Ausprägungen einer umfassenderen Krise des globalen Kapitalismus und der politischen Legitimität.

Historisch gesehen ist der Faschismus in Zeiten tiefgreifender sozialer und wirtschaftlicher Instabilität entstanden. Wenn sich die Ungleichheit verschärft, demokratische Institutionen geschwächt und die herrschenden Eliten in ihrer Autorität herausgefordert werden, gewinnen autoritäre und reaktionäre Kräfte oft an Boden.

In solchen Momenten werden Nationalismus, Rassismus und Militarisierung zu Instrumenten, um die Macht zu festigen und die gesellschaftliche Wut von strukturellen Ungleichheiten abzulenken.

Heute beobachten wir in verschiedenen Regionen ähnliche Muster. Die Militarisierung nimmt zu. Kriege werden zunehmend im Namen der Sicherheit, der Demokratie oder der Zivilisation gerechtfertigt. Migrant:innen werden zu Sündenböcken gemacht. Minderheiten werden verteufelt. Demokratische Institutionen werden ausgehöhlt, während die Exekutivgewalt zunehmend zentralisiert wird.

Hinter diesen Entwicklungen liegt eine tiefgreifendere strukturelle Realität verborgen: der Imperialismus.

Antifaschismus ohne Antiimperialismus bleibt unvollständig. Der Imperialismus verfestigt Hierarchien, Herrschaftsverhältnisse und Gewalt auf globaler Ebene. Er schafft eine Weltordnung, in der mächtige Staaten und multinationale Konzerne einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf schwächere Volkswirtschaften und politische Systeme ausüben.

Durch Mechanismen wie Schuldenabhängigkeit, Handelsungleichgewichte, Rohstoffabbau und politische Einmischung untergräbt der Imperialismus die Souveränität und verschärft die Ungleichheit. Ein Kampf gegen den Imperialismus ist jedoch ohne einen Kampf gegen den Kapitalismus unmöglich.

Diese Weltordnung verstärkt autoritäre Tendenzen. Wenn Gewalt auf internationaler Ebene zur Normalität wird, wird die Unterdrückung im eigenen Land einfacher. Wenn geopolitische Rivalitäten unter zivilisatori-

schen oder rassischen Gesichtspunkten betrachtet werden, nimmt die Fremdenfeindlichkeit in den Gesellschaften zu. Wenn wirtschaftliche Vorherrschaft weltweit akzeptiert wird, verschärft sich die Ungleichheit innerhalb der Länder.

Illusion der Multipolarität: Indien

Die heutigen geopolitischen Spannungen werden oft als Kampf zwischen konkurrierenden Blöcken und einer sich abzeichnenden „Multipolarität" dargestellt. Viele vertreten die Ansicht, dass der Aufstieg neuer Mächte und Zusammenschlüsse wie der BRICS-Staaten eine fortschrittliche Alternative zur westlichen Vorherrschaft darstelle. Diese Annahme muss jedoch sorgfältig geprüft werden.

Multipolarität an sich bedeutet nicht zwangsläufig Emanzipation. Eine Welt mit mehreren konkurrierenden Mächten kann nach wie vor imperiale Hierarchien, geopolitische Rivalitäten, Militarisierung und wirtschaftliche Vorherrschaft hervorbringen.

Die Multipolarität mag zwar die Vorherrschaft einer einzigen Hegemonialmacht einschränken, führt jedoch nicht automatisch zu einer demokratischeren oder gerechteren Weltordnung.

In diesem Sinne mag die Multipolarität zwar Chancen für die herrschenden Eliten und staatlichen Akteure bieten, stellt jedoch nicht unbedingt eine Alternative für die Völker der Welt dar. Der Wettbewerb zwischen den Großmächten kann Militarisierung, Ressourcenkonflikte und geopolitische Spannungen verschärfen.

Ohne demokratischen Internationalismus und Solidarität zwischen den Völkern läuft die Multipolarität Gefahr, lediglich zu einer Umverteilung der Macht unter konkurrierenden Eliten zu werden.

Indien ist ein wichtiges Beispiel für diese Widersprüche. Das Land wird aufgrund seiner Mitgliedschaft in den BRICS-Staaten oft als Teil einer sich abzeichnenden multipolaren Welt dargestellt. Gleichzeitig hat Indien jedoch seine strategische Zusammenarbeit mit westlichen Militär- und Sicherheitsstrukturen vertieft, die darauf abzielen, China in Schach zu halten.

Obwohl Indien formal nicht Teil des regionalen Sicherheitsbündnisses AUKUS (Australien, United Kingdom u. United States) [d. Red.]) ist, hat es seine militärische und strategische Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten und deren Verbündete durch Vereinbarungen wie die „Quad", den Ausbau der Verteidigungszusammenarbeit, gemeinsame Militärübungen und strategische Technologiepartnerschaften gestärkt.

Diese doppelte Positionierung verdeutlicht die Komplexität der heutigen Geopolitik. Staaten sind gleichzeitig Mitglieder mehrerer Machtblöcke, streben nach strategischer Autonomie und verstärken dabei zugleich die Militarisierung und die geopolitischen Rivalitäten. Solche Ausrichtungen stellen nicht unbedingt eine Alternative zum Imperialismus dar, sondern spiegeln oft neue Konstellationen innerhalb desselben globalen Machtwettbewerbs wider.

Gleichzeitig ist Indien auch eines der bedeutendsten aktuellen Beispiele für den Aufstieg eines autoritären Mehrheitsnationalismus. Das derzeitige politische Regime ist eng mit der (hindu-suprematistischen) Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) verbunden, einem hundert Jahre alten ideologischen und organisatorischen Projekt, das 1925 gegründet wurde.

Die RSS ließ sich in ihren Anfangsjahren von europäischen faschistischen Bewegungen inspirieren, insbesondere von Mussolinis Italien, und später von Aspekten des Modells des kulturellen Nationalismus, der Mehrheitsidentität und der zentralisierten ideologischen Mobilisierung im nationalsozialistischen Deutschland.

Im Laufe der Jahrzehnte hat die RSS ein umfangreiches organisatorisches Netzwerk in der gesamten indischen Gesellschaft aufgebaut, das politische, Bildungs-, Kultur- und paramilitärische Strukturen umfasst. Ihr langfristiges politisches Ziel ist die Umwandlung Indiens von einer säkularen, pluralistischen Republik in einen Staat mit hinduistischer Mehrheit, der oft als „Hindu Rashtra" [Hindu-Nation – Anm. d. Red.] bezeichnet wird.

Dieses ideologische Projekt hat in den letzten Jahren beispiellose staatliche Macht erlangt. Zu den Folgen zählen zunehmende Angriffe auf Minderheiten, insbesondere auf Muslime und Christen, Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, Druck auf unabhängige Medien, eine Schwächung der demokratischen Institutionen sowie eine zunehmende Zentralisierung der Macht.

Gleichzeitig hat die indische Regierung ihre politischen und militärischen Beziehungen zu Israel vertieft, das in Bereichen wie Sicherheitsdoktrin, Überwachungstechnologien, Militarisierung und Mehrheitsnationalismus zunehmend als Vorbild dient. Teile der indischen extremen Rechten ziehen offen Parallelen zwischen dem Projekt eines Staates mit hinduistischer Mehrheit und dem ethnisch-nationalen Modell Israels.

Antifaschismus muss international sein

Dies verdeutlicht einen allgemeineren globalen Trend: Rechtsextreme und autoritäre Bewegungen lernen zu-

nehmend voneinander. Ideologische Rahmenkonzepte, Sicherheitsdoktrinen, Überwachungstechnologien und Methoden des Regierens werden grenzüberschreitend ausgetauscht.

Diese Entwicklungen unterstreichen einen wichtigen Punkt: Der zeitgenössische Antifaschismus muss auch international sein. Über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg stehen arbeitende Menschen vor immer ähnlicheren Aufgaben.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Sparmaßnahmen, Privatisierungen und steigende Lebenshaltungskosten sind weit verbreitet. Landwirte sind mit Landenteignung und Agrarkrisen konfrontiert. Indigene Gemeinschaften leisten Widerstand gegen die Rohstoffindustrie. Migrant:innen sind Kriminalisierung und Ausbeutung ausgesetzt. Frauen sind sowohl von wirtschaftlicher Marginalisierung als auch von verstärkter patriarchalischer Gewalt betroffen.

Diese Kämpfe sind miteinander verknüpft. Deshalb versuchen rechtsextreme und autoritäre Bewegungen, sie zu spalten. Migrant:innen werden für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Minderheiten werden als Bedrohung für die nationale Identität hingestellt. Externe Feinde werden benutzt, um die Unterdrückung im eigenen Land zu rechtfertigen.

Diese Strategien zielen darauf ab, die Unterdrückten zu spalten und die etablierten Machtstrukturen zu schützen. Solidarität unter den Völkern ist die wirksamste Antwort darauf.

Diese Solidarität darf nicht abstrakt bleiben. Sie muss durch konkrete Formen der Zusammenarbeit erreicht werden: gemeinsame Kampagnen gegen Verschuldung und Sparpolitik, Solidarität mit Migrant:innen und Geflüchteten, Widerstand gegen Militarisierung und Krieg, Verteidigung der Rechte arbeitender Menschen und Schutz demokratischer Freiheiten.

Internationalismus ist daher nicht nur eine ethische Verpflichtung. Er ist eine politische Notwendigkeit.

Widerstandsbündnisse

Die Geschichte liefert wichtige Lehren. Der stärkste Widerstand gegen den Faschismus ist aus breiten Bündnissen sozialer Kräfte hervorgegangen: Arbeiter:innen, Bäuerinnen und Bauern, Studierende, Intellektuelle und demokratische Bewegungen.

Diese Kämpfe gingen oft über nationale Grenzen hinaus. Antikoloniale Bewegungen, Kämpfe gegen die Apartheid und die internationale Solidarität der arbeitenden Menschen haben die Kraft kollektiven Handelns über nationale Grenzen hinweg unter Beweis gestellt. Es ist heute unerlässlich, diesen Geist der Solidarität wieder aufzubauen.

In einer Welt, die von Zersplitterung und Angst geprägt ist, bietet die internationale Zusammenarbeit zwischen den Völkern eine Alternative, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruht. Antiimperialismus und Antifaschismus sind keine getrennten Kämpfe, sondern miteinander verflochtene Dimensionen desselben politischen Projekts.

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bewegungen, die Vertiefung der internationalen Solidarität sowie der Widerstand gegen Spaltung und Autoritarismus sind dringende Aufgaben.

Die Zukunft wird nicht allein von mächtigen Staaten oder geopolitischen Rivalitäten bestimmt werden. Sie wird auch von organisierten Bevölkerungsgruppen geprägt sein, die grenzüberschreitend gemeinsam handeln.

Im Kampf gegen den erstarkenden Faschismus bleiben Antiimperialismus und Solidarität zwischen den Völkern zentrale Säulen einer demokratischen und emanzipatorischen Alternative.

Juli/August 2026

Sushovan Dhar ist ein politischer Aktivist, Autor und Gewerkschafter in Kalkutta. Er steht in enger Verbindung mit dem CADTM India.

Aus: https://againstthecurrent.org/atc243/resisting-rising-fascism-peoples-anti-imperialism-solidarity/

Übersetzung: Björn Mertens

DIE RÜCKKEHR DES TERRITORIALEN IMPERIALISMUS

Was steckt hinter dem israelischen Angriff auf den Iran?

■ **Ilan Pappé**

Jede Analyse des Staates Israel und des Zionismus muss unterscheiden zwischen Mustern der Kontinuität, die in den ideologischen israelischen Grundlagen verwurzelt sind, und Mustern des Wandels, die sich aus den Umständen und dem Lauf der Zeit ergeben. Dies gilt auch für die Analyse der israelischen Politik gegenüber dem Iran, von den Anfängen des Staates Israel bis hin zu seinem aktuellen Angriff.

Bis zum Sturz des Schahs und seines Regimes im Jahr 1979 war der Iran ein wichtiges Mitglied der Koalition nicht-arabischer Länder, die sowohl der Staat Israel als auch der Westen aufzubauen versuchten, gegen den Einfluss der Sowjetunion und den Aufstieg progressiver arabischer Regime, die sich dem Panarabismus und der Befreiung Palästinas verschrieben hatten. Dieses Bündnis führte zu der berüchtigten Verbindung zwischen dem *Shabak*, dem israelischen, und dem *Savak*, dem iranischen Geheimdienst, die ähnliche Unterdrückungsmethoden – gegen Palästinenser:innen im erstgenannten Fall und gegen Regimekritiker im letzten Fall – anwendeten.

Diese Achse wurde nach der iranischen Revolution aufgelöst. Der Iran identifizierte sich mit dem palästinensischen Befreiungskampf und unterstützte direkt politische islamische Gruppen, die seit den frühen 1930er Jahren Abkömmlinge der Muslimbruderschaft in Palästina waren (daher ist die westliche Darstellung, wonach diese Gruppen vom Iran gegründet worden seien, falsch).

Nach der iranischen Revolution und insbesondere angesichts des Engagements des neuen Regimes für die Befreiung Palästinas sowie seiner Ablehnung der Idee eines jüdischen Ethnostaates entwickelte die israelische Politik eine Iran-Strategie ähnlich dem Muster der Politik gegenüber arabischen Ländern, die entschlossen schienen, Solidarität mit der palästinensischen Sache zu zeigen.

Im 20. Jahrhundert konzentrierte sich diese Strategie auf die heimliche Einmischung in die Angelegenheiten dieser Staaten. Dies bedeutete, Spaltungen innerhalb der Gesellschaften zu säen und Minderheiten zu unterstützen, die sich vom Mutterland abspalten wollten.

Im Iran ging es dabei um Versuche, Verbindungen zur kurdischen Minderheit aufzubauen. Doch im Gegensatz zu den Beziehungen zu irakischen Kurden ist dies im Iran nie zustande gekommen. Das übergeordnete Ziel bestand darin, Länder erheblich zu schwächen, die sowohl die

IM ZENTRUM DER PALÄSTINA-FRAGE …

… steht der Zionismus als Staatsideologie. Er prägt den Angriff auf den Iran und den Libanon, die derzeitige ethnische Säuberung der Westbank, den fortgesetzten schrittweisen Völkermord an der Bevölkerung von Gaza sowie den wachsenden Druck auf die Palästinenser:innen im Staat Israel, das Land zu verlassen – der stille Transfer.

israelische regionale Vorherrschaft bedrohten als auch weiterhin bereit waren, den palästinensischen Widerstand zu unterstützen.

In diesem Jahrhundert ist diese Politik viel offener und aggressiver geworden. Der Grund dafür ist das Aufkommen des messianischen Zionismus als hegemoniale politische Kraft im Staat Israel. Dies fiel zusammen mit dem Aufstieg des christlichen Fundamentalismus als Kraft innerhalb der Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten sowie dem Aufkommen faschistischer und neorechter Parteien im Westen. Man könnte diesem Mix auch den Machtantritt von Narendra Modi in Indien hinzufügen.

Diese Politik läuft auf eine Rückkehr zu jener Art von territorialem Imperialismus hinaus, der Ende des 19. Jahrhunderts weite Teile der Welt verwüstete. Das bedeutet, dass die territoriale Ambition, ein entarabisiertes Groß-Israel zu schaffen, über die Grenzen des historischen Palästinas hinausreicht.

Dies entspricht dem Wunsch, ein theokratisches, biblisches Königreich wiederherzustellen, das von seinen Nachbarn gefürchtet wird und in der Region eine beherrschende Stellung einnimmt. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung des amerikanischen Botschafters in Israel von Bedeutung. Als der amerikanische Journalist Tucker Carlson fragte, ob sich der von ihm und der derzeitigen israelischen Regierung angestrebte biblische Staat vom Nil bis zum Euphrat erstrecken und damit faktisch einen Großteil des Nahen Ostens umfassen könne, antwortete er: „Es ist in Ordnung, wenn sie alles einnehmen."

Was die alten und neuen Strategien gemeinsam haben, ist die Annahme, dass man, um die Nakba zu vollenden und die vollständige Auslöschung der Palästinenser herbeizuführen, die Region unterwerfen, abschrecken, notfalls angreifen und ein Bündnis aufbauen muss, das auf *fear and awe* [Angst und Ehrfurcht] basiert. In der Vergangenheit wurde zumindest einigen Ländern die Möglichkeit geboten, vom israelischen Know-how in den Bereichen Technologie, Medizin und Landwirtschaft zu profitieren. Solche Angebote sind nicht mehr Teil der Abmachung.

Die Bereitschaft, offen unter völliger Missachtung des Völkerrechts und ohne Rücksicht auf die Souveränität der Staaten des Nahen Ostens zu handeln, hat uns in das Zeitalter des Imperialismus des 19. Jahrhunderts zurückversetzt. Doch die Länder des Nahen Ostens sind keine Kolonien mehr, und man fragt sich, wann sie auf diese Missachtung ihrer Integrität und Souveränität reagieren werden.

Dieser neue territoriale israelische Imperialismus zeigt sich darin, dass der Staat dieselben tödlichen Angriffsformen, die er seit Jahren gegen Palästinenser:innen und Libanes:innen einsetzte, auf andere Teile des Nahen Ostens ausweitete.

Diese neue Politik begann 2009 mit Angriffen auf angebliche iranische Stützpunkte im Sudan und verschärfte sich 2012, als die israelische Luftwaffe Damaskus und andere große syrische Städte bombardierte, während Syrien in einen Bürgerkrieg verwickelt war, der seine Armee daran hinderte, auf diese Angriffe zu reagieren. Sie gipfelte in der Bombardierung von Doha bei einem gescheiterten Versuch, Mitglieder der Hamas-Delegation zu töten, die zu dieser Zeit mit dem Staat Israel über ein Ende des Krieges im Gazastreifen verhandelte. Weitere Ziele waren der Irak und der Jemen.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis Teheran selbst zum Ziel werden würde. Der Grund, warum der Angriff so spät stattfand – obwohl Drohungen, den Iran anzugreifen, bis zum Beginn von Netanjahus faktischer Herrschaft im Jahr 2009 zurückreichen –, lag darin, dass der Iran trotz endloser israelischer Provokationen keinen einfachen Vorwand für einen Angriff lieferte.

Es war nicht einfach, einen Angriff zu rechtfertigen. Es war klar, dass der Iran nichts mit der Operation „Al-Aqsa-Flut" zu tun hatte, sondern dass er vielmehr die Hisbollah davon abgehalten hatte, sich an der Operation zu beteiligen, und beträchtliche Zurückhaltung gezeigt hatte, nachdem der Staat Israel seine Wissenschaftler und Diplomaten ermordet hatte.

Netanjahu war klar, dass er, um diese Politik weiterzuverfolgen, mehrere vorbereitende Schritte unternehmen musste. Einer davon bestand darin, alle Personen in der Armee oder im Mossad zu entfernen, die Einwände gegen einen Angriff auf den Iran hätten erheben können. Der zweite Schritt bestand darin, US-Präsident Donald Trump dafür zu gewinnen, eine führende Rolle bei einem Angriff auf den Iran zu übernehmen. Trump war in seiner zweiten Amtszeit ein leichtes Ziel wegen seiner Persönlichkeit, seinem Umfeld und seiner innenpolitischen Unfähigkeit, die eine Ablenkung nach außen erforderte.

Auch die Entführung von Präsident Nicolás Maduro und die Übernahme der venezolanischen Ölvorkommen – die ohne Konsequenzen blieben – könnten ihn zu der Annahme veranlasst haben, dass diese Operation ebenfalls zügig vonstattengehen würde.

Diese Abenteuerlust hat bislang unermessliches menschliches Leid verursacht. Bis Mai 2026 gibt es wegen

dieser Politik sechs Millionen Flüchtlinge: zwei Millionen im Gazastreifen und in der Westbank, eine Million im Libanon und drei Millionen in Teheran.

Ob es zu weiterem Leid kommen wird, hängt von der Haltung regionaler und globaler Mächte ab. Die Weigerung Großbritanniens und der Europäischen Union, sich den USA bei einem Angriff auf den Iran anzuschließen, könnte auf einen Politikwechsel angesichts der anhaltenden groben Verstöße gegen das Völkerrecht durch den Staat Israel und die USA hindeuten.

Ebenso könnte die sehr geringe Unterstützung für den Krieg in den Vereinigten Staaten zu Veränderungen innerhalb der Demokratischen Partei führen, die in einer Neubewertung der allgemeinen amerikanischen Haltung sowohl gegenüber dem Nahen Osten als auch gegenüber dem Staat Israel gipfeln.

Auch die Haltung der arabischen Welt wird entscheidend sein, insbesondere die Politik jener Länder, die ihre Beziehungen zum Staat Israel normalisiert und damit die ethnische Säuberung und den Völkermord an den Palästinenser:innen legitimiert haben. Die tiefgreifende Destabilisierung der gesamten Region sollte ihnen klar vor Augen führen, dass diese Politik kläglich gescheitert ist und dass eine ausbleibende Neuausrichtung letztendlich dazu führen könnte, dass sich der Widerstand innerhalb dieser Länder zu einem Regimewechsel entwickelt.

Vor allem aber bleiben Palästina und der Gazastreifen die Kernprobleme, die, wenn sie ignoriert und nicht in den Mittelpunkt der Bemühungen zur Verhinderung eines weiteren Krieges im Nahen Osten gestellt werden, die Fortsetzung der amerikanisch-israelischen Gewalt in der Region garantieren werden.

Im Zentrum der Palästina-Frage steht der Zionismus als Staatsideologie. Er prägt den Angriff auf den Iran und den Libanon, die derzeitige ethnische Säuberung der Westbank, den fortgesetzten schrittweisen Völkermord an der Bevölkerung von Gaza sowie den wachsenden Druck auf die Palästinenser:innen im Staat Israel, das Land zu verlassen – der stille Transfer.

Die Lehre für die politischen Eliten des Westens lautet, dass sich ihre bequeme Annahme als falsch erwiesen hat, wonach nur die Palästinenser:innen und vielleicht einige Araber den Preis für die israelische Politik zahlen. Es sollte nun klar werden, dass die Welt insgesamt schwerwiegende negative Auswirkungen der unverminderten Aggression zu spüren bekommt, unter der die Palästinenser:innen seit den 1920er Jahren leiden – einer Aggression, die vom Westen ignoriert und in vielen Fällen sogar gerechtfertigt wurde.

Der Staat Israel wird den Iran als solchen nicht besiegen; seine Annexionspolitik wird in den Nachbarländern auf Widerstand stoßen und die Palästinenser:innen werden weiterhin Widerstand leisten. Aber es ist an der Zeit, mit der – an allzu vielen Orten noch immer vorherrschenden – Darstellung aufzuräumen, dass der Staat Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten sei, die sich aus eigenem Interesse und zum Schutz der „westlichen Zivilisation" in Selbstverteidigung übe.

Ilan Pappé ist Professor an der Universität Exeter. Zuvor war er als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Haifa tätig.

Quelle: https://thinkingpalestine.com/territorial-imperialism-returns-what-lies-behind-the-israeli-assault-on-iran/

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

WASSER ALS WAFFE – VON PALÄSTINA BIS ZUM LIBANON

Ende Mai 2026 hat Israel den lebenswichtigen Qaraoun-Staudamm im Libanon beschädigt und damit Befürchtungen vor einem Zusammenbruch der gesamten Anlage hervorgerufen. Experten zufolge ist dieser Angriff ein weiteres Beispiel für die langjährigen Bestrebungen Israels, die Wasserressourcen im Libanon unter seine Kontrolle zu bringen, und er weckt Assoziationen mit der Politik der „Wasserapartheid", die Israel in Palästina praktiziert.

■ **Fadia Jomaa**

[redacted] Noch bevor sich Ali Oday Yassin erklären konnte, was geschehen war, spürte er, wie der Boden unter ihm bebte. Yassin ist Besitzer einer Raststätte neben dem Qaraoun-Staudamm, einem Eckpfeiler der libanesischen Wasser- und Energieinfrastruktur. Am 26. Mai trafen israelische Luftangriffe Ziele in unmittelbarer Nähe zum Staudamm, zerstörten angrenzende Zufahrtsstraßen und schleuderten Trümmer in den Qaraoun-See. Einige Granatsplitter trafen auch Yassins Grundstück, das nur 200 Meter vom Staudamm entfernt liegt.

„Es war schrecklich. Der Boden bebte unter unseren Füßen, dann füllte sich alles mit Staub und Rauch", erzählt Yassin, der sich daran erinnert, wie er sich in aller Eile vergewissert hatte, ob auch alle in Sicherheit waren. Dann erhob sich sofort eine beunruhigende Frage: „Wir haben uns gefragt, warum Israel ausgerechnet den Staudamm angreifen sollte", meint Yassin.

Der 1959 errichtete Damm staut den Qaraoun-See, das größte Wasserreservoir im Libanon. Die Anlage versorgt vier Wasserkraftwerke mit Strom und bewässert etwa 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes. Der Staudamm ist zentraler Bestandteil des Litani-Flusssystems; er ist das Rückgrat der Wasserversorgungssicherheit im Libanon von der Bekaa-Ebene bis in den Süden.

Die jüngsten israelischen Angriffe, so Sami Alawieh, Generaldirektor der Nationalen Litani-Flussbehörde, stellen eine nationale Bedrohung dar. „Das betroffene Gebiet ist keine Nebenstraße oder gewöhnliche Zufahrtsstraße", erklärt er. „Es ist Teil des technischen Systems zum Schutz und zur Stabilisierung des Staudamms; genauer gesagt handelt es sich um die Straße entlang der Dämme und Felsen, die die Schutzschicht des hinteren Damms bilden."

Da der Libanon ohnehin mit den Folgen des Klimawandels, sinkenden Niederschlägen und steigendem Wasserbedarf zu kämpfen hat, ist der Staudamm von existenzieller Bedeutung für das Land. „Wir betrachten den Qaraoun-Staudamm nicht als lokale Anlage", meint Alawieh. „Jede Gefahr für den Damm ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sowie für eine zuverlässige Wasserversorgung und letztlich für die wirtschaftliche Sicherheit."

Der Litani-Fluss spielt seit dem Ausbruch der Kämpfe mit der Hisbollah im Oktober 2023 eine zentrale Rolle in der israelischen Militärstrategie. Verteidigungsminister Israel Katz erklärte, die israelischen Streitkräfte würden bis zur „Beseitigung" der Hisbollah eine bis zum Fluss reichende „Sicherheitszone" aufrechterhalten. Die IDF [israelische Armee] besetzt derzeit etwa ein Fünftel des libanesischen Staatsgebiets, wobei einzelne Einheiten stellenweise sogar

in Gebiete nördlich des Litani vorgerückt sind. Die israelischen Luftangriffe haben die Brücken und Straßen entlang des Flusses systematisch zerstört und damit den Südlibanon faktisch vom Rest des Landes abgeschnitten.

Da die israelische Führung trotz der Spannungen zwischen den USA und dem Iran nicht daran denkt, die Truppen zurückzuziehen, und den Fluss zunehmend in eine Frontlinie verwandelt hat, bedeuten die gezielten Angriffe auf den Qaraoun-Damm eine weitere Gefahr mit potenziell verheerenden Auswirkungen.

Der Litani: Israels Objekt der Begierde seit einem Jahrhundert

Israels Bestrebungen, den Litani unter seine Kontrolle zu bringen, sind nicht neu. Bereits 1919 legte die Zionistische Weltorganisation der Pariser Friedenskonferenz eine Landkarte vor, die den Litani innerhalb der Grenzen eines zukünftigen jüdischen Staates einzeichnete. Und im Jahr 1947 erklärte Ben-Gurion ganz offen, der Litani solle die Nordgrenze Israels bilden.

In den folgenden Jahrzehnten stieß Israel immer wieder an den Fluss vor. Im Jahr 1978 marschierten israelische Streitkräfte im Rahmen der Operation Litani bis zum Fluss in den Libanon ein; 1982 eroberte Israel weite Gebiete bis zum Litani, einschließlich des Qaraoun-Sees, und leitete damit eine 18-jährige Besetzung des Südlibanon ein; und während des Kriegs im Jahr 2006 rückten israelische Bodentruppen in den letzten Stunden vor dem Waffenstillstand bis an die Ufer des Flusses vor. Der Angriff auf den Qaraoun-See im Jahr 2026 fügt sich nahtlos in dieses Muster ein.

In einem nur wenige Tage vor dem Angriff im Mai vom Carnegie Middle East Center veröffentlichten Bericht beschreibt die Gastwissenschaftlerin Camille Ammoun den Qaraoun-See als das Zentrum eines der fruchtbarsten Gebiete der Levante, „ein umgekehrtes L-förmiges Becken, das für die Landwirtschaft und die Wasserversorgung des Libanon von zentraler Bedeutung ist“.

Im Bericht heißt es, dass der Damm von mehreren sich überschneidenden Krisen schwer getroffen wurde. Im Sommer 2025 erlebte der Libanon die schlimmste Dürre seit Beginn der Aufzeichnungen. Infolgedessen erreichte der Qaraoun-See den niedrigsten Wasserstand seit Errichtung des Damms. Zudem haben Verschmutzungen durch ungeklärtes Abwasser, vor allem aus der Landwirtschaft, große Teile des Sees für die Bewässerung unbrauchbar gemacht. Die israelischen Angriffe richten sich also gegen ein Wassersystem, das durch Dürre und Verschmutzung bereits schwer angeschlagen ist, und verschärfen die bestehenden Probleme.

Die Militärschläge im Mai waren nicht die ersten israelischen Attacken in der Region. Am 4. April wurde die Gegend um den See mehrfach angegriffen. Israelische Flugzeuge bombardierten Dörfer wie Sohmor, Yohmor und Mashghara, und eine Drohne traf ein Auto 400 Meter vom Staudamm entfernt. Schon im Jahr 2024 hatten israelische Bombenangriffe die Landwirtschaft erheblich beeinträchtigt. Der Zugang zu den landwirtschaftlichen Flächen war nur beschränkt möglich, Ernten wurden vernichtet, Bauern vertrieben und Lieferketten unterbrochen.

Ammoun befürchtet, dass der Krieg von 2026 ähnliche – wenn nicht sogar schlimmere – Folgen haben könnte. Mit der geografischen Ausweitung des Kriegs sind der Staudamm und seine Umgebung noch stärker als bisher gefährdet. Und je länger die Krise anhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass die aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen in ihre beschädigten Häuser zurückkehren – trotz verseuchter Böden und erheblicher Schäden an der Infrastruktur.

Eine ganze Region in Gefahr

Bislang haben technische Gutachten keine strukturellen Schäden am Staudamm durch die israelischen Angriffe festgestellt. Es besteht jedoch die Gefahr, so Alawieh, dass wiederholte Treffer auf Nebenanlagen, Dämme sowie Betriebs- und Überwachungssysteme die Wahrscheinlichkeit eines künftigen Dammbruchs erhöhen könnten. „Jede noch so kleine Störung kann zu einer großen Gefahr werden, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt wird“, erklärt Alawieh. „Wir sprechen hier von der größten Anlage im Libanon, die zig Millionen Kubikmeter Wasser speichert.“

Sollte der Damm brechen, wären die Folgen katastrophal. Eine plötzliche Flutwelle, die sich von der westlichen Bekaa-Ebene südwärts ausbreitet, könnte die Dörfer und Städte im Einzugsgebiet unterhalb des Stausees überschwemmen und Bewohner, Infrastruktur, Straßen, Brücken sowie die Landwirtschaft und die Stromversorgung gefährden.

Direkt neben dem Staudamm liegt das Dorf Qaraoun. Vor dem Krieg war es ein beliebtes lokales Ausflugsziel. Cafés, Parks und die Uferpromenade lockten vor allem im Sommer zahlreiche Besucher an. Doch in diesem Jahr bietet sich ein völlig anderes Bild. Nach den Angriffen im Mai erklärte die Litani-Flussbehörde das Gebiet zur militärischen Sperrzone, und die Cafés mussten schließen. Heute beherbergt das Dorf keine Touristen, sondern laut

Angaben der Gemeinde rund 5.000 Vertriebene aus den Nachbarorten, die in den überfüllten Schulen nahe des Staudamms Zuflucht gefunden haben. Israels Strategie der verbrannten Erde, die insgesamt über eine Million Libanesen vertrieben hat, verfolgt die Absicht, südlich des Litani-Flusses eine Pufferzone zu schaffen.

Das erhöht die Gefahr von Angriffen auf den Staudamm beträchtlich. „Jegliche Beschädigung des Staudamms oder der Infrastruktur hätte direkte Auswirkungen auf die Wasser- und Stromversorgung und somit auf das Leben der Menschen", sagt Shadia al-Aqdi, eine Friseurin, die im Dorf ihren Salon betreibt. „Zuerst kam die Angst, dann Panik und Verwirrung, denn der Angriff erfolgte völlig unerwartet."

Rabih Chebli, ein Mitglied des Gemeinderats von Qaraoun, erklärt gegenüber Mondoweiss[1], dass die vertriebenen Familien aus Furcht vor weiteren Schlägen nach wie vor nicht in ihre Häuser zurückkehren können. „Die Angriffe haben einige der zum Staudamm gehörenden Einrichtungen beschädigt und die Straße an mehreren Stellen unpassierbar gemacht", fügt er hinzu.

Wasser als politisches Druckmittel

Die israelischen Angriffe auf den Qaraoun-Staudamm weisen gewisse Parallelen zur israelischen Vorgangsweise im besetzten Palästina auf, wo die Kontrolle über Wasserressourcen seit langem als Druckmittel im Interesse des Siedlerkolonialismus eingesetzt wird.

Für Amr Wawi, einen Regierungsberater aus Palästina, sind die Angriffe bei Qaraoun daher kein Zufall, sondern ein Schlüsselelement der israelischen Pläne zur Kontrolle des Südlibanon.

„Die gezielte Zerstörung der Infrastruktur dient einerseits dem Ziel, den Widerstand zu schwächen, andererseits geht es darum, durch Angriffe auf lebenswichtige Ressourcen, allen voran Wasser, Bedingungen für die Vertreibung der Menschen und die Entvölkerung ganzer Gebiete zu schaffen, insbesondere im Südlibanon und im Litani-Becken," so Wawi.

Israels Vorgehen im Libanon wie im Gazastreifen ist Teil einer systematischen Politik. „Im Gazastreifen werden Brunnen, Wasserversorgungssysteme und Wasserspeicher gezielt angegriffen. Das ist Teil einer klaren Strategie, die darauf abzielt, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu zerstören", sagt Wawi. „Im Libanon richten sich die Angriffe gegen lebenswichtige Einrichtungen, etwa Staudämme, um das Leben in den umliegenden Gebieten zu erschweren und den Widerstand der Bevölkerung zu brechen."

Die Angriffe auf den wichtigsten Wasserspeicher im Libanon folgen einer ähnlichen Dynamik wie in Palästina, so Wawi. Sie lassen sich als politisches Druckmittel einsetzen, da sie die Bevölkerung an einem äußerst verletzlichen Punkt treffen. Sie stärken Israels Verhandlungsspielraum und ermöglichen ihm, aus einer Position der Stärke die Forderungen seiner Gegner abzuschmettern.

Dennoch gibt es Unterschiede zwischen Palästina und dem Libanon. „In Palästina verfolgt Israel mit der Förderung von Siedlungen eine Politik der direkten Kontrolle auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung. So werden Abhängigkeiten verstärkt, was die Idee von einem palästinensischen Staat letztlich ad absurdum führt", erläutert Wawi. „Im Libanon ist der vorherrschende Ansatz destruktiv; er zielt auf die kritische Infrastruktur ab, um den Widerstand zu schwächen. Eine direkte Kontrolle wird trotz historischer Ansprüche nicht angestrebt."

Zurück auf der Straße entlang des Staudamms blickt Yassin auf die stille Landschaft. „Der Zeitpunkt [der jüngsten Angriffe] hat den Schaden noch verschlimmert", sagt er. „Wir haben gehofft, dass der Sommer die Verluste des laufenden Kriegs wettmachen würde, dass in der Urlaubssaison, die vom Tourismus rund um den See lebt, einheimische Familien und Besucher aus dem Ausland wieder in die Restaurants und Parks strömen würden."

Für Yassin bedeuten die jüngsten Angriffe eine massive Eskalation. „Im Krieg von 2024 hat ein Drohnenangriff in der Nähe des Grundstücks mein Auto beschädigt und Teilschäden an der Raststätte verursacht", sagt er, „aber diesmal war es ein vollwertiger Luftangriff." Und er fügt hinzu: „Heute wird uns die Luft zum Atmen genommen und unsere gesamte Existenzgrundlage in Frage gestellt."

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit Egab[2] und wurde in Mondoweiss veröffentlicht.

Fadia Jomaa ist eine südlibanesische Journalistin. Sie beschäftigt sich vor allem mit Umweltthemen und Reportagen aus dem täglichen Leben.

Übersetzung: E. F.

1 Mondoweiss ist eine anti-zionistische Nachrichtenwebsite aus den USA. Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich bei Mondoweiss erschienen.

2 Egab ist eine im Jahr 2020 gegründete Medienplattform, die Journalisten aus dem Globalen Süden mit großen internationalen Nachrichtenredaktionen vernetzt.

ISRAEL ÜBERSCHWEMMT DAS WESTJORDANLAND MIT SONDERMÜLL

Israel entsorgt einen Teil seiner giftigsten Abfälle auf palästinensischem Gebiet im Westjordanland. An Orten wie Hebron leiden Familien, die in der Nähe von Elektroschrottdeponien wohnen, unter gravierenden gesundheitlichen Schäden. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

■ **Aseel Mafarjeh**

[redacted] Lina Farajallah lebt mit ihrer Tochter Heba in Idhna, einem palästinensischen Ort in der Nähe von Hebron im südlichen Westjordanland. Jeden Morgen beobachtet sie aus dem Fenster ihrer Wohnung die Müllwagen, die Abfälle aus Israel und den nahegelegenen jüdischen Siedlungen in ihr Wohnviertel befördern und nur wenige hundert Meter von ihrem Zuhause entfernt abkippen.

Die Ladung dieser LKWs enthält größtenteils Elektroschrott aus Industrieanlagen außerhalb des besetzten Westjordanlandes. In den 70 000 Tonnen Elektroschrott, die Israel jedes Jahr offiziell recycelt, ist dieser Schrott nicht enthalten; denn er ist Teil einer unbekannten Menge an industriellen, chemischen und elektronischen Abfällen, die aus israelischen Industriezentren wie Barkan, Geschuri und Kirjat Arba in den palästinensischen Gebieten auf unbebautem Land entsorgt werden.

Sobald die Lastwagen ihre Rückreise antreten, treffen wie auf Knopfdruck die Müllsammler von Hebron ein – Palästinenser, die ihren Lebensunterhalt mit dem Weiterverkauf von Elektroschrott bestreiten. Sie nehmen sich, was sie brauchen können, und verbrennen den Rest, um daraus Edelmetalle zur Wiederverwertung oder zum Verkauf zu gewinnen.

Farajallah vermutet seit Jahren, dass der starke Husten ihrer 13-jährigen Tochter von dem Rauch herrührt, der über der Stadt liegt und in die Räume eindringt, wo sie und ihre Tochter schlafen. „Zuerst glaubte ich an eine vorübergehende Erkältung, aber mir fiel auf, dass die Hustenanfälle immer dann verstärkt auftraten, wenn Rauch aufstieg, und nachließen, sobald das Feuer sich gelegt oder der Wind die Richtung geändert hatte“, erzählt sie Mondoweiss[1].

Idhna hat sich zu einem Umschlagplatz für die Demontage ausrangierter israelischer Elektrogeräte entwickelt. Aus den Abfällen werden Kupfer und andere Metalle entnommen und weiterverkauft, während die Rückstände verbrannt werden – häufig auf freiem Feld oder auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen rund um die Ortschaft.

Seit Oktober 2023 hat sich die Zahl der illegalen Mülldeponien auf 92 Standorte im gesamten Westjordanland vervielfacht, vor allem in der israelisch kontrollierten Zone C. Die palästinensischen Behörden können diese illegale Müllwirtschaft nur schwer regulieren, da sie für

die Zone C keine Zuständigkeit haben und Israel seit über 20 Jahren keine einzige Genehmigung für eine offizielle palästinensische Müllentsorgungsanlage erteilt hat.

Der israelische Umweltminister gibt jedoch den Palästinensern die Schuld an den Müllbränden und macht sie für 27 % der schweren Erkrankungen in Israel verantwortlich. Im vergangenen Jahr ging er sogar so weit, wegen der Müllbrände 40 Millionen Schekel von den einbehaltenen palästinensischen Steuereinnahmen abzuziehen.

Die palästinensischen Behörden vertreten seit Jahren eine gegenteilige Ansicht. Sie weisen darauf hin, dass Israels illegale Sondermülldeponien im Westjordanland die Hauptursache für die Umwelt- und Gesundheitskrise sind und dass die unkontrollierte Müllverbrennung seitens der Palästinenser bloß eine Folge dieser Praxis ist. Der amtierende Leiter der Generaldirektion für Umweltschutz im besetzten Westjordanland, Ingenieur Bahjat Jabarin, erklärt, Israel müsse die Verantwortung für die illegale Entsorgung und deren Folgen für die palästinensischen Gebiete übernehmen anstatt die palästinensische Schattenwirtschaft anzuprangern. „Wenn Israel die steuerlichen Abzüge mit den Schäden für die Umwelt und die Gesundheit rechtfertigt, dann muss es auch für seine Politik geradestehen, die den Aufbau einer palästinensischen Infrastruktur und die Errichtung moderner Müllentsorgungsanlagen verhindert, und es muss aufhören, umweltschädliche Industriebetriebe auf palästinensischem Gebiet anzusiedeln und Sondermüll nach Palästina zu verfrachten“, erklärt Jabarin gegenüber Mondoweiss.

Er erläutert die Grundzüge eines Systems, wonach Israel den Großteil der wirtschaftlich verwertbaren Materialien innerhalb seines eigenen Hoheitsgebiets recycelt, während es die gefährlichsten Abfälle auf freiem Feld und auf landwirtschaftlich genutzten Flächen entsorgt, größtenteils in der Zone C – jenem Landstrich, der etwa 60 % des Westjordanlandes umfasst und unter vollständiger militärischer und administrativer Kontrolle Israels steht.

Jabarin zufolge werden fast täglich Abfälle aus Israel ins Westjordanland geschmuggelt: Haushalts- und Industrieabfälle, flüssige Substanzen, Sondermüll, Bauschutt, Reifen, Altöle und Elektroschrott. Die von palästinensischen Behörden beschlagnahmten Lieferungen würden nur einen Bruchteil des tatsächlichen Ausmaßes darstellen, da ein Großteil der Zone C nicht in palästinensische Zuständigkeit fällt.

„Finanzielle Sanktionen gegen die Palästinenser sind kein geeignetes Mittel zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit, solange den Praktiken, die zu einer zunehmenden Umweltbelastung führen und das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung erhöhen, nicht Einhalt geboten wird“, betont Jabarin.

Als die Mauer das Ackerland verschlang

In Idhna, so Lina Farajallah, war das nicht immer so. Die 38-jährige Mutter erinnert sich, dass die meisten Menschen aus ihrem Ort früher Landwirtschaft betrieben und Wein, Tomaten oder Gurken anbauten. Diese Lebensweise wurde durch die israelische Trennmauer, die seit 2004 mitten durch die Ortschaft verläuft, und die darauf folgende unkontrollierte Müllablagerung zunichte gemacht.

Als die Einkünfte aus der Landwirtschaft wegbrachen, begannen viele Einwohner Elektroschrott zu sammeln und zu zerlegen. Mittlerweile werden ganze LKW-Ladungen von alten Kühlschränken, Computerbildschirmen und Mobiltelefonen nach Idhna gebracht, und die Stadt ist zu einem Friedhof für ausrangierte Geräte geworden. Laut einer Studie des Applied Research Institute-Jerusalem (ARIJ) aus dem Jahr 2014 werden täglich zwischen 200 und 500 Tonnen angeliefert.

Um diese Mengen zu bewältigen, hat sich in der Stadt ein informeller Wirtschaftszweig entwickelt: 55 große und Dutzende kleinerer Werkstätten drängen sich zwischen den Wohnhäusern. Dort wird den Geräten Kupfer, Nickel und Blei entnommen und weiterverkauft.

Alles, was keinen Wiederverkaufswert hat, wird auf freien Flächen und den Feldern rund um Idhna verbrannt, oft von Menschen ohne eigene Werkstatt. Sie verbrennen den Schrott auf fremden Grundstücken, um die Reste loszuwerden.

„Eines Nachts wachte [meine Tochter] keuchend auf und rang nach Luft“, erinnert sich Farajallah an den Tag, an dem sich der Zustand des Mädchens verschlimmert hatte. „Ich machte alle Fenster zu und brachte sie so weit wie möglich vom Rauch weg. Alles, woran ich denken konnte, war: Wird das morgen wieder passieren?“

Mit der Zeit stellte die Familie fest, dass sich Hebas Gesundheit zwischen den Rauchattacken nicht mehr vollständig erholte. Die Hustenanfälle dauerten länger an und besserten sich kaum, als hätte ihr Körper aufgehört, sich zu wehren.

Der Müll, den Israel loswerden will

Bahjat Jabarin zufolge bemüht sich Israel seit Jahren systematisch um die Ansiedlung israelischer Fabriken, die giftige Abfälle produzieren, im besetzten Westjordanland. „Umweltbelastende israelische Industriebetriebe werden in Siedlungen im Westjordanland errichtet, darunter Chemie-, Kunststoff- und Gasanlagen. Auch das Bauge-

werbe und andere Betriebe mit erheblichen Folgen für die Umwelt finden sich gehäuft in den Industriezonen der Siedlungen", erklärt Jabarin gegenüber Mondoweiss.

Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem führt in ihrem Bericht „Made in Israel" aus dem Jahr 2017 mindestens 15 israelische Müllverwertungsanlagen an, die im besetzten Westjordanland, fernab von israelischen Siedlungszentren, errichtet wurden. Sechs davon verarbeiten neben Klärschlamm, ansteckenden medizinischen Abfällen, Ölen, Lösungsmitteln, Elektroschrott und Altbatterien auch hochgefährliche Abfälle. Der Bericht betont, dass Israel mit der Ansiedlung dieser Anlagen palästinensisches Land für seine eigenen Zwecke nutzt.

Die Recherchen von B'Tselem haben weiters ergeben, dass Anlagen in Israel selbst modernen Luftreinhaltegesetzen unterliegen, während es in den Industriezonen der Siedlungen praktisch keine Beschränkungen gibt und nicht einmal die Verpflichtung besteht, Angaben über die Menge der verarbeiteten Abfälle und die damit verbundenen Gefahren zu machen. Zudem gewährt Israel Steuererleichterungen und staatliche Subventionen, wodurch Müllverwertungsanlagen im Westjordanland rentabler sind als in Israel selbst. Der Bericht führt mindestens 15 israelische Anlagen im Westjordanland an, die größtenteils Abfälle aus Israel verarbeiten.

Die Abfälle werden in der Regel von den nächstgelegenen Industriebetrieben angeliefert. Der Verwaltungsbezirk Hebron im Süden nimmt Elektroschrott auf, die Gebiete westlich von Ramallah Bauschutt und Deponieabfälle, und das nördliche Westjordanland chemische und andere gefährliche Abfälle.

Bemühungen seitens der Palästinenser, dem entgegenzuwirken, stoßen schnell an ihre Grenzen. Inspektionen durch die Zollpolizei, die Sicherheitsdienste und die Umweltbehörde Palästinas beschränken sich auf die Zonen A und B, die etwa 40 % des Westjordanlandes ausmachen und unter palästinensischer Verwaltung stehen. Der Rest, einschließlich der meisten Deponien in Zone C, entzieht sich jeglicher palästinensischen Kontrolle.

Laut Jabarin haben die israelischen Besatzungsbehörden seit Jahrzehnten keine Genehmigungen für den Bau neuer palästinensischer Müllverwertungsanlagen erteilt – weder für Deponien noch für Kläranlagen oder Umschlagstellen. Das hat die Umweltkrise weiter verschärft.

Auf Kosten der Palästinenser …

In Salfit im zentralen Westjordanland leiden die palästinensischen Bauern und Bewohner seit Jahren unter den Folgen der israelischen Siedlungspolitik auf Landwirtschaft und Wasserressourcen. Ähnliche Beschwerden gibt es auch in Qalqilya, wo israelische Industriegebiete direkt an palästinensische Siedlungen angrenzen.

Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) stellt fest, dass die Palästinenser mit mehreren sich gegenseitig verstärkenden Problemen zu kämpfen haben: mit dem Abfallmanagement, mit industrieller Verschmutzung und Bodenverschlechterung. Israels Versäumnis, eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen, verschärft die Problematik. Somit wird der Handlungsspielraum der palästinensischen Behörden durch die allgemeine politische Lage erheblich eingeschränkt.

Der Bericht zitiert Forschungsergebnisse, die einen deutlichen räumlichen Zusammenhang zwischen den Verbrennungsanlagen für Elektroschrott und Lymphomen bei Kindern im ländlichen Westjordanland belegen. Selbst die israelische Zivilverwaltung hat eingeräumt, dass der Rauch erhebliche Mengen an krebserregenden Substanzen enthält und dass Schwermetalle durch Abflüsse in den Boden und ins Grundwasser gelangen – mit schädlichen Folgen für die Bewohner auf beiden Seiten der Grenze.

Für Walid Habbas, Forscher am Palästinensischen Forum für Israelstudien (MADAR), wird das Ausmaß des Problems nicht ausreichend erfasst, wenn man es als reines Umweltproblem betrachtet. Ihm zufolge nutzen israelische Betriebe das Westjordanland als Müllhalde, was in Israel selbst aufgrund strengerer Gesetze nur schwer möglich wäre. Diese Praxis bezeichnet er als „kolonial und politisch motiviert".

„Die Krise betrifft die Planung, die institutionellen Ressourcen sowie die begrenzten Möglichkeiten in Bezug auf Land und Infrastruktur", erklärt Habbas. „Wenn es keinen geeigneten Ort für Aufbereitungs- und Sortieranlagen und keine zuverlässigen Methoden gibt, die Abfälle zu sammeln und zu trennen, greifen die Menschen auf provisorische oder informelle Lösungen zurück, die ihrerseits eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt darstellen." Er fügt hinzu, dass dadurch eine Diskrepanz zwischen Planung und Umsetzung entsteht und „sich diese Kluft mit zunehmenden Risiken weiter vergrößert".

Adala al-Atira, die ehemalige Leiterin der Umweltbehörde, stimmt zu und warnt vor langfristigen Schäden. „Die Palästinenser zahlen einen hohen Preis für ihre Gesundheit, die Umwelt und die Wirtschaft – aufgrund von Praktiken, auf die sie in den israelisch kontrollierten Gebieten keinen Einfluss haben", erklärt sie gegenüber Mondoweiss. „Müll, der sich im Freien anhäuft oder

verbrannt wird, zieht Insekten und Nagetiere an und setzt Feinstaub frei, der Atemwegserkrankungen auslöst oder verschlimmert. Am stärksten betroffen sind die ärmsten Familien, die in der Nähe der Mülldeponien leben und sich weder zu Hause noch am Arbeitsplatz entsprechend schützen können. Obwohl sie am meisten darunter leiden, verfügen sie kaum über geeignete Mittel, die Schäden zu beheben oder ihnen vorzubeugen."

Laut Habbas stehen die Mülltransporte auch im Widerspruch zum Basler Übereinkommen, das den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Abfälle ohne Zustimmung des Empfängers verbietet. „Diese Straffreiheit unter Missachtung des Völkerrechts ist nur möglich, weil es hier keine Regeln gibt und niemanden, der sie durchsetzen könnte."

Al-Atira stimmt zu und ergänzt: „Für viele Menschen ist die Umwelt etwas Abstraktes, aber für uns ist sie das Wasser, das wir trinken, und die Luft, die unsere Kinder atmen. Und wir zahlen den Preis für etwas, das wir nicht beeinflussen können."

Dieser Beitrag ist in Zusammenarbeit mit Egab entstanden.[2]

Aseel Mafarjeh spezialisiert sich als Journalistin auf das Westjordanland. Sie berichtet vorzugsweise von den Herausforderungen und der Kreativität der Jugend in Palästina.

Übersetzung: E. F.

1 Mondoweiss ist eine anti-zionistische Nachrichtenwebsite aus den USA. Der vorliegende Beitrag ist ursprünglich bei Mondoweiss erschienen.

2 Egab ist eine im Jahr 2020 gegründete Medienplattform, die Journalisten aus dem Globalen Süden mit großen internationalen Nachrichtenredaktionen vernetzt.

Israel/Palästina bei ISP

Shir Hever

Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-140-2

Deeg/Sibony/Warschawski (Hrsg.)

Stimmen israelischer Dissidenten
220 S., 16,80 Euro
ISBN 978-3-89900-113-6

Omar Barghouti

Boykott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-136-5

Neuer ISP Verlag GmbH
Tel.: (0721) 3 11 83
e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de
Internet: www.neuerispverlag.de

WAS DIE „FLAMINGO-REVOLUTION“ AUFZEIGT

Seit mehr als einer Woche sind in den europäischen Medien regelmäßig Bilder von Albanien zu sehen – ein Land, das normalerweise in der westlichen Presse nicht präsent ist: Die Bilder zeigen Tausende von Demonstrantinnen und Demonstranten, die mit Flaggen oder Plakaten in Tirana und an anderen Orten durch die Straßen ziehen.

■ **Albanisches Antikapitalistisches Kollektiv (KASh)**

Seit dem 30. Mai 2026 versammeln sie sich unablässig, um gegen Tourismus-Projekte zu demonstrieren, die in Zvërnec, in der Nähe der Narta-Lagune, und auf der Insel Sazan entstehen sollen. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Naturschutzprobleme, denn der entlang der Küste errichtete Stacheldrahtzaun, gegen den die Aktivisten Druck machen, ist für die Menschen zu einem Symbol eines riesigen politischen Problems geworden: die zunehmende Enteignung ihres Landes und ihrer Zukunft.

Wir möchten diese jüngsten Ereignisse daher Revue passieren lassen und sie chronologisch einordnen. Wichtiger noch: Wir wollen zeigen, dass die aktuelle Mobilisierung weit über die bloße Verteidigung der Umwelt hinausreicht. Sie zeigt die starken Spannungen auf, die auch im heutigen Albanien immer noch in Bezug auf die territoriale Souveränität und das weitergehende Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung herrschen.

Um diese Konflikte und die damit verbundenen potenziellen Grenzen der Belastbarkeit zu verstehen, ist es nötig, ihre Ursachen zu untersuchen, einschließlich der konvergierenden Interessen von ausländischen Investoren, Oligarchen, lokalen Grundbesitzern und Politikern, die zu einer immer stärkeren Kommerzialisierung von Grund und Boden führen. Mit anderen Worten, wir beabsichtigen, die kapitalistische, neoliberale und imperialistische Natur der kombinierten, demokratiefeindlichen Mechanismen herauszustellen, gegen die sich die albanische Bevölkerung durch ihren Aufstand wehrt.

Chronologie der Oppositionsbewegung

Alles nahm seinen Anfang am 15. März 2024, als Donald Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, auf seinem Instagram-Account computergenerierte Bilder von diversen Luxus-Tourismus-Projekten in Albanien veröffentlichte. Am 16. Januar 2025 enthüllte Reuters, dass Albaniens Ministerpräsident Edi Rama mit Atlantic Incubation Partners LLC (einem Tochterunternehmen von Affinity Partners) eine Vereinbarung über geschätzte 1,4 Milliarden USD zur Entwicklung eines riesigen Hotelkomplexes auf der Insel Sazan getroffen hat.

Sazan, am Eingang zur Vlorë-Bucht gelegen, ist Albaniens größte Insel. Lange Zeit war sie der Öffentlichkeit nicht zugänglich, da sie unter dem Regime von Enver Hoxha als strategische Militärbasis diente. Nach Hoxhas Sturz blieb Sazan weiterhin als Sperrzone bestehen, was die außergewöhnliche Landschaft und Biodiversität der Insel zu bewahren half, als die schon seit den 1990er-Jahren zunehmende Urbanisierung die albanische Küste bereits stark veränderte.

Die Enthüllungen bezüglich der Insel wirkten zwar als Katalysatoren, waren aber nicht das Einzige, das eine breite Opposition befeuerte. An der Küste von Vlorë, in der Region von Zvërnec und Narta, nimmt ein weiteres großes Tourismusprojekt Gestalt an. Es umfasst den Bau von Tausenden Villen, Apartements und Hotels sowie der zugehörigen touristischen Infrastruktur auf mehreren Hunderten Hektar Land in der Nähe eines der wichtigsten Ökosysteme Albaniens. In diesem Gebiet wurden Hundert verschiedener Vogelarten beobachtet, von denen einige hier den Winter verbringen, wie zum Beispiel der rosarote Flamingo. Letzterer wurde so sehr zum Symbol sowohl des ökologischen Reichtums dieses Bereichs als auch seiner Verletzlichkeit angesichts von Tourismusprojekten, dass die Protestbewegung ihn zu ihrem Wahrzeichen erhob. Der Begriff „Flamingo-Revolution" (*Revolucioni i flamingove*) bürgerte sich auf diese Weise nach und nach bei den Demonstrant:innen ein, um der Mobilisierung einen Namen zu geben.

Ende April 2026 begannen die ersten Arbeiten im Bereich von Pishë Poro und Portonovo. Bulldozer fuhren auf das Gebiet, das bisher für die Öffentlichkeit frei erreichbar war, gleichzeitig wurden Zäune und Stacheldrahtsperren gebaut. Am 23. Mai versammelten sich Einwohner und Umweltaktivisten zum ersten Mal in der Nähe der Lagune Narta, um gegen die um den Strand von Pishë Poro errichteten Zäune zu protestieren.

Eine Woche später, am 20. Mai, gab es eine weitere Demonstration bei der Baustelle von Portonovo. Zwischen Demonstranten und privaten Sicherheitsleuten, die für den Schutz der zukünftigen Baustelle sorgen sollten, kam es dabei zu Zusammenstößen und Gerangeln. Bilder dieser Vorfälle machten schnell die Runde in den sozialen Netzwerken und riefen eine Welle der Empörung hervor.

In den darauf folgenden Tagen gingen in Tirana und mehreren großen Städten Albaniens Tausende von Menschen auf die Straße, um den Abbruch der aktuellen Projekte und einen stärkeren gesetzlichen Schutz des Gebiets zu fordern. Zudem wurde der Ruf nach einem Rücktritt von Ministerpräsident Rama laut.

Stacheldraht weckt alte Erinnerungen

Während Gegner der Projekte von Zvërnec und Sazan die Zerstörung geschützter Naturgebiete und die Privatisierung des Küstenbereiches kritisieren, beschränken sich die Themen der in den vergangenen Wochen geäußerten Wutäußerungen nicht nur auf Umweltprobleme. Um den Grund dieses Protests und sein Ausmaß zu verstehen, ist ein kurzer Abriss der Geschichte des albanischen Volkes nötig. Die Frage der Selbstbestimmung ist seit mehr als einem Jahrhundert ein zentrales Anliegen der Menschen dort: Ganz gleich ob Projekt aus der Bevölkerung oder Projekt lokaler Eliten – über Selbstbestimmung wurde verhandelt, sie wurde eben auch wiederholt verweigert. All das hat das politische Bewusstsein und die nationale Geschichte zutiefst beeinflusst.

Im Jahr 1913 erkannten die großen europäischen Mächte bei der Konferenz in London Albaniens Unabhängigkeit an und legten die Grenzen des Landes fest. Ein erheblicher Teil der albanischen Bevölkerung verblieb dabei außerhalb des neuen Staates. Kosova wurde Serbien zugeschlagen, während andere Gebiete Montenegro oder Griechenland zuerkannt wurden. Die Geburt der Unabhängigkeit war daher ein politisches Paradoxon: Es war die Unabhängigkeit eines Staates, der von einflussreichen Nationen anerkannt war, dem aber ein erheblicher Teil der Bevölkerung entzogen war, die in diesem Staat beheimatet sein sollte.

Darüber hinaus wurde dieser neue, unabhängige Staat Albanien dann unter die Herrschaft eines ausländischen Prinzen gestellt; 1914 wurde Wilhelm zu Wied von den europäischen Mächten als regierender Fürst eingesetzt. Diese Bevormundung dauerte das zwanzigste Jahrhundert hindurch an. Die überwiegend albanisch besiedelten Gebiete blieben weiterhin zahlreichen Einflüssen und Formen externer Vorherrschaft unterworfen: militärische Besatzung, Interventionen durch die Großmächte, politische und wirtschaftliche Bevormundung und anderes mehr.

Natürlich unterscheiden sich die Tourismus-Projekte von Zvërnec und Sazan erheblich von diesen geschichtlichen Vorgängen. Die Bilder von Stacheldraht, privaten Sicherheitsdiensten und von für die Öffentlichkeit gesperrten Stränden erwecken jedoch eine kollektive Erinnerung, die von einer tief verwurzelten Historiografie getragen wird. Denn das Zentrum der albanischen nationalen Geschichtsauffassung bildet das Motiv eines kleinen Volkes, das über Jahrhunderte hinweg ausländischer Vorherrschaft erfolgreich widersteht. So hat die albanische Identität die römischen, byzantinischen und ottomanischen Reiche, die Balkankriege, die Besatzungszeiten durch Faschisten und Nazis im 20. Jahrhundert und, in neuerer Zeit, die ethnischen Säuberungen im Kosovo überlebt.

Die jüngsten Ereignisse schließen jetzt an diese lange Geschichte an. Für einen Teil der öffentlichen Meinung wird diese fundamentale Frage nach der politischen Zukunft Albaniens in neuer Form erneut gestellt: Wer entscheidet über die Zukunft des Gebiets? Bis zum Zusammenbruch der kolonialen Imperien und dem Beginn des Neokolonialismus manifestierte sich ausländische Vorherrschaft stets durch Waffen und wurde auch zum Teil mit Waffengewalt durchgesetzt.

Heutzutage bedient sich der Imperialismus der weniger auffälligen Wege von Märkten, Investments, großen, privaten Infrastruktur-Projekten und Vereinbarungen zwischen Regierungen und Großunternehmen. Ja, die Mechanismen haben sich zweifelsohne verändert, die jüngsten Ereignisse zeigen jedoch einerseits die Wahrnehmung der Bevölkerung angesichts dieser Neukonfiguration imperialistischer Vorherrschaft und andererseits die Angst der Menschen, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verlieren. Für viele Demonstrant:innen ist Stacheldraht nicht einfach nur ein Zeichen dafür, dass ein Strand geschlossen ist. Er wühlt erneut ein kollektives, von Generation zu Generation weitergegebenes Trauma auf, das immer noch schmerzt.

Diesbezüglich muss aber hinzugefügt werden, dass die aktuellen Mobilisierungen in Albanien nicht einer bestimmten politischen Linie folgen. Es gibt dort sehr unterschiedliche Ausrichtungen und Empfindungen: Umweltschützer, linksgerichtete Aktivisten, Bürger ohne bestimmte politische Zugehörigkeit, aber auch Nationalisten von eher traditionellen Bewegungen. Diese Diversität kann durch eben dieses historische Gewicht des Symbolischen erklärt werden, das die Territoriumsfrage im albanischen Bewusstsein und der albanischen Geschichte hat. Der albanische Nationalismus ist kein imperialistischer Nationalismus, sondern ein Nationalismus des Widerstandes, des antikolonialen Kampfes und der Selbstbestimmung. Sein Ursprung beschönigt dabei weder seine politischen Widersprüche noch die Gewalt, die er hervorgebracht haben mag. Diese ideologische Beziehung zur Nation ermöglicht es jedoch zu verstehen, warum die Verteidigung einer Lagune, einer Insel oder eines Strandes heutzutage weit über Umweltschützerkreise hinaus mobilisieren kann - eine Haltung, die aus der Sicht Westeuropas durchaus überraschend sein kann.

Die Logik neoliberaler Enteignung

Die für Zvërnec und Sazan geplanten Projekte sind jedoch keine Einzelfälle. Seit dem Zusammenbruch des stalinistischen Regimes wurden Teile der Küste, der landwirtschaftlichen Gebiete und der Rohstoffe des Landes nach und nach privaten Interessen überlassen. Diese Entscheidungen wurden ohne echte Einbeziehung der Bevölkerung getroffen und begünstigten häufig eine Minderheit oder ausländische Investoren. Die neoliberale Dynamik hat sich in der Regierungszeit von Edi Rama beschleunigt, der das Anlocken von ausländischen Investments und touristischer Entwicklung zu einer der Säulen seiner Wirtschaftsstrategie erklärt hat. Für seine Unterstützer:innen bedeutet diese Politik eine Modernisierung des Landes und ein Voranbringen seiner europäischen Integration. In der Praxis hat diese Politik jedoch hauptsächlich zu einer erhöhten Konzentration von Reichtum in den Händen einer Minderheit geführt, zur Stärkung der politischen Macht albanischer Oligarchen und zu einer schrittweisen Transformation von Grund und Boden in eine Ware, die zum Vorteil der reichsten Investoren versteigert wurde.

Die von Rama entworfene Entwicklungspolitik wurde während der letzten paar Jahre nach und nach Realität. Seit das Gesetz für strategisches Investment im Jahr 2015 in Kraft trat, wurden mehrere Millionen Quadratmeter öffentlichen oder halb-öffentlichen Landes privaten Investoren zur Verfügung gestellt. Laut einer Erhebung von Citizens.al wurden strategischen Investoren 2023 bereits fast 5,8 Mio. Quadratmeter zugeteilt, von denen ein erheblicher Teil Land an der Küste war. In jüngerer Zeit präsentierte die albanische Regierung ein Portfolio von 83 priorisierten, mit Tourismus- und Infrastruktur-Entwicklung verbundenen Projekten, die darauf abzielten, ausländisches Kapital anzulocken. Diese Daten zeigen, dass der Tourismus kein Nebenprojekt der Regierung ist. Im Gegenteil, es handelt sich dabei um einen der Pfeiler des Wirtschaftsmodells, das bereits seit mehreren Jahren genutzt wird. Tatsächlich repräsentiert der Tourismus etwa 26 % des BIP, einschließlich seiner indirekten Begünstigungen. Für die Demonstranten ist der Stacheldraht von Zvërnec nicht einfach nur eine Verweigerung demokratischer Rechte, sondern der handfeste Ausdruck eines ganzen Entwicklungsmodells, das im Grunde auf der Privatisierung von eigentlich der Öffentlichkeit gehörenden Gebieten fußt.

Es muss zudem darauf hingewiesen werden, dass, selbst wenn es sich nicht um einen Verkauf an privates Kapital handelt, das albanische Land eine Ressource ist, die ohne Zwang, nur für eine wirtschaftliche Belohnung, aufgegeben wird, wenn auch indirekt. Im Jahr 2023

unterschrieben Edi Rama und Italiens rechtsextreme Ministerpräsidentin Giorgia Meloni eine Vereinbarung, nach der bei der im Norden des Landes gelegenen Stadt Gjadër in Küstennähe ein Flüchtlingslager gebaut werden sollte. Für die Meloni-Regierung bedeutet dies, dass sie mit geringem monetären Aufwand die Bearbeitung von Asylanträgen auf einen Bereich außerhalb des eigenen Staatsgebietes verlagern kann; für Rama ist das Ziel, die albanische Regierung als verlässlichen Partner beim Managen der Migrationskrise zu präsentieren und damit den Prozess eines EU-Beitritts zu erleichtern. Von solch einem Beitritt erwartet Rama große wirtschaftliche Vorteile: verstärkte Exporte, einen schnelleren Fluss ausländischer Investitionen durch die rechtlichen Rahmenbedingungen, Wirtschaftshilfen u.a.m.

Genau wie die Pläne für Zvërnec und Sazan behauptet auch dieses Projekt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes indirekt zu stärken, unter Missachtung jeglicher demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse bezüglich der Verwaltung des Gebiets: Die Bevölkerung Albaniens hatte niemals die Möglichkeit, ihre Meinung zu diesem entmenschlichenden Vertrag kundzutun, der ihr Land in ein Open-Air-Gefängnis von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, verwandelt.

Die Logik dahinter ist nicht neu. Seit mehr als zwanzig Jahren hat Albanien immer wieder Müll, vor allem aus Italien, importiert, während sich das Land bereits selbst großen Problemen beim Umgang mit dem eigenen Müll gegenübersieht. Das ist klar ersichtlich an den vielen wilden Müllkippen, mit denen das Land übersät ist. Vor seiner ersten Amtsperiode als Ministerpräsident (2013 bis 2017) hatte Rama versprochen, den für diese Zustände verantwortlichen öffentlich-privaten Vereinbarungen ein Ende zu machen. Danach änderte er jedoch bald seine Meinung. Es dauerte dann bis 2022, bis Regeln für das Problem aufgestellt wurden, und das auch erst nach einer Untersuchung, die zur Verurteilung mehrerer staatlicher Stellen und Einzelpersonen wegen Korruption führte.

Vor Kurzem führte die Regierung nun eine besonders vorteilhafte Steuerregelung ein, um europäische Rentner, vor allem aus Italien, nach Albanien zu locken. Wenn sie nach Albanien umziehen, müssen sie ihre Renten nicht mehr versteuern. In nur wenigen Jahren ist die Zahl dieser Zielgruppe von wenigen hundert bis auf fast 3000 gestiegen. Die Überlegungen dahinter bleiben dieselben: Albanisches Gebiet wird an andere Staaten, in diesem Fall EU-Mitglieder, verkauft, um sich deren politische Gunst zu sichern.

Wer verkauft Albanien?

Kushner und Affinity Partners hatten es nicht mit einem unvorbereiteten Albanien zu tun, der Tisch war dort bereits für sie gedeckt. Und tatsächlich wäre es viel zu einfach, die Herausforderungen, denen sich Albanien gegenübersieht, auf einen Widerspruch zwischen ausländischem Kapital und nationalen Interessen zu reduzieren. Bei den aktuellen großen Tourismusprojekten handelt es sich nicht um einzelne Phänomene, sie sind das Ergebnis eines älteren Prozesses, durch den Ländereien nach und nach durch eine nebulöse Wolke lokaler Akteure monopolisiert wurden: Geschäftsleute, Spekulanten, zwielichtige Vermittler, der Regierung nahe stehende Personen sowie Neureiche, die während der chaotischen Privatisierungen in den 1990er-Jahren auf der Bildfläche erschienen.

Das Projekt erstreckt sich über eine Fläche von geschätzten 437 Hektar. Davon sind 251 Hektar von Bebauung betroffen und gehören fast ausschließlich zwei Großgrundbesitzern: Redi Struga, der durch seine Firmen (South Adriatic Development und Smart Construction Invest) 120 Hektar besitzt, und Arthur Shehu, der in Florida wohnt und 110 Hektar besitzt. Gleichzeitig verweisen mehrere Untersuchungen auf Shefqet Kastrati, einen von Albaniens mächtigsten Oligarchen, Kopf der Kastrati-Gruppe, der möglicherweise bei den mit diesen Projekten in Zusammenhang stehenden Verhandlungen eine Rolle spielte.

Durch dieses nebulöse Gemisch von Interessen können die Vermögensanlagen ausländischen Kapitals vereinfacht und die Verantwortlichkeit der Hauptbeteiligten an diesem Vorgang verschleiert werden. Dennoch ist die Frage des Landbesitzes von zentraler Bedeutung. Wem gehört das Gebiet, auf dem die Tourismusprojekte von Zvërnec und Sazan entstehen sollen? Einigen wenigen privaten Grundbesitzern, internationalen Investment-Fonds oder den jeweiligen lokalen Behörden? Die aktuelle Kontroverse geht daher weit über die Frage des direkt von dem Bauprojekt ausgehenden Ärgernisses hinaus. Sie umfasst Probleme, bei denen es um Souveränität, Demokratie und die Verwaltung des Reichtums des Landes geht.

Wie weiter mit der Mobilisierung und mit Albanien?

Der Skandal um Zvërnec und Sazan zeigt deutlich die Konvergenz der Interessen von albanischen Wirtschaft-

seliten, einer neoliberalen politischen Macht und internationalen Investoren auf der Suche nach neuen Sphären für ihre Kapitalverwertung. Lokale Oligarchen stellen das Land zur Verfügung, Regierungen ändern Gesetze und schaffen günstige Rahmenbedingungen für die geplanten Projekte, während ausländisches Kapital die für die Entwicklung des Gebietes benötigte Finanzierung bereitstellt. In diesem System verlieren die Bürger jegliche Kontrolle über einen Teil ihres Landes, ohne dass jemals mit ihnen darüber gesprochen worden wäre, und die Umwelt wird zu einer einfachen Ressource degradiert, zu etwas, dessen Wert an seiner Fähigkeit, Profit zu generieren, gemessen wird.

Für Lenin war der Imperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus. Mehr als ein Jahrhundert später konkretisiert sich diese Aussage deutlich im Stacheldraht in Albanien. Jetzt wird Albanien nicht mehr von Armeen, sondern durch Kapital bedroht, das Teile seiner Küste zu billigen Preisen aufkauft. Verschwunden ist die Gewalt allerdings nicht - sie wird jetzt nur in anderen Formen ausgeübt: subtiler, diskreter, diffuser - Formen eines Entwicklungsmodus, der von ausländischem Kapital auf Kosten der albanischen Bevölkerung durchgesetzt wird.

Die Demonstrationen der letzten Wochen zeigen jedoch, dass diese Gewalt nicht akzeptiert, sondern abgelehnt wird. Trotz all der Reden, in denen die Entwicklung und der Einfluss der damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen verherrlicht werden, haben Tausende von Albaner:innen klar erkannt, welche Mächte hinter dem Stacheldraht agieren und welche Probleme die Situation mit sich bringt. Sie haben nicht nur ein ökologisches Tourismusprojekt gesehen, sondern auch eine handfeste Manifestation des Verweigerns von Souveränität, Demokratie und Kontrolle über das Land.

Gegen einen internationalen Kontext, in dem ständig wiederholt wird, es gäbe keine Alternative zu den Forderungen von Kapital, Märkten und Investoren, stellen die albanischen Demonstrant:innen ein anderes Narrativ: Keine Entwicklung kann als legitim betrachtet werden, wenn sie gegen den Willen der davon betroffenen Bevölkerung aufgebaut wird. Hinter der Verteidigung einer Lagune, eines Strandes oder einer Insel steht schließlich und endlich das Recht von Menschen, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, die gefährdet ist. Die Herausforderung liegt jetzt darin, diesen Kampf zur Grundlage einer politischen Strategie werden zu lassen: Wie können diese gesellschaftlichen Forderungen in einem Land, in dem es keine echte radikal linke Front gegen Ramas Sozialistische Partei gibt, in Richtung einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Politik gelenkt werden? Die Albaner werden es uns sagen.

18. Juni 2026

Quelle: Marx21.ch.

Übersetzung aus der engl. Fassung in International Viewpoint: Antje H.

LULA UND DER WOLF IM SCHAFSPELZ

Am 4. Oktober werden rund 156 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer im Alter zwischen 18 und 70 Jahren dazu aufgerufen sein, ihrer verfassungsrechtlich verankerten Wahlpflicht nachzukommen. Auf freiwilliger Basis zugelassen sind zudem über 16- und über 70-jährige.

■ **Sven Peterke**

Zur Abstimmung stehen neben dem Amt des Präsidenten und seines Stellvertreters sämtliche Gouverneurs- und Vize-Gouverneursposten in den 26 Bundesstaaten sowie im Bundesdistrikt. Gewählt ist im ersten Wahlgang aber nur das Kandidatentableau, das mehr als 50 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Andernfalls kommt es am 25. Oktober zur Stichwahl zwischen den beiden meistvotierten *chapas*, bei der eine einfache Mehrheit ausreicht.

Darüber hinaus werden am 4. Oktober sämtliche 513 Mitglieder der Abgeordnetenkammer sowie zwei Drittel des 81-köpfigen Senats des Nationalkongresses gewählt. Damit nicht genug, werden noch sämtliche Landtagsabgeordnete durch jene elektronischen Wahlurnen bestimmt, die das riesige Land in die Lage versetzen, das Ergebnis trotz unterschiedlicher Zeitzonen und beträchtlicher infrastruktureller Hindernisse sicher und schnell innerhalb weniger Stunden zu ermitteln. Kurzum: Es geht bei den anstehenden Wahlen um weit mehr als die Macht im *Palácio do Planalto*, dem Amtssitz des Präsidenten.

Das „Geschäftsmodell" der brasilianischen Demokratie

Da in Brasilien Bundes- und Landespolitik eng mit den Städten und Gemeinden verknüpft sind, kämpft in den kommenden Monaten praktisch die gesamte politische Klasse um demokratisch legitimierte Macht, Pfründe und den Zugriff auf öffentliche Mittel. Parteien und Parteiprogramme spielen dabei aufgrund der starken Personalisierung der Wahlkampagnen sowie geringer Parteientreue eine eher untergeordnete Rolle. Als sich am 4. April das sog. Parteienfenster (*janela partidária*) schloss, das gewählten Amtsträgern erlaubt, ohne Mandatsverlust die politische Gruppierung zu wechseln, hatte fast ein Viertel der Mitglieder der Abgeordnetenkammer von diesem Recht Gebrauch gemacht. Auch im Senat wurden munter die Fähnlein getauscht.

Hintergrund dieses Gebarens ist vor allem die gegenseitige Zusicherung von Unterstützung zwischen Kandidaten und Parteioligarchen. Letztere verfügen über weit verzweigte Lobbynetzwerke, auf deren Mobilisierung und finanzielle Zuwendungen es entscheidend im Wahlkampf ankommt. So wird auch dieses Jahr das größte Land Südamerikas nicht dem Dilemma entkommen, dass ein bedeutender Teil der Kandidaten wohlhabenden Clans angehört, deren mächtige Strippenzieher Milliarden von Reais in ihre "Volksvertreter" investieren, damit diese im Gegenzug Klientelpolitik und Patronage betreiben. Es handelt sich gewissermaßen um das „Geschäftsmodell", das der brasilianischen Demokratie zugrunde liegt. Kaum ein Politiker lässt es darauf ankommen, sich über dessen ungeschriebene Spielregeln hinwegzusetzen.

Der Wirtschaft wird dies weiteren Antrieb verleihen, weil sich viele einfache Bürger dafür bezahlen lassen, für eine Kandidatin oder einen Kandidaten Wahlkampf zu betreiben. Nicht wenige verkaufen einfach ihre Stimme in

der Gewissheit, dass sich nach der Abstimmung andere die Taschen vollstopfen. Mal gibt es Bargeld auf die Hand, mal ein paar Flaschen Zuckerrohrschnaps oder ein paar Ziegelsteine, die von Dritten, zusammen mit etwas Zement, vor der Haustür abgelegt werden. Andere wiederum werden von ihren Arbeitgebern in Wirtschaft und Verwaltung oder auch von religiösen Autoritäten massiv unter Druck gesetzt, damit sie am Wahltag bestimmte Nummern in die elektronischen Urnen einspeisen. Als besonders politisiert gelten die neopentekostalen [neupfingstlerischen, Anm. Red.] Kirchen mit ihren Millionen von Mitgliedern, die mehrheitlich dem Bolsonarismus zugewandt sind. Zudem unterstehen rund zwei Drittel der brasilianischen Bevölkerung dem Einfluss lokaler Milizen und Drogenbosse, die von diesem Kapital strategisch Gebrauch machen.

Da die Wahlen geheim sind, lässt sich nur schwerlich nachprüfen, wer für wen gestimmt hat. Dennoch bevorzugen es Viele, kein persönliches Risiko einzugehen. Sie haben entweder Angst, bei Rückfragen lügen zu müssen, oder misstrauen den verkabelten Urnen, deren Sicherheit besonders die rechtsradikalen Kräfte um Jair Messias Bolsonaro seit der letzten Wahl in Frage stellen. Hatte der Ex-Militär auf die Äußerung entsprechender Zweifel bei seinem eigenen Wahlsieg im Jahr 2018 geflissentlich verzichtet, änderte er diese Haltung, als sich 2022 seine Niederlage gegenüber dem derzeitigen Amtsinhaber, Präsident Luiz Ignácio „Lula" da Silva abzeichnete.

Aus gutem Grund ist die Streuung derartiger Desinformation gesetzlich verboten und kann entsprechend geahndet werden. Sie wird deshalb zunehmend von anonym bleibenden Privatpersonen über die wirkmächtigen sozialen Netzwerke unter Einsatz modernster Vervielfältigungstechniken gesät. Viele Bürgerinnen und Bürger sind nicht in der Lage, Falschmeldungen oder durch künstliche Intelligenz generierte Fake-Videos als solche zu entlarven. Dies stellt den Rechtsstaat vor eine enorme Herausforderung.

Bekanntlich hat Jair Bolsonaro – ähnlich Donald Trump gegenüber Joe Biden – niemals seine Niederlage eingestanden. Und er hat ebenfalls versucht die Amtsübernahme seines Widersachers gewaltsam zu verhindern. Anders als Trump wurde er hierfür wegen Staatsstreichs zu mehr als 27 Jahren Haft verurteilt und von den anstehenden Wahlen ausgeschlossen. Aufgrund von Gesundheitsproblemen durfte der 71-jährige Waffenlobbyist jedoch Ende März das Gefängnis zumindest vorübergehend verlassen. Er steht nun in einer luxuriösen Wohnanlage unter Hausarrest. Die Privatköchin bezahlt ihm die Liberale Partei (*Partido Liberal* – PL). Seine Frau und zumindest vier seiner fünf Kinder sind aktiv in den Wahlkampf eingebunden. Genehmigt hat dies jener Richter des Obersten Bundesgerichtshofs (*Supremo Tribunal Federal* – STF), der aufgrund seiner Unnachgiebigkeit und Strenge bei der Ahndung des Putschversuchs zum Sinnbild des Hasses des Bolsonaro-Clans und seiner Anhänger auf das Verfassungsorgan wurde: Alexandre de Moraes.

Nicht von ungefähr verfügt Brasilien über eine eigene Wahlgerichtsbarkeit, die einen einigermaßen fairen Ablauf jenes „Festes der Demokratie" garantieren soll, bei dem die Stimme des mittellosen Brasilianers oftmals nicht mehr als scheinheiliges Versatzstück populistischer Rhetorik ist. Dennoch steht bei den anstehenden Wahlen just für die ärmeren Teile der Bevölkerung viel auf dem Spiel.

Der Sozialdemokrat Lula steht u. a. für eine Fortführung der Politik der schrittweisen Anhebung des Mindestlohns von derzeit knapp 290 Euro (mit dem kaum jemand über die Runden kommt), den Erhalt von Sozialprogrammen, die Millionen von Bürgerinnen und Bürgern vor Hunger und Armut schützen, Investitionen in den öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssektor, Maßnahmen gegen die Abholzung des Regenwalds und zum Schutz der über 200 indigenen Völker und anderer Minderheiten. All dies muss den Anhängern des faschistoiden Bolsonarismus mit seiner ultraliberalen Wirtschaftsagenda ein Dorn im Auge sein.

Freilich unterlassen seine Sprachrohre es tunlichst, dies öffentlich zuzugeben. Zur Ablenkung dient ihnen eine destruktive „anti-lulistische" Politik, die als politischer Krawall medial inszeniert wird. Letztlich besteht aber kein Zweifel daran, dass es sich beim Bolsonarismus um eine Ideologie handelt, welche einen radikalen Staatsabbau durch Privatisierung von vorgeblich unprofitablen Staatsunternehmen und der Zerschlagung des Sozialsystems im Namen des Schuldenabbaus anstrebt. Die asozialen Folgen einer solchen Politik, die sich zwangsläufig in einem Anstieg von Armut und Kriminalität niederschlagen, sollen durch einen autoritären (Polizei-)Staat kompensiert werden, der auf revoltierende Randgruppen keine Rücksicht zu nehmen braucht. Hierzu gilt es vor allem, die obersten Gerichte entsprechend „auf Linie" zu bringen. Vorbilder sind Milei in Argentinien und Trump in den USA.

Lula vs. Bolsonaro 2.0

Zwar stehen erst am 15. August die Namen derjenigen fest, die offiziell als Kandidaten zur Wahl antreten dürfen. Was die Präsidentschaftsfrage anbelangt, zeichnet sich ein Duell zwischen Amtsinhaber Lula und Senator Flavio Bolsonaro ab.

Der 45-jährige wurde Weihnachten vergangenen Jahres von seinem Vater Jair Messias per Brief aus dem Gefängnis für den Clan ins Rennen geschickt. Flavio hatte sich familienintern gegenüber seiner fast gleichaltrigen Stiefmutter Michelle durchgesetzt, der dritten Ehefrau des Ex-Präsidenten. Da sich rund 25–30 % der brasilianischen Wähler ohne Wenn und Aber dem „Mythos" verpflichtet fühlen und im konservativen Lager keinerlei Namen mit nationalem Gewicht als Herausforderer Lulas gehandelt wurden, ermittelten Umfragen bald wenig überraschend, dass Bolsonaros ältester Sohn die größten Chancen auf eine Stichwahl gegen den derzeitigen Amtsinhaber hätte.

Zunächst wurde diese Nachricht von Lulas *Partido dos Trabalhadores* (PT) nur insoweit ernst genommen, als diese keinerlei Diskussion um dessen erneute Kandidatur aufkommen ließ, gilt der 80-Jährige doch als stärkste Waffe im Kampf gegen den Bolsonarismus. Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage (u. a. 2,3 % Wirtschaftswachstum in 2025 bei historisch niedriger Arbeitslosigkeit) und nachweisbarer Verbesserungen in fast allen Politikfeldern im Vergleich zur Vorgängerregierung, gab man sich demonstrativ siegesgewiss – trotz Fehlens einer stabilen parlamentarischen Mehrheit und erwartbarer Störfeuer aus den USA.

Im dortigen Exil hält sich seit über einem Jahr Bolsonaros zweitältester Sohn Eduardo auf. Eigentlich müsste der 41-jährige als gewählter Abgeordneter im Nationalkongress seine Arbeit verrichten. Als er merkte, dass er ebenfalls ins Visier der brasilianischen Justiz gelangen könnte, reiste er nach Florida aus. Anfänglich konnte Eduardo sich im Dunstfeld Trumps erfolgreich für die Verhängung willkürlicher Sanktionen gegen Moraes und andere Oberste Richter sowie von Strafzöllen gegen diverse brasilianische Produkte einsetzen.

Augenscheinliches Ziel dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen ist es, wenn schon nicht die Begnadigung seines Vaters durch Präsident Lula, so doch die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes durch den Nationalkongress für all diejenigen zu bewirken, die wegen Angriffs auf den demokratischen Rechtsstaat zu Haftstrafen verurteilt wurden. Indes darf getrost davon ausgegangen werden, dass Trump dieser Deal nur unter Zusicherung gewisser Gegenleistungen abgerungen werden konnte. Seit November 2025 ist Eduardo wegen staatsfeindlicher Sabotage nun selbst Angeklagter vor dem STF. Sein moderat auftretender Bruder Flavio hat bereits versprochen, ihn und seinen Vater im Falle eines Wahlsieges zu Ministern zu machen.

Mitte Mai 2026 weisen verschiedene Umfragen auf eine Pattsituation hin, sollte es im Oktober zu einer Stichwahl zwischen Lula und Flavio Bolsonaro kommen. Offenkundig hat Flavios Kanditadur in Brasiliens politischer Klasse Dynamiken und Kräfteverschiebungen ausgelöst, die einerseits von Lula und seiner PT unterschätzt, anderseits aber auch durch einen Skandal verstärkt wurden, dessen Reichweite und Auswirkungen schwerlich abzuschätzen waren und bleiben. Die Rede ist von der mittlerweile aufgelösten Banco Master, deren ehemaliger Chef Daniel Vorcaro derzeit wegen Finanzbetrugs, Bestechung und anderer Machenschaften in Untersuchungshaft sitzt. Vor seiner Aussage zittern zahlreiche hochrangige Politiker und Staatsdiener.

Brasilia in Aufruhr

Um trotz wirtschaftlicher Schieflage seine Bank im Geschäft zu halten und sich selbst vor Strafverfolgung zu schützen, hatte sich der Milliarden-Jongleur ein weit verzweigtes Netzwerk aufgebaut, das in die Führungsetagen von Brasiliens Funktionseliten im Nationalkongress, Wirtschaft und Justiz hinreicht. Dabei schreckte er vor mafiösen Methoden wie z. B. Korruption und Erpressung nicht zurück. Noch ist nicht klar, wer ihm auf den Leim gegangen ist. Bislang führten die Ermittlungen zu namhaften Persönlichkeiten, zu denen - neben zahlreichen Politikern aus dem der Finanzwelt zugewandten neoliberalen Lager - auch zwei STF-Richter gehören: Dias Toffoli und Alexandre de Moraes.

Diese explosive Gemengelage, welche den STF als Hüter des demokratischen Rechtsstaats politisch angreifbar macht, dessen Unabhängigkeit gerade Vertreter des Bolsonarismus aus den geschilderten Gründen ständig anzweifeln, sorgt für weit mehr als nur Unruhe im scheinbar beschaulichen Brasília. Sie setzt hinter den Kulissen mächtige Akteure in Bewegung, die entweder ihren Kopf aus der Schlinge ziehen oder aus der Situation Profit schlagen wollen. Kurzlebige und eben auch „faule" taktische Absprachen spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie opportunistische Zweckbündnisse.

Möglicherweise hat Lula im Bemühen, vor den anstehenden Wahlen sein linkes Profil zu schärfen, um sein eigenes Lager stärker zu mobilisieren, nicht ernst genug genommen, dass er einer Regierung vorsteht, die nur deswegen mehrheits- und handlungsfähig ist, weil sich nach dem gescheiterten Putschversuch einige seiner Gegner aus dem konservativen und wirtschaftsliberalen Lager auf seine Seite schlugen. Dies gilt insbesondere für Politiker und Parteien des sog. *Centrão*, denen es vor allem darum geht, ihre Clans und Unterstützernetzwerke zu versorgen

und Angriffe auf ihre finanziellen Interessen abzuwehren. Lula hat sie mit Minister- und anderen hohen Posten im Staatsappart abgespeist. Trotzdem hat dies einige ihrer Repräsentanten nicht davon abgehalten, immer dann als Oppositionskraft aufzutreten, wenn ihnen ein solcher Bruch notwendig oder strategisch vorteilhaft erschien.

Parteien wie z. B. die *União Brasil* hat dies schlicht zerrissen und unglaubwürdig gemacht. Als sich im April das Parteienfenster mit Aussicht auf eine enge Stichwahl zwischen Lula und Flavio Bolsonaro schloss, haben sich daher viele Mandatsträger von Parteien abgewandt, die ihrem persönlichen Ansehen angesichts der starken Polarisierung eher schaden als nützen. Bolsonaros PL, ohnehin schon stärkste Fraktion in der Abgeordnetenkammer, konnte weitere Zuwächse verzeichnen. Insgesamt kam es zu einem neuerlichen Rechtsruck im Nationalkongress. Gleichzeitig wurde der *Centrão* aufgrund der Ermittlungen im Fall Banco Master zunehmend unberechenbar.

Zunächst betrachteten Lulas Strategen den Skandal als willkommene Wahlkampfmunition, sind doch offenkundig keine Führungspersönlichkeiten der PT in ihn verwickelt – im Gegensatz zu Jair und Flavio Bolsonaro nahestehenden Akteuren. Allerdings schienen sie dabei kurzfristig vergessen zu haben, die Situation unter Berücksichtigung des „Geschäftsmodells" der brasilianischen Demokratie einer dialektischen Analyse zu unterziehen. Denn je weniger Lula mit dem *Centrão* kooperiert und stattdessen strukturelle Reformen zugunsten der armen Bevölkerung und Arbeiterschaft anstrebt – wie z. B. die Einführung einer 5-Tage-Woche bei Absenkung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden –, desto mehr verliert er den Rückhalt seiner opportunistischen Mehrheitsbeschaffer.

Diese haben Lula jüngst durch historische Abstimmungsniederlagen deutlich zu verstehen gegeben, dass sie sich von ihm abwenden, sollte er gewisse „rote Linien" überschreiten. Als deren wichtigste mag gelten, jegliche Bestrebungen zu unterlassen, welche geeignet sind, den derzeitigen *status quo zu* gefährden, der vielen einen direkten Zugriff auf öffentliche Mittel unter dem Schutz der Immunität zusichert.

Zuletzt hatte sich der von Lula mit knapper Mehrheit im Senat durchgeboxte Oberste Richter Flávio Dino genau dieser Aufgabe verschrieben. Es gelang ihm, die Mehrheit seiner Kollegen davon zu überzeugen, dass die sogenannten *emendas parlamentares* – als jedem Parlamentarier effektiv nach freiem Gutdünken zur Verfügung stehenden Haushaltmittel – sowie die in der Justiz zu Gehaltsverdoppelungen und -verdreifachungen führenden *penduricalhos* – als Zulagen für Wohnung, Verpflegung, Erziehung etc. ausgewiesene Sonderzahlungen – in beträchtlichen Teilen für verfassungswidrig zu erklären. Es handelt sich dabei um Milliardenbeträge. Mag deren Wiedererlangung legitim und für den gebeutelten Staatshaushalt wichtig sein, so stoßen entsprechende Initiativen unausweichlich auf den Widerstand staatstragender Eliten.

Um den STF auf Kurs zu halten, präsentierte Lula als Nachfolger für den in den Ruhestand verabschiedeten Obersten Richter Luis Roberto Barroso den Chef der Bundesanwaltschaft (*Advocacia-Geral da União-AGU*), Jorge Messias. Dieser hatte sich vor allem als loyaler Unterstützer der Regierung empfohlen. Bei seiner Nominierung ging Lula offenbar irrig davon aus, dass der Senat trotz rechter Mehrheit zustimmen werde, weil es sich bei Messias um einen gläubigen Evangelikalen handelt, der auch konservative Werte wie den Schutz der traditionellen Familie und das Verbot von Abtreibungen vertritt. Tatsächlich hatte neben dem *Centrão* auch die PL ihre Zustimmung angedeutet, der auch Flavio Bolsonaro angehört. Sogar die von seinem Vater ernannten Obersten Richter setzten sich hinter den Kulissen zu Gunsten des 46-jährigen Juristen ein.

Dennoch scheiterte er am 29. April krachend und wurde vom Senat zurückgewiesen – ein Vorgang, den es so seit 132 Jahren nicht mehr gegeben hat. Mehr noch: Am Folgetag überstimmte der Nationalkongress Lulas Veto gegen ein Gesetz, das eine Strafmaßreduzierung für all diejenigen vorsieht, die wegen umstürzlerischer Umtriebe rund um die Vorkommnisse vom 8. Januar 2023 vom STF zu Haftstrafen verurteilt wurden – Jair Bolsonaro und seine Mischpoke inklusive.

Zu erklären ist dies nur, weil der *Centrão* Lula einen Denkzettel verpassen wollte. Angeführt wird die Gruppierung, der Politiker verschiedenster Parteien angehörten, von Senator David Alcolumbre. Er ist nicht nur Präsident des Nationalkongresses, sondern auch mit Richter Alexandre Moraes befreundet. Letzterer hatte keinen Gefallen an Lulas Kandidaten für den STF gefunden, da er einen mit ihm verbandelten Kandidaten bevorzugte. Dementsprechend hat der einflussreiche Richter wohl gegen Jorge Messias gearbeitet. Unterdessen hat Moraes das Strafsenkungsgesetz vorläufig einkassiert, um es auf seine Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen.

Dies zeigt: Sowohl Lula als auch der Bolsonaro-Clan befinden sich an der Kandare von Akteuren, deren Netzwerke es durchaus in der Hand haben, den entscheidenden Ausschlag bei den anstehenden Wahlen zu geben, sollte

sich tatsächlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ihnen abzeichnen.

Damoklesschwert Trump

Lula wäre nicht zu einem Polit-Methusalem mit beispiellosem Erfolg geworden, wenn er die Signale nicht sofort verstanden hätte. Schnell pfiff er seine aufgebrachten Genossen zurück, um sich versöhnlich auf Alcolumbre zuzubewegen. Ob er die von seiner Partei favorisierte Wahlkampfkampagne „Nationalkongress – Feind des Volkes" als Karte im Machtpoker ausspielen wird, bleibt daher abzuwarten. Lula weiß auch, dass seine Ablehnung in der Bevölkerung derzeit größer ist als die von Flavio Bolsonaro und er gerade *in puncto* innerer Sicherheit zulegen muss. Er hat daher Mitte Mai ein Milliarden-Investitionspaket zur Bekämpfung organisierter Kriminalität aufgelegt, um „den Bolsonarismus zu entwaffnen" (Lula). Fest steht zudem, dass der Sozialdemokrat ein erfahrener Kommunikator ist, der selbst mit „Dealmaker" Trump geschickt umzugehen vermag.

Ihm ist nur allzu bewusst, dass Trumps Administration ein handfestes Interesse daran hat, dass die USA in Brasilien nicht weiter an wirtschaftlichem Einfluss gegenüber China verlieren. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Zugriff auf die Rohstoffe des Landes – insbesondere auf sog. Seltene Erden. Um über ein politisches Druckmittel gegenüber dem *Palácio do Planalto* zu verfügen, hat Washington im April seine Absicht bekundet, Brasiliens größte Drogenbanden zu sog. narkoterroristischen Vereinigungen zu erklären. Ihre Machenschaften könnten dann Trump wie im Falle Venezuelas als Vorwand für empfindliche Eingriffe in die Souveränität des fünftgrößten Flächenstaats der Welt gereichen. Eine solche „Kriminalisierung" wäre freilich genau das, was sich die rechtsradikalen Kräfte wünschen.

Unterdessen könnten etwaige Interventionsgelüste der USA ausgerechnet Lula stärken, sollten sie allzu lautstark geäußert werden. Dieser weiß nicht nur staatsmännisch und selbstbewusst aufzutreten, sondern vermag auch den konservativen Kräften und ihren Unterstützernetzwerken, die ein Interesse an stabilem Wirtschaftswachstum haben, das Szenario einer dem Bolsonaro-Clan unterstehenden Regierung mit allen ökonomischen und sozialen Konsequenzen vor Augen zu führen.

Seriöse Prognosen hinsichtlich des Wahlausgangs lassen sich derzeit unmöglich abgeben. Dazu gibt es zu viele Unwägbarkeiten im zunehmend kurzlebigen politischen Geschäft Brasiliens, das zudem immensem medialen Druck und irreführender Propaganda ausgesetzt ist. Dem Obersten Wahlgerichtshof (*Tribunal superior eleitoral* – TSE) stehen deshalb schwere Monate bevor.

Angeführt wird er seit Mai ausgerechnet von jenen Richtern des STF, die Bolsonaro während seiner Amtszeit durchgesetzt hat. Bislang haben sie sich ihm gegenüber weitgehend loyal verhalten. Der eine von ihnen, Marques Nunes, hat den von seinen Kollegen wegen Putschversuchs verurteilten Ex-Präsidenten zu seiner Amtseinführung als Vorsitzender des TSE eingeladen. Sein Stellvertreter, André Medonça, leitet die Ermittlungen im Fall Banco Master. Diese wiederum haben Alexandre de Moraes weiter in Verruf gebracht, hat doch die Anwaltskanzlei seiner Frau nicht nur einen Beratervertrag im Wert von rund 22 Millionen Euro von Daniel Vorcaro erhalten, sondern Letzterer wohl privilegierten Kontakt zum Richter selbst unterhalten.

Unterdessen ist bekannt geworden, dass auch Flávio Bolsonaro mit dem Ex-Banker in direktem Austausch stand. Offenkundig bat er Vorcaro einen Betrag von annähernd 30 Millionen Euro locker zu machen, um einen Film zur Heroisierung seines Vaters zu finanzieren. An seiner Produktion in den USA ist auch sein Bruder Eduardo beteiligt. Da die polizeilichen Ermittlungen ins Ausland führen, ist ungewiss, ob sie vor Oktober abgeschlossen werden können. Sollte sich die Lage für Flávio Bolsonaro in den kommenden Wochen weiter zuspitzen, könnte seine Kandidatur in Gefahr geraten. Der *Centrão* könnte ihn zum Rückzug zwingen und einen eigenen Präsidentschaftskandidaten mit Michelle Bolsonaro als Vize ins Rennen schicken.

Der Bolsonarismus hätte bereits einen wichtigen Etappensieg errungen, würde es ihm gelingen, sich bei den anstehenden Wahlen die Mehrheit im Senat zu sichern. Dann könnte nicht nur Lulas viertes Mandat mit Impeachment-Anträgen torpediert und seine Regierung weitgehend handlungsunfähig werden, sondern es ließen sich auch oberste Richter ihres Amtes entheben. Ganz oben auf der Liste stünde dann Moraes' Name.

Dr. Sven Peterke ist Jura-Professor an der Universidade Federal da Paraíba (UFPB) in João Pessoa.

Erstveröffentlicht in BrasilienNachrichten 173/Juli2026 (www.brasiliennachrichten.de)

DIE KANDIDATUREN DER LINKEN

Bei den in Brasilien anstehenden Wahlen treten auch linke Organisationen an.

■ **Michael Kleine**

Die größte Partei links von der PT ist die PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit) mit etwa 300 000 Mitgliedern. Die PSOL entstand 2004 während der ersten Amtszeit von Lula, nachdem Abgeordnete aus der PT ausgeschlossen worden waren, und vereint linke Organisationen, die der Politik der Klassenzusammenarbeit und den neoliberalen Sparmaßnahmen kritisch gegenüberstehen, welche die Arbeiterpartei in ihren aufeinanderfolgenden Regierungsperioden umgesetzt hat. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006, 2010, 2014 und 2018 stellte die PSOL eigene Kandidat:innen auf.

Bei den Wahlen 2022 beschloss die Mehrheit der Partei, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und Lula bereits im ersten Wahlgang zu unterstützen. Der linke Flügel der Partei, der sich für eine eigene Kandidatur einsetzte, erhielt jedoch mehr als 40 % der Delegierten-Stimmen auf der Wahlkonferenz. Bei den diesjährigen Wahlen hat die PSOL in ihrem Nationalvorstand einstimmig beschlossen, die Wiederwahl von Präsident Lula bereits im ersten Wahlgang zu unterstützen. Diese Entscheidung wird mit der Notwendigkeit begründet, den Kandidaten der extremen Rechten nach Möglichkeit bereits im ersten Wahlgang zu besiegen.

Diesmal entbrannte die Debatte um ein anderes Thema. Ein Teil des Mehrheitsblocks, der die PSOL führt, schlug die Bildung eines Parteienbündnisses mit der PT vor, um bei den Wahlen anzutreten. Diese *federações partidárias* vereinen zwei oder mehr Parteien für mindestens vier Jahre. Gemäß den Regeln treten die Parteien fortan als eine Einheit auf, mit einem einheitlichen Programm, einer gemeinsamen Führung und verbindlicher politischer Disziplin. Dies würde die PSOL dazu verpflichten, Kandidaten des „*Centrão*“ zu unterstützen, so wie es die PT in den einzelnen Bundesstaaten tun wird. Der Vorschlag für einen Parteibündnis mit der PT kam von der Gruppe um Guilherme Boulos, der derzeit Minister in der Regierung Lula ist. Der Vorschlag wurde von der Mehrheit des nationalen Vorstands abgelehnt. Die PSOL bekundet zwar ihre Unterstützung für die Wiederwahl von Lula, behält sich jedoch die Freiheit vor, ein eigenes Programm vorzulegen und in einzelnen Bundesstaaten eigene Kandidat:innen bei den Gouverneurswahlen aufzustellen.

In ihrem Wahlprogramm für die Wahlen 2026 nennt die PSOL folgendes zentrales Ziel: „Unser Ziel ist es, eine Wirtschaft aufzubauen, die denjenigen zugutekommt, die von ihrer eigenen Arbeit leben. Eine Wirtschaft, die die Lebenshaltungskosten senkt, den Mindestlohn über die Inflationsrate hinaus anhebt, die Privilegien der Superreichen abschafft, die öffentlichen Dienstleistungen stärkt, das Land reindustrialisiert, in Wissenschaft und Technologie investiert und das Wirtschaftswachstum in Wohlstand für die Mehrheit umwandelt.“[1]

Links von der PSOL haben vier weitere Parteien Kandidat:innen für die Präsidentschaftswahlen aufgestellt. Die UP (*Unidade Popular pelo Socialismo* – Volkseinheit für den Sozialismus, mit ca. 12 000 Mitgliedern) tritt mit Samara Martins an, der es bereits gelungen ist, in den ersten Meinungsumfragen 2 % der Stimmenabsichten zu erreichen. Zum Vergleich: Das beste Wahlergebnis der PSOL lag 2006 bei 6 %, während ihr Kandidat im Jahr 2018, Guilherme Boulos, nur 0,56 % der Stimmen erhielt. Samara ist in diesem Jahr die einzige Frau im Rennen um die Präsidentschaftswahlen. Zu den zentralen Programmpunkten der Partei gehören die Anhebung des Mindestlohns um 100 %, die Abschaffung der Sechs-Tage-Arbeitswoche sowie die Rücknahme der (neoliberalen) Arbeits- und Rentenreformen. Außerdem setzt sie sich für die Renationalisierung strategisch wichtiger Unternehmen sowie für die Aussetzung und Überprüfung der Staatsverschuldung ein.

Die PSTU (*Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado* – Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei, ca. 14 000 Mitglieder) versteht sich als sozialistische und klassenunabhängige Alternative und vertritt die Ansicht, dass sowohl

der „Lulismus“ als auch die extreme Rechte im Interesse derselben Wirtschaftskreise regieren. Die PSTU stellt Hertz Dias als Kandidaten auf, der „unabhängig von den Arbeitgebern und gegen Klassenbündnisse wie sie die PT und die PSOL eingehen“ sein will. Nur eine solche Alternative werde mit Legitimität ein Programm verteidigen, „das einen Bruch mit dem kapitalistischen System vorsieht, und den Kampf um das Bewusstsein der Arbeiterklasse, der unterdrückten Bevölkerungsgruppen und der Jugend vorantreiben und stärken“ wird.[2]

Die PCB (*Partido Comunista Brasileiro* – Brasilianische Kommunistische Partei, ca. 12 000 Mitglieder) hat die Kandidatur des Wirtschaftswissenschaftlers Edmilson Costa für das Präsidentenamt bekannt gegeben. Die Partei, die sich selbst als einzige „kommunistische“ Kraft im Wahlkampf bezeichnet, kritisiert offen die Versöhnung der Klassen und vertritt ein sozialistisches Programm, das unter anderem die Abschaffung des Senats und die Verstaatlichung strategischer Sektoren vorsieht. Die PCB sieht ihre Teilnahme als unverzichtbar an, um ein Programm für einen radikalen Wandel vorzulegen, das von anderen Kandidaten nicht thematisiert wird.

Die PCO (*Partido da Causa Operária* – Partei der Sache der Arbeiter, ca. 4780 Mitglieder) stellt Rui Costa Pimenta als Präsidentschaftskandidaten vor. Der Präsidentschaftswahlkampf wird unter den Slogans „Lohn, Arbeit und Land“ sowie „Revolution, Arbeiterregierung und Kommunismus“ geführt. Die PCO-Kandidatur versteht sich als „eine Alternative, die unabhängig von den Parteien der Bourgeoisie und der gesamten Politik der Versöhnung mit den Bankiers und dem Imperialismus ist“: „Die Teilnahme an den Wahlen soll dazu dienen, die Arbeiter zu organisieren und Millionen von Menschen ein eigenes Programm der Arbeiterklasse nahezubringen, das sowohl im Gegensatz zur traditionellen Rechten als auch zur Politik der Anpassung an das Regime steht, die von der kleinbürgerlichen Linken verfolgt wird.“[3]

1 https://psol50.org.br/diretorio-nacional-do-psol-aprova-plataforma-do-partido-para-as-eleicoes-de-2026/

2 https://opiniaosocialista.com.br/content/files/2026/05/Manifesto-Pre-Candidatura-Eleitoral-Digital.pdf

3 https://causaoperaria.org.br/2026/pco-lanca-pre-candidaturas-na-casa-de-portugal-venha-participar/

Faschismusanalysen bei ISP

Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus
Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie
136 Seiten , 14,80 Euro
2019
ISBN 978-3-89 900-153-2

Enzo Traverso

Nach Auschwitz
Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords
220 Seiten , 15,00 Euro
2000
ISBN 978-3-929008-22-7

Wolfgang Alles

Für Einheitsfront gegen Faschismus
Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930
Wissenschaft & Forschung 1
erweiterte und aktualisierte Neuausgabe
305 Seiten , 29,80 Euro
2022
ISBN 978-3-89 900-001-6

Neuer ISP Verlag GmbH
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

HITZEWELLEN: WUT UND TRAURIGKEIT. UND TROTZ ALLEM HOFFNUNG.

Die außergewöhnlichen Hitzewellen der letzten Monate verdeutlichen die eskalierende Klimakrise und ihre dramatischen Folgen für Gesundheit, Landwirtschaft, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit.

■ **Christine Poupin, Daniel Tanuro**

Innerhalb von weniger als zwei Monaten wurde Europa von drei Hitzewellen[1] heimgesucht, die hinsichtlich ihres frühen Auftretens, ihrer Intensität, ihrer Dauer und ihrer geografischen Ausdehnung außergewöhnlich waren.

Die gesundheitlichen Auswirkungen sind zahlreich und dramatisch: Atemwegsbeschwerden, insbesondere aufgrund der Ozonbildung (durch Stickoxidemissionen von Verbrennungsmotoren – der Grenzwert für gefährliches Ozon wurde im Juni für 300 der 450 Millionen Menschen in der EU überschritten); Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Infektionskrankheiten, akutes Nierenversagen und Luftverschmutzung durch Rauch von Waldbränden. Diese Folgen verschärfen die sozialen Ungleichheiten bei den Wohn-, Verkehrs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen noch weiter. Die Zahl der zusätzlichen Todesfälle geht in die Tausende. In den ärmsten Regionen, in denen die Möglichkeiten, sich vor Hitze und Umweltverschmutzung zu schützen, am geringsten sind, liegen die Übersterblichkeitsraten bei fast 80 % und entsprechen damit denen während der COVID-19-Pandemie.

Nicht nur Menschen leiden und sterben. Auch Nutztiere zahlen einen hohen Preis, insbesondere Rinder (die physiologisch nicht an solche Temperaturen angepasst sind) und Geflügel. In den industriellen „Fleischfabriken" sind Zehntausende Tiere gestorben. Abgesehen von dem ethischen Schock, den dieses Massensterben auslöst, ist es Teil der umfassenderen schwerwiegenden Folgen der Hitzewelle für die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssouveränität. Mit weitreichenden Auswirkungen auf die Verbraucher:innenpreise (die ohnehin schon aufgrund des Krieges von Trump und Netanjahu gegen den Iran steigen). Auch hier sind die unteren Bevölkerungsschichten am stärksten betroffen.

Die Auswirkungen auf Lebensräume auf dem Land und im Wasser sind nicht weniger dramatisch. Extreme Hitze, schwere Dürren und Brände führen zum Massensterben von Vögeln, Insekten, Fischen, Amphibien und Säugetieren. Die Schäden an den terrestrischen Ökosystemen (insbesondere Wälder, Heckenlandschaften und Feuchtgebiete) sind am deutlichsten sichtbar, doch auch die Beschleunigung der Veränderungen in den Meereslebensräumen gibt Anlass zur Sorge. Insgesamt bedeutet dies einen weiteren schweren Schlag für eine Artenvielfalt, die bereits durch die Agrarindustrie, die industrielle Fischerei und die Tourismusbranche stark geschwächt ist. Durch eine Art Bumerang-Effekt erleben diese Sektoren nun einen Rückschlag, der nicht ohne globale wirtschaftliche Folgen bleiben wird.

Diese Hitzewellen sind Teil eines Kontextes extremer Wetterphänomene, die sich weltweit häufen. Um nur die jüngsten zu nennen: In Indien stieg das Thermometer im Mai auf 45 °C; in China verursachten besonders heftige Taifune schwere Überschwemmungen in Guangxi, während Xinyang von einer Hitzewelle heimgesucht wurde; auf der Antarktischen Halbinsel wurden mitten im südlichen Winter Temperaturen von +5 °C gemessen, die 20 °C über den saisonalen Durchschnittswerten lagen.

Die Fachleute sind sich einig: Die meisten dieser Ereignisse hätten ohne die globale Erhitzung nicht stattfinden können. Es ist bekannt, dass diese hauptsächlich auf die Anreicherung riesiger Mengen an CO_2 in der Atmosphäre zurückzuführen ist, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzt werden. Der Mechanismus ist bestens bekannt: Aufgrund der steigenden Konzentration von CO_2 und anderen Treibhausgasen gerät das Erdsystem zunehmend aus dem energetischen Gleichgewicht, was zu immer heftigeren „Anpassungen" führt. Das ist allerdings erst der Anfang. Die Ozeane nehmen den größten Teil des Energieüberschusses (90 %) auf. Die Tatsache, dass sie derzeit das heißeste erste Halbjahr seit Beginn der Aufzeichnungen erleben, ist ein Garant für künftige, noch heftigere Katastrophen. Kurzfristig werden die Auswirkungen durch das Eintreten von El Niño (ein natürliches Phänomen, dessen Rekordintensität allerdings wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Erwärmung der ozeanischen Wassermassen zu sehen ist) noch verstärkt.

Die Diagnose ist eindeutig: Die globale Erhitzung treibt die Erde gerade in eine Katastrophe, die auf menschlicher Zeitskala unumkehrbar ist. Eine Katastrophe, die insbesondere die Armen in den armen Ländern und die unteren Bevölkerungsschichten in den sogenannten „reichen" Ländern trifft. Das ist die erste Botschaft der Hitzewelle.

Diese Situation war vorhersehbar und wurde insbesondere in den aufeinanderfolgenden Berichten des IPCC angekündigt. Auch die Antwort ist bekannt: Es ist unbedingt erforderlich, sofort damit zu beginnen, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken und so schnell wie möglich aus der Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen. Doch nach den großspurigen Ankündigungen des Pariser Abkommens von 2015 („den Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten und gleichzeitig die Bemühungen fortzusetzen, 1,5 °C nicht zu überschreiten") ging es weiter wie bisher (*business as usual*). Es ist daran zu erinnern, dass das Abkommen fossile Brennstoffe nicht einmal erwähnte. Seine Versprechen zur Stabilisierung des Klimas basierten zu 95 % auf Szenarien, die den massiven Einsatz von CO_2-Abscheidung und -Speicherung, Emissionsausgleich, Geoengineering, „saubere Kohle" und „kohlenstofffreie Kernenergie" vorsahen. Die Verkäufer:innen falscher technologischer Lösungen hatten nur eines im Sinn: den Anschein zu erwecken, man könne das Klima auf andere Weise stabilisieren, als dadurch, dass die fossilen Brennstoffe im Boden belassen werden. Das Ergebnis ist offensichtlich …

Ein ressourcenschonendes Energiesystem, das zu 100 % auf erneuerbaren Energien basiert, kann die tatsächlichen menschlichen Bedürfnisse unter Einhaltung der ökologischen Grenzen befriedigen, die demokratisch und solidarisch festgelegt werden. Doch seine Realisierung erfordert eine Senkung des Endenergieverbrauchs durch die Abschaffung unnötiger Produktion und unnötiger Transporte. Genau das will das Kapital jedoch um keinen Preis. Demokratie, Solidarität, die Befriedigung realer Bedürfnisse und die Achtung ökologischer Grenzen sind mit seiner marktwirtschaftlichen Logik des Wettbewerbs um Profit so deutlich unvereinbar wie noch nie. Das von Natur aus produktivistische und historisch in fossilen Energien verwurzelte System muss durch Investitionen in Maschinen immer mehr produzieren und Arbeit sowie die Erde immer stärker ausbeuten, um den tendenziellen Rückgang der Profitrate zu bekämpfen. Von einer „Energiewende" kann daher keine Rede sein. Mehr als dreißig Jahre nach dem Erdgipfel (Rio 1992) liegt der Anteil fossiler Brennstoffe am globalen Energiemix immer noch bei rund 80 % und die jährlichen Emissionen steigen weiter an. Die absurde Logik eines außer Kontrolle geratenen Automaten treibt die Menschheit in den Abgrund.

Das ist die zweite Botschaft dieser Hitzewelle: Seit der industriellen Revolution ist das Kapital fossil. Es bleibt fossil und will es auch weiterhin bleiben – ungeachtet der menschlichen und ökologischen Kosten.

In den letzten Jahren ist ein allgemeiner Rückschlag bei der Umweltpolitik im Allgemeinen und der Klimapolitik im Besonderen zu beobachten („Backlash"). Die COP 28 (2022) hatte halbherzig das Ziel eines „Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen" („transitioning away from fossil fuels") verabschiedet. Blablabla. Die 65 größten Banken haben ihre Investitionen in Erdöl, Kohle und Erdgas in den Jahren 2024 und 2025 sogar noch erhöht, als wäre nichts geschehen.

Der Rückschlag in den USA ist selbstverständlich heftig, und das nicht erst seit Trump 2 – auch wenn dieser die Speerspitze des Leugner:innentums und des gröbsten Obskurantismus darstellt. Doch der Rückschlag beschränkt sich nicht auf dieses Land, und er begann außerdem bereits vor Januar 2024. In ihrem Bericht von 2022 gab die Arbeitsgruppe 3 des IPCC an, um welche Prozentsätze der Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas bis 2050 gesenkt werden muss, um eine Chance von 50:50 zu haben, unter 1,5 °C zu bleiben (oder diesen Schwellenwert nicht allzu stark zu überschreiten): 95 %, 60 % bzw. 45 % im Vergleich zu 2019. Die Regierungsvertreter:innen haben diese Schlüsselzahlen aus der 2023 veröffentlichten „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger:innen" ausgeblendet. An ihre Stelle setzten sie eine vage Formulierung, die Technologien zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung mit dem Einsatz erneuerbarer Energien gleichsetzt. In Russland unterzeichnete Putin 2025 ein Dekret, das bis 2035 einen Anstieg der Emissionen um ein Fünftel vorsieht. Es überrascht nicht, dass die Ölmonarchien in großem Stil investieren.

Auch die sogenannte „Klimavorhut" bleibt von diesem Rückschritt nicht verschont. China verlagert „schmutzige" Produktionen nach Südasien, verbrennt Kohle, um die Einschränkungen bei Öl- und Gasimporten auszugleichen, und passt seinen Dekarbonisierungsindikator an, um zu verschleiern, dass es sein Versprechen, die Emissionen bis Ende 2025 auf ihren Höchststand zu bringen, nicht einhält. Die Europäische Kommission schwächt – im Einvernehmen mit den Regierungen und unter dem Druck der Industrie – die ohnehin schon völlig unzureichenden Maßnahmen zur Emissionsregulierung ihres eigenen „Grünen Plans" ab. Das Verbot des Verkaufs von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor nach 2035, Maßnahmen gegen den Import von LNG aus Ländern, die nichts gegen Methanleckagen unternehmen, die Beendigung der Zuteilung kostenloser Emissionszertifikate für Großunternehmen im ETS-System, der Schutz der Arktis: Alles wird durch das Omnibus-Mahlwerk der „Vereinfachung" geschleust. Mitten in einer Hitzewelle hat die Kommission sogar verkündet, dass die Herstellung von Business-Jets eine „nachhaltige" Produktion sei.

Angesichts der Wirtschaftskrise wetteifern alle Mächte, ob groß oder mittelgroß, um die Entwicklung von KI, deren Rechenzentren wahre Klimabomben darstellen. Alle begünstigen die Agrarindustrie – auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft, ländlicher Gemeinschaften, indigener Völker und der Ökosysteme. Alle beschleunigen zudem das Wettrüsten. Doch Kriege, bei denen fossile Brennstoffe eine zentrale Rolle spielen, haben ebenfalls schwerwiegende Auswirkungen auf das Klima und führen zu Ökozid. Die kumulierten Emissionen der Rüstungsindustrie und des Militärbetriebs (die keiner Berichtspflicht unterliegen!) werden auf 5,5 % der weltweiten Emissionen geschätzt (mehr als die der Zivilluftfahrt und der Seeschifffahrt zusammen).

Der Gipfel der Schande: Während die entwickelten kapitalistischen Staaten die Hauptverantwortlichen für die Katastrophe sind; während Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika bereits 50 bis 100 Tage im Jahr Temperaturen ausgesetzt sind, die ihr physisches Überleben gefährden, überbieten sich die meisten Regierungen der Groß- und Mittelmächte mit abscheulichen Maßnahmen zur Verfolgung, Razzien, Kriminalisierung, Inhaftierung und Zurückweisung von Migrant:innen. Weder Kinder noch schwangere Frauen werden verschont.

Die Suche nach solchen vermeintlich Verantwortlichen zielt offenkundig darauf ab, die Aufmerksamkeit vom Scheitern der kapitalistischen Klimapolitik abzulenken: Laut UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) schwankt die Wahrscheinlichkeit, die Erwärmung im 21. Jahrhundert unter 1,5 °C zu halten – eine rechtliche Verpflichtung laut dem Internationalen Gerichtshof! – zwischen 0 % (bei unveränderter Politik) und 21 % (wenn alle Staaten ihre „Netto-Null"-Versprechen umsetzen würden … die sie jedoch bereitwillig fallen lassen). Die Wahrscheinlichkeit, unter 2 °C zu bleiben, ist kaum beruhigender. Mit der aktuellen Politik wird die Erde im Laufe dieses Jahrhunderts durchschnittlich 3 °C heißer werden.

Die Regierungen treffen diese Entscheidungen bewusst und informiert. Sie sind nicht einfach nur unverantwortlich, sondern begehen Klimakriminalität (vgl. den gemeinsamen Leserbrief in *Le Monde*[2] vom 6. Juli 2026)[3]. Eine Kriminalität skrupelloser Kapitalist:innen, die sich offen über Gerichtsentscheidungen lustig machen, insbesondere über jene des IGH (Internationalen Gerichtshofs). Eine staatliche, klassenbezogene, rassistische und sexistische Kriminalität. Eine Kriminalität, die zunehmend dazu neigt, sich mit der extremen Rechten zu verbünden (denn die Lehre der Geschichte lautet: Wenn es um Massenmord geht, sind die Faschist:innen unübertroffen). Eine Kriminalität von absolutem, absurdem Nihilismus, die bereit ist, die menschliche Zivilisation und die Reichtümer der Natur auf dem Altar des abscheulichsten Gewinnstrebens zu opfern. Die ignoranten Superreichen halten sich für eine überlegene Spezies und bilden sich ein, dass sie, sobald

sie unsterblich geworden sind, ihr Werk des Todes auf dem Planeten Mars fortsetzen können. Die Verbrecher:innen der Unterwelt findet man in der Finanzwelt, auf der höchsten Ebene der bürgerlichen Gesellschaft, wie Marx es vorausgesehen hatte.

Das ist die dritte Botschaft der Hitzewelle: Indem sie der bürgerlichen Demokratie und ihren „Werten" den Rücken kehrt, verbündet sich die diskreditierte konservative Rechte mit der extremen Rechten, um die zerstörerische und kriegstreiberische neoliberale Politik weiter voranzutreiben – im Dienste der Hybris der fossilen Brennstoffindustrie, der Finanzwelt, der Agrarindustrie und des obszönen Luxus der Superreichen, auf Kosten der breiten Bevölkerung.

Mittel- und langfristig wird es kein Zurück mehr geben. Was verloren ist, ist verloren. Ausgestorbene Arten werden nicht wieder auftauchen. Die abgeschmolzenen Gletscher werden sich nicht wieder bilden. Die Ozeane werden nicht wieder ihren Stand von vor einem Jahrhundert erreichen (der jährliche Anstieg des Meeresspiegels ist heute mehr als doppelt so hoch wie der, der zwischen 1956 und 1975 beobachtet wurde!). Das Holozän, jene geologische Epoche, die die Entfaltung der menschlichen Zivilisation ermöglichte, ist vorbei.

Wohin steuern wir? Laut einer aktuellen Studie hängt das „optimistische Szenario" eines „beherrschbaren Anthropozäns" – weniger als 2 °C Erwärmung bis 2100, Rückkehr um 2200 zu einer Temperatur, die etwas (nämlich 1 °C) über den Werten des Holozäns liegt – nur noch an einem seidenen Faden. Tatsächlich führt uns die kapitalistische Politik auf einen anderen Weg – das „gefährliche Anthropozän": +3°C bis 2100, +3,5 °C bis 2200. Die Katastrophen von heute (bei +1,4°C) zeigen, dass diese Gefahr sehr ernst zu nehmen ist. Doch es könnte noch schlimmer kommen. Schon wenige Überraschungen (beispielsweise ein plötzlicher Rückgang der CO_2-Bindung durch Wälder) könnten dazu ausreichen, dass der Planet noch vor 2100 in Richtung eines Temperaturanstiegs von über 4 °C abdriftet, ohne dass menschliches Handeln dem noch entgegenwirken könnte. Ein „unbeherrschbares Anthropozän", so die Autor:innen.

Die Angst, die Studien dieser Art auslösen können, ist verständlich. Man muss ihr jedoch entgegenwirken, indem man betont, dass diese Prognosen auf der Grundlage von IPCC-Szenarien erstellt wurden, die alle das Dogma eines kontinuierlichen Wachstums des Primärenergieverbrauchs, der materiellen Produktion und des Verkehrsaufkommens beinhalten. Mit anderen Worten: Sie bestätigen, dass die Rettung der Lebensbedingungen auf der Erde mit der Fortsetzung der kapitalistischen Akkumulation absolut unvereinbar ist. (Das sogenannte „optimistische" Szenario entgeht dieser Unvereinbarkeit nur teilweise, indem es den massiven Einsatz von Zaubertechnologien zur CO_2-Abscheidung und -speicherung voraussetzt.)

Aber beseitigen wir den Zwang der kapitalistischen Akkumulation, die wachsende Ungleichheiten hervorbringt; bejahen wir die Perspektive einer Wirtschaft, die auf der Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse basiert; bejahen wir die Priorität, sich um Menschen und die Natur zu „kümmern"; übernehmen wir die Idee, unnötige und schädliche Produktionszweige und Verkehrszweige abzuschaffen und dabei Beschäftigung und Einkommen für alle zu garantieren. In diesem Fall ändern sich die Rahmenbedingungen grundlegend, es erscheint Licht am Ende des Tunnels. Es reicht natürlich nicht aus, das nur zu sagen! Aber man muss es sagen, denn abseits dieser Wahrheit gibt es keine Hoffnung.

Das ist die vierte Botschaft der Hitzewelle: Nichts wäre schlimmer, als sich damit abzufinden. Es ist noch Zeit zu handeln. Wer kämpft, kann zwar verlieren, aber in jeder Phase der Katastrophe machen der Kampf, die Solidarität und die gegenseitige Hilfe den Unterschied aus.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Katastrophe bereits im Gange ist und sich die Lage verändert, ja sogar verschlimmert hat. Wir müssen nun Anpassung und Eindämmung miteinander verbinden, das heißt: sofortigen Schutz vor den schädlichen Auswirkungen der Störung des Klimas und Kampf gegen dessen Ursachen – in erster Linie die Verbrennung fossiler Brennstoffe, aber auch die Entwaldung und die Agrarindustrie. Doch die Anpassungsmöglichkeiten sind begrenzt. Für die Korallenriffe sind sie bereits am Limit. Bei einer Erwärmung um 3 °C ist sicherlich keine Anpassung mehr möglich. Die Wahrheit ist, dass bereits jetzt jedes Zehntelgrad Erwärmung die Anpassungsmöglichkeiten sowohl für die Gesellschaft als auch für die Ökosysteme einschränkt.

Im Gegensatz zu der von den Kapitalist:innen als Mittel zur Vermeidung von Emissionsreduktionen propagierten „Anpassung" (tatsächlich eine Fehlanpassung, wie der Weltklimarat sagt) wollen wir beides gleichzeitig durchsetzen. Das bedeutet eine öffentliche, demokratische, soziale und feministische Anpassung, die den mit nahezu absoluter Sicherheit bekannten zukünftigen Klimaentwicklungen vorgreift. Eine Anpassung, die den Erfordernissen der

Emissionsreduktion entspricht, statt falsche, energieintensiver Einzellösungen. Nur eine massive und entschlossene Mobilisierung kann dieser doppelten Dringlichkeit Geltung verschaffen.

Aufbau einer internationalistischen Massenbewegung für soziale und klimatische Gerechtigkeit

Eine Bewegung, die sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert – jener Menschen, die die sozialen, humanitären und gesundheitlichen Folgen der produktivistischen Flucht nach vorn mit voller Wucht zu spüren bekommen.

Eine Bewegung, die vor den Klimakriminellen aus der Finanz-, Energie- und Agrarindustrie nicht kapituliert und deren Entmachtung fordert – als Voraussetzung für die Ausarbeitung einer globalen Politik im Hinblick auf eine andere, gute, wahrhaft menschliche, ökosozialistische Gesellschaft.

Eine Bewegung, die es ermöglicht, für konkrete und unmittelbare Ziele zu mobilisieren, indem sie vorrangig den Konsum der Superreichen ins Visier nimmt (Privatjets, Superyachten, Flugquoten …); indem sie die verschiedenen Mobilisierungen gegen unnötige und zerstörerische Projekte (Straßeninfrastruktur, riesige Einkaufszentren, Verkehrsanlagen, Sportanlagen …) verstärkt und bündelt; indem sie Kampagnen für ökologische und soziale Forderungen wie den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, die Agrarökologie führt.

Eine Bewegung, die auch – da es weitere Hitzewellen geben wird – in der Lage ist, einen gemeinsam mit den direkt Betroffenen erarbeiteten Notfallplan zu verteidigen, um diejenigen zu schützen, die am stärksten betroffen sind – ältere Menschen, Kinder, Schwangere, chronisch Kranke; einen Plan zur Wärmedämmung von Gebäuden, beginnend mit Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden; Begrünung der Ballungsräume zur Bekämpfung von Wärmeinseln; Öffnung für die Allgemeinheit und Anpassung der Öffnungszeiten von Orten, an denen man sich abkühlen kann – Bibliotheken, Gärten und Parks, Schwimmbäder; kostenlose Nutzung und Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs, um den Autoverkehr zu reduzieren und so die Luftverschmutzung durch Feinstaub, Ozon, NO_x zu senken.

Neue, unverzichtbare und mögliche Bündnisse

Ökosoziale Mobilisierungen gibt es bereits. Jugendliche und Bäuer:innen sind darin bereits stark vertreten. Angesichts der Hitzewellen haben die Jugendlichen das Schuljahr in ihren zu Backöfen gewordenen Schulgebäuden beendet und – schlimmer noch – sagen sich, dass sie „vielleicht gerade den kühlsten Sommer ihres restlichen Lebens erleben“. Die Landwirt:innen sehen nicht nur ihre Arbeitsmittel, sondern auch ihren Beruf und ihr Leben leiden und verschwinden.

Frauen sind in der Mehrheit und stehen oft an der Spitze dieser Mobilisierungen. Die Hitzewellen bringen sie noch stärker an vorderste Front, um den sich verschlechternden Lebens- und Gesundheitsbedingungen entgegenzuwirken. Zudem verursachen Hitzewellen zwar keine patriarchalische Gewalt, schaffen aber die Bedingungen, die die Verschärfung bereits gewalttätiger Situationen begünstigen. Laut einer Studie der Vereinten Nationen könnten bei einer Erwärmung um 2 °C bis zum Jahr 2090 jährlich 40 Millionen Frauen und Mädchen zusätzlich Opfer häuslicher Gewalt werden. Kein Feminismus ohne Klimakampf, kein Klimakampf ohne Feminismus!

Die wiederkehrenden Hitzewellen begünstigen neuartige Konvergenzen

In der Vergangenheit fiel es der Klimabewegung schwer, eine echte Verbindung zur Arbeiter:innenbewegung herzustellen.

Heute stehen die Themen Arbeit, Arbeitsbedingungen und Gesundheit am Arbeitsplatz objektiv gesehen im Zentrum: Die ohnehin schon beschwerlichen Bedingungen bei Arbeiten im Freien (Bauwesen, Tiefbau, Landwirtschaft …) werden geradezu unerträglich, gefährlich oder sogar lebensbedrohlich, die Arbeitsräume sind für die extreme Hitze ungeeignet, die Bedingungen beim Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz haben sich verschlechtert. Den Gewerkschaften kommt eine wesentliche Rolle zu, um die Frage der Arbeitsbedingungen kollektiv, fordernd und mobilisierend anzusprechen, die Selbstorganisation von Arbeitskollektiven zu fördern, um geeignete Antworten zu erarbeiten und diese durchzusetzen: Recht auf Arbeitsverweigerung, Arbeitszeitverkürzung, keine Arbeit nach 14 Uhr (Höchststand der Sonne während der Sommerzeit), 10-minütige Pausen, Homeoffice, Lohngarantie.

Darüber hinaus kommt der Arbeiter:innenbewegung eine entscheidende Rolle zu, um die Gesundheit am Arbeitsplatz mit der Gesundheit im Allgemeinen zu verknüpfen und dies zu einer Priorität zu machen, die je nach Wirtschaftszweig konkretisiert werden muss.

In den Industriezweigen eröffnet der äußerst konkrete

und hautnah erlebte Charakter der aktuellen Krise die Möglichkeit, nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch den gesellschaftlichen Nutzen der Tätigkeiten und Produktionen im Hinblick auf die Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und das Klima zu hinterfragen. Sie bietet eine Chance, den produktivistischen Konsens zu durchbrechen, der die Gewerkschaften noch allzu oft dazu bringt, im Namen der Arbeitsplatzsicherung ökologisch schädliche Produktionen zu verteidigen.

Im Dienstleistungssektor geht es darum, den Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Verschlechterung der Betreuungsbedingungen für die Nutzer:innen – Schüler:innen in Bildungseinrichtungen, Nutzer:innen des öffentlichen Nahverkehrs usw. – aufzuzeigen.

Gesundheit und Pflege – eine Frage der gesellschaftlichen Entscheidung.

Krankenhäuser, Gesundheits- und Pflegedienste (häusliche Pflege, Betreuung pflegebedürftiger Menschen) sind durch jahrelange liberale Politik, fehlende Mittel und mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Personal, den Nutzer:innen und den Patient:innen geschwächt.

Die Hitzewellen von heute, wie jede andere Gesundheitskatastrophe auch, machen nur die verheerenden Auswirkungen der Untätigkeit öffentlicher Einrichtungen und der Vorherrschaft von Wettbewerb und Kommerzialisierung deutlich. Das System bricht zusammen. Die ohnehin schon kolossalen Ungleichheiten in Bezug auf Gesundheit und Zugang zur Gesundheitsversorgung werden immer größer.

Eine Mobilisierung für Gesundheit und Pflege, die die verschiedenen Komponenten miteinander verknüpft – Prävention, Versorgung und Zugang zu gut ausgestatteten und personell besetzten öffentlichen Einrichtungen, Gesundheit am Arbeitsplatz, Umweltgesundheit – ist ein wesentlicher Bestandteil sozialer und klimatischer Gerechtigkeit.

Kluft zwischen Wissenschaft und Kapital

Während die radikalsten und unverhohlensten Leugner:innen der Wissenschaft einen regelrechten offenen Krieg führen und politische Entscheidungsträger:innen alle Warnungen missachten, die auf dem Konsens wissenschaftlicher Arbeiten beruhen, erscheint es für immer mehr Forscher:innen unmöglich, sich aus politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen herauszuhalten. Die sich abzeichnende tiefere Kluft zwischen Wissenschaft und Kapital ist eine weitere strategische Chance. So fordern in Frankreich beispielsweise mehrere Dutzend Wissenschaftler:innen, Ärzt:innen, Forscher:innen, Philosoph:innen und Künstler:innen ein Klimanotstandsgesetz, das unter anderem allen französischen Unternehmen verbieten würde, sich in Frankreich oder anderswo an einem neuen fossilen Projekt – sei es ein Kohlebergwerk, eine Ölquelle oder ein Gasfeld – zu beteiligen, und das „alle Subventionen für fossile Energien" abschaffen würde. Die Bedeutung solcher Stellungnahmen ist immens, um den Kämpfen für eine ökosozialistische Alternative Glaubwürdigkeit zu verleihen, ohne dabei Selbstorganisation und demokratische Entscheidungen zu ersetzen.

Kampf für das Klima und antifaschistischen Kampf zusammenführen

Schließlich gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen „Klimaleugner:innen" und der extremen Rechten in ihren verschiedenen Ausprägungen. Von Trump über Putin bis hin zu Milei und den rechtsextremen Parteien in Europa – sie alle bringen Warner:innen zum Schweigen und unterstützen Medien, die sich ausschließlich der Desinformation widmen; sie alle sind erbitterte Verfechter:innen fossiler Brennstoffe und des Rohstoffabbaus sowie fanatische Befürworter der KI, der Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie der Rüstungsindustrie. Auch wenn sie nicht die Einzigen sind, bedeutet ihr Machtantritt dennoch immer einen qualitativen Sprung in die schlimmste aller Welten, in die selektive Anpassung an die Katastrophe, an der sie selbst schuld sind, zum Vorteil ihrer privilegierten Minderheit. Ihr Sexismus, ihr Rassismus, ihr Hass auf Migrant:innen, ihre Ideologie des Rechts des Stärkeren stehen im krassen Gegensatz zu dem, was die Menschheit braucht, um die schlimmste Krise zu bewältigen, die der produktivistische Kapitalismus verursacht hat. Der Kampf für das Klima und der antifaschistische Kampf müssen Hand in Hand gehen.

Wir werden nicht in die Welt von früher zurückkehren, aber wir haben noch die Möglichkeit zu leben – und gut zu leben, indem wir uns um die Schönheit der Erde kümmern.

Von den kapitalistischen Regierungen ist nichts zu erwarten. Hitzewellen bestätigen dies ebenso wie andere Klimakatastrophen: Wir müssen mit diesem System und seiner Logik brechen. Lasst uns gemeinsam aus dem Leid, der Trauer, der Fassungslosigkeit, der Wut und dem Verlust, die wir in diesen extremen Zeiten erlebt haben, die Kraft, die Entschlossenheit und die Kreativität schöp-

fen, die der Herausforderung gerecht werden: Lasst uns aufstehen, lasst uns uns vereinen, um die Bewohnbarkeit der Welt heute und für künftige Generationen zu bewahren. Lasst uns gemeinsam durch unsere Kämpfe und unsere demokratische Organisierung eine politische Alternative durchsetzen, die sich ganz diesem existenziellen Ziel verschreibt.

Christine Poupin, ehemals aktiv als Chemiegewerkschafterin, ist eine ökologische und feministische Aktivistin und eine Sprecherin der NPA (Frankreich).

Daniel Tanuro Agronomie-Ingenieur und ökosozialistischer Aktivist, ist Leitungsmitglied der belgischen Sektion der IV. Internationale.

Referenzen: Der Artikel erschien zunächst auf Französisch am 14. Juli 2026 in der Zeitschrift *inprecor*. Auf Deutsch in *Emanzipation* ...

Aus: *Inprecor*, 14 juilllet 2026 https://inprecor.fr/canicules-la-rage-et-la-tristesse-et-lespoir-malgre-tout.

1 Ende Juli setzte eine vierte Hitzewelle ein.

2 Canicule: « Tant que l'industrie fossile continuera d'ignorer les lois de la physique, les événements climatiques extrêmes gagneront en intensité et en fréquence » *Le Monde* 6 juillet 2026. https://www.lemonde.fr/idees/article/2026/07/06/canicule-tant-que-l-industrie-fossile-continuera-d-ignorer-les-lois-de-la-physique-les-evenements-climatiques-extremes-gagneront-en-intensite-et-en-frequence_6721060_3232.html. Die vollständige Liste der Unterzeichner:innen findet sich hier: https://bloomassociation.org/wp-content/uploads/2026/07/Signataires-Loi-urgence-climatique.pdf

3 https://www.lemonde.fr/idees/article/2026/07/06/canicule-tant-que-l-industrie-fossile-continuera-d-ignorer-les-lois-de-la-physique-les-evenements-climatiques-extremes-gagneront-en-intensite-et-en-frequence_6721060_3232.html

Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein"; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein". In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

https://fourth.international/

EU LOCKERT EMISSIONSHANDEL UND BESCHLEUNIGT DIE KLIMAKRISE

Mitten in der Hitzewelle lockert die Europäische Union den Emissionshandel und beschleunigt den Kurs in die Klimakatastrophe.

■ **Daniel Tanuro**

Der Artikel *Hitzewellen: Wut und Traurigkeit. Und trotz allem Hoffnung*, den Christine Poupin und ich verfasst haben, nennt die Reform des Emissionshandelssystems (ETS) als eines der Symptome des antiökologischen Backlashes *à la européenne*. Mit jedem Tag erfahren wir etwas mehr darüber.

Die schwerste Hitzewelle seit Beginn der Wetteraufzeichnungen ist in der Tat der Zeitpunkt, den die Europäische Kommission gewählt hat, um ihren Vorschlag zur Reform ihres Emissionshandelssystems zu veröffentlichen.

„Mehr Zeit zum Verschmutzen, mehr Geld für weniger Verschmutzung"

Dieser Vorschlag wird von der ausgesprochen kapitalistischen „Financial Times" perfekt auf den Punkt gebracht. Sie titelt: Europa wolle „den Unternehmen mehr Zeit zum Verschmutzen" geben.[1]

Zur Erinnerung: Das ETS, das Aushängeschild der EU-Klimapolitik, ist das System, das großen, CO_2-intensiven Unternehmen (Energie, Stahlindustrie, Zement, Glas, Aluminium …) vorschreibt, über „Emissionsrechte" zu verfügen, um jede Tonne ausgestoßenen CO_2 zu rechtfertigen. Die betroffenen Unternehmen sind für etwa 40 % der Emissionen in der EU verantwortlich.

Ursprünglich wurden die Emissionsrechte von den Mitgliedstaaten kostenlos und sehr großzügig an die Unternehmen verteilt. Da überschüssige Emissionsrechte auf dem „Emissionsrechte-Markt" verkauft werden konnten, machten einige Unternehmen wie der Stahlkonzern Acelor Mittal im Namen des Klimas lukrative Geschäfte.

Der „grüne Kapitalismus", Theorie und Praxis

Nach Ansicht neoliberaler Theoretiker:innen, die Anhänger:innen des sogenannten „grünen Kapitalismus" sind, sollten die Verringerung der Zertifikatsmenge, die Reduzierung des kostenlosen Anteils und der Preisanstieg (die Zertifikate kosten derzeit etwa 80 € pro Tonne) es ermöglichen, die Großindustrie schrittweise und sanft zu dekarbonisieren.

Ursprünglich sollte die Menge der jährlich ausgegebenen Emissionszertifikate bis 2039 auf null abgesenkt werden. Auf Druck der Industrie entscheidet sich die Kommission nun jedoch für eine Verschiebung um zehn Jahre. Infolgedessen wird die jährlich in Umlauf gebrachte Menge an Emissionszertifikaten weniger schnell sinken als vorgesehen. Nach 2030 wird die Reduktionsrate von -4,4 % pro Jahr auf -3,7 % pro Jahr zwischen 2031 und 2035 und anschließend auf -1,7 % pro Jahr zwischen 2036 und 2040 sinken.

Neben der Verschiebung des Stichtags und der Verlangsamung des Emissionsabbaus kommt die Kommission der Industrie auch bei der Vergabe kostenloser Emissions-

rechte entgegen. Diese haben derzeit einen Wert von 35 bis 40 Milliarden Euro pro Jahr und hätten eigentlich 2034 auslaufen sollen. Sie werden für Unternehmen, die sich zu Investitionen in Europa verpflichten, bis 2038 verlängert. In diesem Fall können sie bis zu 80 % ihrer Emissionen abdecken, ohne einen Euro zu zahlen.

Ein weiterer Aspekt der Entscheidungen der Kommission betrifft die von den Unternehmen erworbenen Zertifikate. Diese werden an die Staaten gezahlt, die dadurch insgesamt 24 Milliarden Euro in ihre Kassen einnehmen. Die Kommission will, dass mindestens die Hälfte dieses Betrags an die Unternehmen ausbezahlt wird, um die Dekarbonisierung zu finanzieren (gegenüber derzeit 5 %). Im Klartext: Geld, das derzeit der Allgemeinheit zugutekommt, soll ihr entzogen und an die umweltverschmutzenden Unternehmen zurückgegeben werden, die das Klima bewusst zum Nachteil der Allgemeinheit zerstören.

Die Taschenspielertricks von Wopke Hoekstra

Wopke Hoekstra, der Klimakommissar (ein ehemaliger Shell-Mitarbeiter), behauptet, dass diese „Flexibilitätsmaßnahmen" die EU nicht daran hindern werden, ihr Ziel der Netto-Null-Emissionen bis 2050 zu erreichen. In Wirklichkeit muss er, damit die Netto-Null-Bilanz (auf dem Papier) dennoch erreicht wird, zwei mehr als fragwürdige Tricks anwenden: zum einen den Kauf von „Kohlenstoffgutschriften" auf dem internationalen Markt zwischen 2036 und 2040; zum anderen den Einsatz von CO_2-Abscheidung und -Speicherung für 250 Millionen Tonnen CO_2.

Kohlenstoffgutschriften sind eine Art von Emissionsrechten, die durch Investitionen in Ländern des Südens generiert werden und dort künftig Emissionen ermöglichen sollen, die unter den „Business-as-usual"-Prognosen liegen. Gegenüber diesen Gutschriften, die oft mit Betrug behaftet sind (insbesondere solche, die durch Baumpflanzungen oder sogenannte Waldschutzmaßnahmen generiert werden), ist größtes Misstrauen angebracht. Zudem laufen sie darauf hinaus, den Ländern des Südens sozusagen Anteile an der Atmosphäre wegzunehmen – ganz im Sinne einer kolonialen Logik. Die CO_2-Abscheidung und -Speicherung wirft zudem zahlreiche Probleme bei Zuverlässigkeit, Machbarkeit und Finanzierung auf.

Es ist zweifelhaft, ob diese beiden Notlösungen es der EU ermöglichen werden, ihre Verpflichtung einzuhalten. Doch das ist nicht die einzige Sorge. Denn dem Kapital mehr Zeit und Geld für die Emissionsreduzierung zu geben, birgt die Gefahr, dass die Preise für Emissionsrechte sinken und damit der Druck auf die Unternehmen abnimmt. Diejenigen, die bereits Anstrengungen unternommen haben, werden sich benachteiligt fühlen und einen Gang zurückschalten, und diejenigen, die noch nichts unternommen haben, werden weiterhin so wenig wie möglich tun. Letztendlich könnten die Emissionen steigen.

Die Katastrophe naht, geben wir Gas!

Der Kern der Sache ist, dass das Großkapital die Energiewende und die unzureichenden Umweltpolitiken ausgebremst hat. Vorbei ist die Farce des „grünen Kapitalismus" – der erbitterte Wettbewerb auf den Märkten verlangt nach „Realismus", „Flexibilität" und „Vereinfachung". Trump verleiht diesem kapitalistischen Diktat seine dümmste, extremistischste und offen leugnendste Form, die es gibt, doch alle Regierungen folgen ihm automatisch. Sie alle beschleunigen den Wettlauf in die Katastrophe – im Namen des Wettbewerbs um Märkte und um Profit. Das ist kriminell und wird sehr böse enden.

Der Kapitalismus ist wirklich das monströseste und unsinnigste System, das die Menschheit hervorgebracht hat. Hoffnung gibt es nur im Kampf und in der Solidarität.

Der Beitrag wurde zunächst von *Europe Solidaires sans Frontière* (ESSF) am *22. Juli 2026* publiziert (https://europe-solidaire.org/spip.php?article79486).

Deutsch in: https://emanzipation.org/2026/08/eu-lockert-emissionshandel-und-beschleunigt-die-klimakrise/

1 Ian Johnston: European industries expected to win more time to emit carbon. *Financial Times*, July 15, 2026. https://www.ft.com/content/36f19b62-b42c-4f84-ac3c-d416f059472f?syn-25a6b1a6=1.
Siehe auch: Orla Dwyer: Q&A: What the EU's carbon market review means for climate action. *Carbon Brief* 20.07.26 https://www.carbonbrief.org/qa-what-the-eus-carbon-market-review-means-for-climate-action

DIE BIOGAS-ILLUSION

Wie Katherina Reiches Heizungsgesetz uns in die fossile Falle treibt

■ **Klaus Meier**

Die Kritik an Katherina Reiches neuem Heizungsgesetz reißt nicht ab – und sie kommt längst aus der Mitte der Fachwelt. Wirtschaftsforscher des IW (Institut der deutschen Wirtschaft) und Energieexperten des Fraunhofer-Instituts IFAM warnen vor den massiven handwerklichen Fehlern dieses Entwurfs. Was als technologieoffene Wende mit einer „Biotreppe" getarnt wird, entpuppt sich schon mittelfristig als gigantische Kostenfalle für Millionen von Haushalten. Die technologisch überlegene Wärmepumpe wird dagegen ausgebremst. Für die Klimabewegung ist dieses Gesetz eine bittere Niederlage: Es zementiert fossile Pfadabhängigkeiten und bremst die echte Wärmewende aus. Doch Reiches Gesetz trifft auf viel Gegenwind. Die entscheidende Frage lautet jetzt: Wie können die ökologischen und linken Kräfte beim Heizungsthema die Lähmung überwinden und politisch wieder in die Offensive kommen?

Merz-Klingbeil-Regierung demontiert Wärmewende

Die Merz-Klingbeil-Bundesregierung hat das in Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) umgetaufte Heizungsgesetz, das noch von der Ampel-Regierung stammte, in seinen wesentlichen Passagen demontiert. Die bisherige Pflicht, dass Heizungen in Neubauten zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen, ist im neuen GModG kurzerhand gestrichen worden. Die Installation von Gas- und Ölheizungen wird wieder zugelassen. Allerdings sollen neu eingebaute Gas- und Ölheizungen künftig mit einem wachsenden Anteil von Biogas und Bioöl betrieben werden. Diese sogenannte Bio-Treppe sieht vor, dass der Bioanteil 2029 bei 10 Prozent liegen soll und dann stufenweise bis 2040 auf 60 Prozent ansteigt. 2030 soll gleichzeitig der staatliche Zuschuss für Wärmepumpen schrittweise um mehrere Tausend Euro sinken. Der Bundestag hat das Gebäudemodernisierungsgesetz am 10. Juli 2026 verabschiedet. Unions-Fraktionsvize Sepp Müller triumphierte bei dem Beschluss. Die Menschen hätten nun wieder Freiheit im Heizungskeller: „Wir ersetzen Bevormundung durch Wahlfreiheit." Tatsächlich kann die fossile Gas- und Öllobby die Verabschiedung des GModG als ihren Erfolg verbuchen. Damit haben sie mit tatkräftiger Hilfe von Katherina Reiche den Weg für Öl- und Gasheizungen wieder freigeräumt.

Tatsächlich ist diese Reform, die klimaschädliche Öl- und Gasheizungen protegiert, aber ein Brandbeschleuniger für die Klimakrise. Damit hat die Union-SPD-Regierung die noch von der Ampelregierung stammenden bescheidenen Ansätze der Wärmewende in zentralen Punkten ausgehebelt und ein fossil-reaktionäres Roll-Back eingeleitet. Ob die Gaslobbyisten diese Änderungen wirklich längerfristig zu ihren Gunsten nutzen können, ist allerdings noch offen. Es gibt jedenfalls eine gewaltige Gegenstimmung: Die Organisation Campact bezeichnet das GModG als „Klimaverbrechen". Wissenschaftler, Verbände und politische Beobachter bewerten das GModG in seiner aktuellen Fassung als handwerklich mangelhaft, unsozial und ökologisch kontraproduktiv. Kommunale Spitzenverbände kritisieren das Gesetz als völlig praxisfern und unvollziehbar. Die neuen Regelungen gelten als so komplex, dass sie für Verbraucher und Handwerk kaum noch verständlich sind.

Deutsche Regierung setzt auf Erdgas – obwohl die Preise explodieren

Der Erfolg der deutschen Gas- und Öllobby mit dem GModG steht unter einem schlechten Stern. Er fällt in die Zeit des Irankriegs, der die Versorgung mit fossilen Energien extrem schwierig macht. Insbesondere durch die Sperrung der Straße von Hormus geraten die wichtigsten Versorgungsrouten für Erdgas und Erdöl in extreme Turbulenzen. In der Folge sind die Gaspreise regelrecht durch die Decke gesprungen. So lag der Großhandelsreferenzpreis TTF für Erdgas am Tage vor Kriegsbeginn noch bei 32 Euro pro Megawattstunde. Kurz darauf stieg er auf die doppelte Höhe. Vorübergehend sah es zwar nach einer politischen Beruhigung in der Golfregion aus und der TTF-Preis sank wieder. Doch seitdem die militärische Situation zwischen den USA und dem Iran erneut eskaliert ist und die Straße von Hormus wieder gesperrt wurde,

stieg der TTF-Preis wieder auf nahezu 60 Euro. Politische Beobachter gehen mittlerweile nicht mehr davon aus, dass es am Persischen Golf schnell zu einem Frieden kommen wird. Kurze Beruhigungsphasen gehen immer wieder fließend in kriegerische Eskalationen über. Bei den Händlern wächst daher die Sorge, dass die Lieferengpässe bei Flüssigerdgas (LNG, Liquefied natural gas) aus Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten infolge der Hormus-Blockade bis in den Winter hinein andauern werden. Dazu kommt, dass die katarische LNG-Exportinfrastruktur Ras Laffan durch einen iranischen Drohnenangriff massiv beschädigt wurde. Rund 20 Prozent der katarischen Gaserzeugungskapazität wurden dabei zerstört. Experten gehen davon aus, dass die Reparatur mehrere Jahre andauern dürfte. Selbst wenn die Straße von Hormus wieder frei gegeben würde, wäre damit die Gasversorgung trotzdem auf längere Zeit reduziert. Auch das hält den Preisdruck bei der Erdgasversorgung hoch. Zahlreiche Politiker der europäischen Nachbarländer sind in dieser Situation zur Schlussfolgerung gekommen, dass man sich allein aus Kostengründen von der fossilen Gasnutzung verabschieden müsse. Nicht so die deutsche Regierung – sie setzt in ihrem Irrweg mit dem GModG weiter auf Erdgas. Das riecht förmlich nach Lobbyismus und Interessenkonflikten.

Je länger der Irankrieg dauert, desto mehr wachsen die Energieprobleme der europäischen Länder. Der Grund: Die Heizsaison mit ihrem hohen Gasverbrauch rückt zunehmend näher. Es gibt ein weiteres Problem, das sich verschärfend auswirkt: Das sind die momentan niedrigen Gasspeicherstände in Europa und besonders in Deutschland. Hierzulande sind sie aktuell nur zu gut 45 Prozent gefüllt – das sind sogar 25 Prozentpunkte weniger als zu Beginn des Ukrainekriegs. Die Bundesregierung hat es einfach dem Goodwill der Gaskonzerne überlassen, die Speicher zu befüllen, statt selbst aktiv zu werden. Die haben aber wenig Interesse an einer langfristigen Speicherbefüllung, denn für sie ist das nicht zuletzt eine kostspielige Kapitalbindung. Mit niedrig gefüllten Gasspeichern steigt aber das Risiko hoher Gaspreise im Winter. Sollte der kommende Winter kalt werden, dann wäre Deutschland jetzt auf kurzfristige LNG-Einkäufe angewiesen. Das Land müsste dann verschärft mit Ländern in Fernost um LNG-Lieferungen konkurrieren. Kurzfristige LNG-Käufe könnten nicht nur teuer werden, sondern es könnte sogar schwierig werden, die Versorgung sicherzustellen. Die Verantwortung dafür, dass eine solche Situation droht, trägt die deutsche Regierung und hier besonders die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche. Denn sie hat die Gasindustrie gewähren lassen, statt sie auf die Einspeicherung von Erdgas zu verpflichten. Nicht wenige dürften vermuten, dass die Ministerin, die selbst aus der Gasindustrie kommt, damit ihren Freunden in dieser Branche zu weit entgegengekommen ist. Zu Lasten der Gaskunden, die dafür im Winter den Preis bezahlen müssen.

Biotreppe als scheinökologische Mogelpackung

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz verlangt ab 2029 für neu installierte Öl- und Gasheizungen, dass angeblich klimaneutrale Brennstoffe, wie Biomethan, Biodiesel oder Wasserstoff in steigender Menge dem fossilen Heizöl und Erdgas beigemischt werden müssen. Es soll 2029 mit einer 10 Prozent Beimischung beginnen und 2040 dann bereits 60 % sein. Das Ganze wird der Öffentlichkeit als „Bio-Treppe“ verkauft. Ein ähnliches Vorgehen gibt es bereits im Verkehrssektor, wo Benzin und Diesel mit Biotreibstoffen versetzt werden. In der Praxis wird damit kein realer Klimaschutz erreicht, sondern die Landschaft wird dadurch mit überdüngten Raps- und Mais-Monokulturen überzogen. Nun soll dieses Vorgehen also auch im Gebäudesektor zum Einsatz kommen.

Biomasse reicht nicht aus

Wenn man die Verfügbarkeit von Biokraftstoffen mit den Zielen der Bio-Treppe vergleicht, bricht das ganze Phantasiegebäude schnell zusammen. Das zeigt ein Blick in die Energiebilanz: Der Wärmeverbrauch im Gebäudebestand liegt bei knapp 800 TWh. Davon entfallen 64 % also 508 TWh auf Erdgas. Um allein im Gebäudebestand eine 10-prozentige Quote ausschließlich mit Biomethan zu erreichen, wäre eine Verfügbarkeit von rund 51 TWh erforderlich. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland jedoch lediglich 10 TWh Biomethan erzeugt. Der größte Teil davon wird aber bereits anderswo eingesetzt: Für die Wärmeerzeugung, den Verkehr und die Stromerzeugung. Woher die Menge an Biomethan bis 2029 für das Heizen kommen soll, dürfte den „Experten“ der schwarz-roten Regierung selbst völlig unklar sein. Und erst recht ist so eine Verfügbarkeit von 60 Prozent Biomethan bis 2040 nicht erreichbar. Auch die Ölheizungen, für die eine Mineralölmenge von 135 TWh benötigt wird, wären dann noch nicht mit Bioölen versorgt. Aber die Gasindustrie jubiliert über das Gesetz. So etwa die Energie Südbayern (ESB), die ein großes Gas-Verteilnetz in Ober- und Niederbayern besitzt. „Wir haben heute schon in einigen Bereichen unseres Netzes das ganze Jahr über einen Biogasüberschuss“, behauptet ESB-Chef Marcus Böske.

Es gibt auch noch einen weiteren Grund, der die Gaslobbyisten an Katherina Reiches Gesetz erfreut. So hat die Wirtschaftsministerin in das Gebäudemodernisierungsgesetz hineinschreiben lassen, dass auch blauer Wasserstoff beigemischt werden kann. Das ist Wasserstoff, der mittels der sog. Dampfreformierung aus Erdgas gewonnen werden soll. Das dabei in großen Mengen freigesetzte CO_2 soll zu 85 bis 95 % aufgefangen und dann unterirdisch deponiert werden. Das als CCS (Carbon Capture and Storage) bekannte Verfahren ist wenig erprobt und gilt als unsicher. Die dafür erforderliche Infrastruktur steht in Konkurrenz zu den CO_2-Vermeidungsmaßnahmen und ist zudem extrem teuer. Aber es ist eine maßgeschneiderte Lösung für die heimische Erdgaslobby, die diese bereits in der Vergangenheit immer gefordert hat. So wollen die Erdgaslobbyisten ihr klimaschädliches Geschäftsmodell über die nächsten Jahrzehnte retten. Es ist aber bereits jetzt absehbar, dass insbesondere die CCS-Anlagen mit einem wachsenden Widerstand konfrontiert sein werden.

Förderung für Wärmepumpen wird abgesenkt

Katherina Reiche stand bei der Abfassung ihres GModG unter erheblichem Druck und deswegen blieb die Grundförderung von 30 Prozent für die Anschaffung von Wärmepumpen zunächst erhalten. Allerdings wird sie bereits 2027 auf 15 Prozent abgesenkt. Wer eine Wärmepumpe aus der EU einbaut, erhält aber zusätzlich einen Wertschöpfungsbonus von 15 Prozent, sodass insgesamt wieder 30 Prozent Förderung möglich sind. Der bisherige Klimageschwindigkeitsbonus sinkt ab sofort von 20 auf 16 Prozent und wird dann schrittweise alle sechs Monate weiter reduziert. Zugleich soll der Einkommensbonus künftig vor allem Menschen mit einem geringen Jahreseinkommen von unter 30 000 Euro zugutekommen. Sie bekommen etwas mehr, Menschen mit höherem Einkommen weniger. Neu eingeführt wurde zudem ein Kinderbonus: Für eine Familie mit einem oder mehreren Kindern reduziert sich das anzusetzende Einkommen um 10 000 Euro. Der Kinderbonus gilt auch für Familien mit höherem Einkommen. Alles zusammen eine abstruse Förderregelung, über die man nur den Kopf schütteln kann.

Katherina Reiches Kostenfalle

Mit ihrem Gebäudemodernisierungsgesetz will die Bundesregierung erreichen, dass Gasheizungen eine Nutzungsalternative bleiben – ganz im Interesse der Gaslobby. Das Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IFAM) und das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) haben dazu unabhängig voneinander Studien erstellt, die ein eindeutiges Ergebnis zeigen. Sie raten dringend vom Einbau neuer Gasheizungen ab.

In einer eher konservativen Rechnung kommt das IW zu dem Schluss, dass der Einbau neuer Gasheizungen bereits mittelfristig zu einem deutlichen Anstieg der Heizkosten führen wird. Die daraus resultierende finanzielle Belastung für Mieter und Eigentümer könnte sich bis 2040 im Vergleich zu heute fast verdoppeln.

IW-Experte Ralph Henger schlussfolgert: „Die Politik verkauft das neue Heizungsgesetz als Freiheit im Heizungskeller – ohne Mehrkosten. Das ist irreführend. Wer sich für eine neue Gasheizung entscheidet, zahlt am Ende drauf – Vermieter wie Mieter." Henger bezweifelt, dass die erforderlichen Mengen grüner Gase künftig zu vertretbaren Preisen verfügbar sein werden. Es wäre schnell mit einem signifikanten Druck auf den Import dieser Gase zu rechnen. Doch auch deren Verfügbarkeit ist unsicher, insbesondere, da der Bedarf an Biomasse und grünem Wasserstoff für industrielle Anwendungen schnell steigen wird.

Das ist jedoch nur ein Teil des Problems. Die Forscher des Fraunhofer-Instituts für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM) weisen außerdem darauf hin, dass in den kommenden Jahren immer mehr Haushalte auf Wärmepumpen oder Wärmenetze umsteigen werden. Dieser Trend ist bereits jetzt erkennbar. Dadurch verteilen sich die Kosten für Betrieb, Wartung und Erneuerung der Gasnetze auf eine immer kleiner werdende Zahl von Anschlüssen. „Wenn Gasnetzbetreiber nicht mehr genug Kund:innen haben, können sie ihre Netze nicht mehr wirtschaftlich betreiben. Dadurch steigt der Gaspreis für die verbleibenden Haushalte." Das Fraunhofer IFAM kommt in einer Abschätzung auf jährliche Mehrkosten von 3000 bis 4000 Euro..

Der Ausweg: Mit der Wärmeplanung in die Offensive

Wie sieht der Ausweg aus dieser Sackgasse aus? Die ohnehin gebeutelte Klimabewegung muss neue Kraft schöpfen, um diesem Rückschritt entschlossen entgegenzutreten und eine echte, soziale Wärmewende einzufordern. Ein Ansatzpunkt könnte hierfür die kommunale Wärmeplanung sein.

Tausende von Kommunen in ganz Deutschland sind im Rahmen der gesetzlichen Pflichten ohnehin dabei, detaillierte, standortangepasste und ökologische Wärmealternativen auszuarbeiten. Hier liegt die Chance für linke

und ökologische Kräfte: Sie dürfen sich nicht entmutigen lassen, sondern müssen sich in diese kommunalen Prozesse aktiv einklinken, die Ergebnisse mitgestalten und die Arbeit konsequent auf eine breite Einbeziehung der Öffentlichkeit ausrichten.

Das Wärmeplanungsgesetz (WPG) wurde noch von der Ampelregierung 2024 auf den Weg gebracht. Das formulierte Ziel besteht darin, dass bis zum Jahr 2045 eine vollständig klimaneutrale Wärmeversorgung in Deutschland erreicht wird. Dafür soll die kommunale Wärmeplanung ein flächendeckendes Fundament schaffen. Laut dem Zeitplan sollten bis zum 30. Juni 2026 alle Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohner:innen ihre Wärmeplanung abgeschlossen haben. Kleinere Städte und Gemeinden (unter 100 000 Einwohner) haben zwei Jahre länger Zeit, bis zum 30. Juni 2028. Das Gesetz legt zudem fest, dass Wärmenetze bis 2030 zu mindestens 30 Prozent und bis 2040 zu mindestens 80 Prozent mit erneuerbaren Energien oder Abwärme betrieben werden müssen, ehe 2045 die vollständige Dekarbonisierung steht.

Nach aktuellen Daten haben bisher 72 der 83 deutschen Großstädte ihre Wärmeplanung fristgerecht vorgelegt. In den wenigen verbleibenden Großstädten wird der Abschluss bis Ende des Jahres erwartet. Unter Einrechnung der kleineren Gemeinden haben bereits 2836 Gemeinden ihre Wärmeplanung komplett fertiggestellt. Weitere rund 4400 Kommunen befinden sich aktiv im Erstellungsprozess.

Die aktuelle Bilanz zeigt, dass in vielen Orten Vorstellungen für einen ökologischen Umbau des Wärmesystems auf lokaler Ebene entwickelt worden sind. Dazu gehören Konzepte für den Ausbau des Fern- und Nahwärmesystems und die Umstellung des Heizsystems auf grüne Energien wurden ebenfalls entwickelt. So will beispielsweise die Stadt München ihre Fernwärme bis 2040 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnen. Genutzt werden soll hier vor allem das tiefengeothermische Potenzial unter der Stadt. Für seine Erschließung sind Bohrungen erforderlich, mit denen heißes Wasser von über 100 Grad aus einer Tiefe von mehreren tausend Metern geholt und seine Wärme in das Fernwärmesystem eingespeist wird. Außerdem wollen die Stadtwerke München Großwärmepumpen einsetzen, um ungenutzte Restwärmepotenziale aus oberflächennahem Grundwasser oder Tunnelabwasser auf das hohe Temperaturniveau des Fernwärmenetzes anzuheben. Eine gute Planung liefert auch die Stadt Potsdam, die ebenfalls auf Tiefengeothermie setzt. Im Wärmeplan der Stadt wurden sieben Standorte für Tiefenbohrungen ausgewiesen. Einer davon ist schon in Betrieb genommen worden und mit einer weiteren Bohrung wurde in diesem Sommer begonnen. Da die tiefengeothermischen Quellen in Norddeutschland nur eine Temperatur von rund 60 Grad haben, bedarf es Großwärmepumpen, mit denen die Wärme des Tiefenwassers auf das erforderliche Niveau für das Fernwärmesystem angehoben wird.

Wie können linke und ökologische Kräfte die Debatte um die Wärmeplanung nutzen, um den erforderlichen ökologischen Umbau voranzutreiben? Es kommt vor allem darauf an, dass das Thema nicht bei den Kommunalverwaltungen hängen bleibt. Die Bevölkerung muss stattdessen für die ökologischen Umbaupläne begeistert und mitgenommen werden.

Das ständige Totschlagargument der Gegenseite – die ökologische Transformation sei unbezahlbar – lässt sich entkräften, wenn progressive Kräfte klare Prioritäten in den öffentlichen Haushalten einfordern. Der Umbau unseres Landes hin zu einer sozial gerechten Klimaneutralität darf nicht an angeblich fehlenden Milliarden scheitern, solange gigantische Summen in Rüstungsprojekte fließen. Das Streichen dieser militärischen Posten zugunsten eines sozialen Klimafonds für den Heizungswechsel im Bestand wäre ein logischer Schritt nach vorn. Ökologie, Antimilitarismus und soziale Gerechtigkeit gehören daher auch beim Thema Wärmewende zusammen – das ist der Kompass, mit dem die fossile Blockadehaltung gebrochen werden kann.

Klaus Meier, Ingenieur und Hochschuldozent, ist aktives Mitglied des Ökosozialistischen Netzwerks.

9.8.2026

„KLIMA, KLASSE, WIDERSTAND“ – SPANNENDE TAGUNG IN KÖLN

Vom 13. und 14. Juni 2026 fand in Köln die sechste Ökosozialistische Konferenz der ISO statt. Etwa 75 Menschen nahmen daran teil, hörten zu und diskutierten angeregt.

■ **A. N.**

Die diesjährige Konferenz legte einen Schwerpunkt auf die rasant vorangetriebene Militarisierung. Schließlich geht diese nicht nur direkt mit Angriffen auf soziale Rechte und Leistungen einher, sondern auch mit einer weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur. Dabei wurden sowohl globale als auch lokale Verhältnisse in den Blick genommen, der Internationalismus mit konkretem Handeln vor Ort verknüpft und Theorie und Praxis zusammengeführt. Auf einige der kleineren und größeren Veranstaltungen wollen wir hier eingehen.

Imperialismus

Eröffnet wurde die Konferenz am Samstagvormittag mit der Podiumsdiskussion „Imperialismus heute – Weltherrschaftsanspruch im Zeichen der Hegemoniekrise“. Ingo Schmidt und Thomas Sablowski legten Entwicklungen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts dar. Thomas Sablowski erläuterte, wie die internationalisierte Produktion zu Verflechtungen führte, die auch die miteinander konkurrierenden Staaten in Abhängigkeit voneinander brachte. Dabei sei die Klimakrise ohnehin nicht national zu lösen, ergänzte Ingo Schmidt. Das Großkapital hat jedoch auch kein Interesse daran, die Katastrophe in den Griff zu bekommen. Umso wichtiger ist der organisierte und vereinte Widerstand der arbeitenden Klasse.

Ansätze des Widerstands

Im Laufe des Samstagnachmittags wurden unterschiedliche Ansätze dieses Widerstands beleuchtet und diskutiert. Der Genosse Awad Abdelfattah wurde per Livestream aus Haifa zugeschaltet. Er beschrieb die Entwicklungen seit dem Beginn des Genozids in Gaza als einen außerordentlichen Moment in der Geschichte, in dem viele Menschen weltweit gegen die Verhältnisse aufstehen. Dieser Völkermord schließt auch einen Ökozid ein, durch den die grundlegenden Lebensstrukturen in der Region für Generationen zerstört werden. In dem internationalen Widerstand dagegen zeigt sich Abdelfattah zufolge auch, dass militärische Überlegenheit zwar Gebäude zerstören, aber eine kollektive Identität nicht auslöschen kann. Damit beschrieb er eine sehr zentrale Ressource des Widerstands gegen imperialistische Angriffe.

Andere Themengruppen setzten sich mit den Schulstreiks gegen die „Wehrpflicht“, mit der Energiepolitik, dem Irankrieg, unserem Ökosozialistischen Manifest und dem anstehenden Internationalen Jugendcamp der IV. Internationalen in Deutschland auseinander.

Militarisierung der Arbeitswelt

Sehr konkret wurde der Kampf gegen Militarisierung und Klimakatastrophe im Abendpodium am Samstag beleuchtet.

Zum Thema „Militarisierung der Arbeitswelt – Orte der Bedrohung, Möglichkeiten der Gegenwehr“ berichtete Lars Hirsekorn, Mitglied des IGM-Vertrauenskörpers bei VW Braunschweig, von Bemühungen der Belegschaft, sich gegen den Umbau auf Kriegswirtschaft einzusetzen. Die Petition „Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft“ kann online unterstützt werden.

Annika Fuchs von Robin Wood berichtete jedoch von den Schwierigkeiten, in Osnabrück ein Bündnis zwischen VW-Beschäftigten und zivilgesellschaftlichen Gruppen aufzubauen.

Von einer gewissen Lethargie und Machtlosigkeit sprach auch Alexandra Willer, die im Uniklinikum Essen gewerkschaftlich aktiv ist. Die Vorbereitung auf den

Kriegsfall läuft auch in diesem Bereich auf Hochtouren, ohne dabei ernsthafte Möglichkeiten einer Versorgung der möglichen Opfer und anderer Patient: innen aufbauen zu können.

Lars Hirsekorn und Annika Fuchs betonten zum Abschluss der Diskussion, wie wichtig es angesichts der politischen Lage ist, Linke unterschiedlicher Strömungen und Aktive aus den Betrieben „an einen Tisch zu bringen".

Klimafrage als Klassenfrage

Insbesondere auf dem Abschlusspodium am Sonntag unter dem Titel „Raus aus der Dystopie – Widerstand in Zeiten der Klimakatastrophe" wurde nochmal deutlich, dass die Klimafrage eine Klassenfrage ist. Der Einsatz für sinnvolle, notwendige und nachhaltige Produktion lasse sich dabei gut mit der sozialen Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verbinden, kam als Anregung aus dem Publikum.

Hier konnten wir nur einen kleinen Teil der Inhalte und Diskussionen dieser sehr bereichernden Konferenz wiedergeben. Auch eine angenehme, solidarische Stimmung unter den Teilnehmenden lässt sich besser erfahren als erzählen. Wie gut, dass für das kommende Jahr wieder eine Ökosozialistische Konferenz ansteht.

Aus *Avanti²* Rhein-Neckar Juli/August 2026

https://iso-4-rhein-neckar.de/klima-klasse-widerstand-2/

NEU bei ISP

IV. Internationale

Manifest für eine ökosozialistische Revolution

Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:
BfS (Schweiz), ISO (Deutschland), SOAL (Österreich)
64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €
2025, ISBN 978-3-89900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH
Tel.: (0721) 3 11 83
e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de
Internet: www.neuerispverlag.de

KONTROLLMACHT DES KAPITALS UND KOMMUNISTISCHE ALTERNATIVE

Das Kapital bindet mit seiner psychischen Kontrollmacht die Menschen an sich. Doch es gibt Möglichkeiten für die Schaffung einer Alternative.

■ **Friedrich Voßkühler**

1. Berlin-Mitte und das vorgebliche Ende der Geschichte

1.1. Unterscheidung zwischen Disziplinarmacht und Kontrollmacht

Wenn man in Berlin-Mitte das architektonische Ensemble um das neu erbaute Stadtschloss aufsucht, kann einem deutlich werden, was ich, mich an Foucault anlehnend, als *Kontrollmacht* bezeichne. Hinter der rekonstruierten Fassade des ehemaligen preußischen Machtzentrums eröffnet sich dem Besucher ein Forum der Weltkultur in einem im weitesten Sinn die Schinkelsche Klassik aufnehmenden Stil, der sich deutlich von dem ehemaligen wilhelminischen Protz unterscheidet. An die Stelle der preußischen soldatischen *Disziplinarmacht* mit dem Finger an der Hosennaht und der Pickelhaube auf dem Kopf ist die Kultur der Welt getreten – zusammen mit der Museumsinsel auf der Straßenseite gegenüber, welche in ihren Gebäuden die Schätze der deutschen und europäischen Kunst und Kultur beherbergt inklusive des Pergamonaltars, dieser beeindruckenden Erinnerung daran, dass Berlin einmal danach trachtete, ein zweites Athen zu werden, das Athen der Neuzeit. Die *Disziplinarmacht* besteht darin, die Menschen mit Hilfe der Polizei, des Militärdienstes, der Irren- und Zuchthäuser etc. Mores zu lehren und sie zu möglichst willfährigen Untertanen zu machen, deren Arbeitskraft dann im Dienst dynastischer Herrschaftsgelüste ausgenutzt und deren Leiber auf den Schlachtfeldern zerstückelt und zerfetzt werden konnten. Der entstehende Kapitalismus machte sich die Mittel der Disziplinarmacht zunutze.

Der entwickelte Kapitalismus jedoch benutzt nicht mehr u. a. Stockschläge auf den Allerwertesten, er züchtet sein Menschenmaterial nicht mehr durch die Gewaltmittel der Disziplin heran, sondern er übt *Kontrolle* aus. Diese besteht darin, in das Innere der Menschen einzudringen und dort eine „*Psyche der Macht*“ (Judith Butler) zu erzeugen, die den offenen Widerstand gegen den Kapitalismus so weit als möglich unterbindet. Die „Psyche der Macht“, die die „Unterworfenen“ generieren, hat somit die Aufgabe, deren Zustimmung zu ihrer „Unterwerfung“ zu gewährleisten. Man feiert diese Zustimmung als den die Kontrollmacht des Kapitals stützenden gesellschaftlichen Konsens. Der Psychoanalytiker Lacan meinte 1969, dass dieser Konsens so tief gehe, dass jeder Revolutionsversuch heutzutage auf naivem Romantizismus beruhe. Gleichwohl hält die im kulturellen Schmuck daherkommende Kontrollmacht in dem genannten architektonischen Ensemble die Erinnerung aufrecht, dass es sie ohne die ehemalige preußische Disziplinarmacht nicht gäbe und sie denn letztlich doch nicht ganz ohne Disziplinierungsmittel auskomme. Daher reitet in der Mitte der Magistrale „Unter den Linden“ immer noch Friedrich der Große auf das Schloss zu. Nicht nur auf diese Weise wahrt der

Kapitalismus in Deutschland seine Tradition. Und die ist preußisch.

1.2. Symbol des Triumphes über den Sozialismus

Man muss ergänzen: Das ganze architektonische Ensemble, von dem hier die Rede ist, ist ein in die Mitte der Hauptstadt Deutschlands gepflanztes Symbol. Es symbolisiert die Niederlage des Sozialismus und erteilt den Menschen die Lehre: „Es gibt keine Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise". Und was man sich für immer merken soll: „Mit dem Kapitalismus hat die Geschichte ihr Ende gefunden!" Die „große Erzählung" (Lyotard) der „Weltgeschichte", die davon ausging, der Mensch werde als deren „Substanz" und „Subjekt" dermaleinst seine Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und seinen Stoffwechsel mit der Natur vernünftig regeln, hätte sich als obsolet erwiesen. Die Niederlage des Sozialismus habe den Beweis erbracht, dass mit dieser „Erzählung" ein und für allemal Schluss gemacht werden müsse. Der Palast des Volkes wurde konsequenterweise abgerissen. In dem ehemaligen Staatsratsgebäude wurde 2006 die „European School of Management and Technology" untergebracht. Zum Hohn und Spott selbstverständlich des einst von der SED in die Front des Gebäudes eingefügten Portals IV des alten Schlosses, jenes Portals, von dem aus Karl Liebknecht 1918 die „sozialistische Republik" ausrief. Durch das „Liebknechtportal" gehen nun die kommenden Spitzenkräfte der kapitalistischen Managements ein und aus und bezeugen, dass es nichts war mit der Überzeugung der revolutionären Massen, dass die „sozialistische Republik" das Gebot der Stunde sei.

Das Erschütterndste ist vielleicht, dass auf der anderen Seite der Spree von ihrem Denkmal aus Marx und Engels auf die Rückseite des neu erbauten Schlosses als Symbol ihres historischen Scheiterns blicken müssen. Die „große Erzählung" der „Weltgeschichte" wurde durch das Scheitern des Sozialismus negiert. An ihre Stelle ist die Erkenntnis getreten, dass sie ein großer Irrtum war, ja dass es sie eigentlich gar nicht gibt. Man kann festhalten: Ohne dass mit dem Sozialismus die „Weltgeschichte" anscheinend zu Ende ging, hätte das Kapital nicht jene Kontrollmacht, die sich nun im Herzen Berlins feiert.

2. Paläolibertarismus und Technofaschismus

Wovon jetzt zu sprechen ist, geht über das hinaus, was das genannte architektonische Ensemble symbolisiert. Es verschärft das bisher Gesagte in einer Weise, die sich selbst der Neoliberalismus so nicht zu träumen wagte. Die Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus" schreibt dazu in einem mir im Juli 2026 zugegangenen Spendenaufruf unter dem Titel „Elon Musk and Friends" Folgendes: „Der umtriebige Unternehmer (Elon Musk) hat es mit seinen Giga-Fabriken und den Geschäftsfeldern der New Space Economy zum reichsten Kapitalisten der Moderne gebracht. Er beschimpft Jean-Jacques Rousseau … als diabolisches Arschloch, weil dieser für die Konjunktur der French Theory verantwortlich sei. Deren Vertreter – etwa Foucault und Derrida – hätten die ideologischen Waffen des ‚Wokeismus' ausgearbeitet und verbreitet, die nun den Westen lähmen. Dieses geistige Gift zerstöre die Zivilisation und damit Eigentum, Hierarchie, Traditionen und Institutionen".

„Wokeismus" ist ein Kampfbegriff aus dem rechten Lager, insbesondere der trumpistischen MAGA-Bewegung, der sich gegen den ursprünglich auf Seiten der Linken in den USA geprägten Terminus „wokeness" richtet. „Wokeness bedeutet, sich sensibel für strukturelle Benachteiligungen (z. B. Sexismus, Rassismus, soziale Ungleichheit) zu zeigen und aktiv für Diversität und Inklusion einzutreten. Es geht darum, die eigenen Privilegien zu reflektieren und sich für die Interessen marginalisierter Gruppen stark zu machen" (KI-Definition). Für Musk und seine Freunde, gemeint sind hier an vorderster Stelle wahrscheinlich Zuckerberg (Meta) und Thiel (Palantir) als Repräsentanten der faschistischen MAGA-Bewegung, sind solche Ziele „geistiges Gift". Wieso? Weil sie das heiligste aller Güter, das „Eigentum", angreifen und die Privilegien derer in Zweifel ziehen, die ihr „Eigentum" gewissenlos und ohne alle auferlegte Beschränkungen zur eigenen Bereicherung nutzen wollen und die deswegen eine durch keinerlei Skrupel gefährdete Macht über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens anstreben.

Das macht den Hass von Elon Musk auf Rousseau verständlich, der in seinen Schriften für die radikale politische Gleichheit der Bürger eintrat, seinen Hass letztlich auf den Sündenfall der Französischen Revolution und die europäische Aufklärung insgesamt. Kants Imperativ, dass jeder Mensch als „Zweck" und „Wert" „an sich selbst" zu gelten habe, ist konsequenter Ausdruck der Aufklärung. Das macht aber auch verständlich, wieso der Hass Musks auch Derrida trifft, der in seinem Buch „Marx' Gespenster" (Paris 1993, Frankfurt 2004) vom Geist des Kommunismus selbst nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus nicht Abschied nimmt und eine Ethik der Verantwortung und Gerechtigkeit vertritt, die dazu verpflichtet, jeden Menschen als den, der er ist, zu achten und zur Geltung

zu bringen. Dass auch Foucault als Theoretiker der Macht sein Fett wegkriegt, ist daraus zu erklären, dass jeder, der allzu deutlich und noch dazu methodisch reflektiert die Mechanismen der Macht analysiert, sich dem widmet, was für den, der die unbeschränkte Macht des „Eigentums" anstrebt, unter dem Deckel gehalten werden soll. Die eigenen Schweinereien dürfen nicht Schweinereien genannt werden, stattdessen macht es sich gut, von der durch das „geistige Gift" der „Wokeismus" gefährdeten „Zivilisation" zu sprechen und von den „Traditionen", die es zu bewahren gelte.

Allerdings: Dass Musk Achtung vor den Werten der Zivilisation hat, kann man angesichts seines Hasses gegen die Aufklärung und die ethische Verpflichtung zu Gerechtigkeit und Verantwortung sicherlich nicht sagen. Dass er Institutionen achtet, kann man angesichts des Sturms des rechten Mobs auf den Kongress auch nicht sagen. Sicher aber muss man ihm Achtung vor Hierarchien zugestehen. Besonders das oberste Ziel der Amoral des „Eigentums" formiert für ihn das regulative Zentrum jener „Hierarchie", auf die es ihm ankommt. Kurz: Musk vertritt die Amoral der schrankenlosen Macht des „Eigentums" und mit ihr das unbedingte Recht dieser Macht, zu lügen und zu täuschen. Was die eigenen Anhänger nicht ausnimmt. Auch sie sind die Getäuschten der Bewegung, der sie anhängen. Das, woran sie glauben, Familie, Religion, Anerkennung harter Arbeit usw., ist für die Amoral der Macht letztlich bedeutungslos, auch wenn diese das Gegenteil vorbringt. Die Getäuschten jedoch wollen es nicht glauben, dass es dem „Eigentum" nur um seine profitable Verwertung zu tun ist und nicht um ihre eigenen konservativen Lebensmaximen. Sie begeben sich in Abhängigkeit von ihren eigenen Mythen und Vorstellungen, von denen das „Eigentum" sagt, sie seien auch die seinen. Beide, Verführte und Verführer, sind in einem für die gesellschaftliche Entwicklung zerstörerischen Täuschungs- und Lügenkomplex miteinander verklammert. Aber wie auch immer: Mit Musk, Zuckerberg, Thiel und anderen, vor allem aber mit dem Präsidenten Trump, ist der von Lew Rockford und Murray Rothbard entwickelte *Paläolibertarismus* zu politischer Hegemonie und überdies zu technologischer Dominanz gelangt.

Peter Thiel vertritt den Paläolibertarismus in reinster Form. Um der Leserin und dem Leser den Durchgang durch seine Schriften, Äußerungen und Interviews zu ersparen, sei aus deren insgesamt korrekter Zusammenfassung im Wikipedia-Artikel zitiert: „Peter Thiel bekennt sich zum Paläolibertarismus, einer Theorie, die persönliche Freiheit über staatlichen Einfluss stellt. Den freien Markt lehnt er ab, da freier Wettbewerb Profite senkt. Wettbewerb sei eine Ideologie, die unsere Gesellschaft pervertiert und unser Denken zerstört. Freiheit und Demokratie hält Thiel für unvereinbar. Wettbewerb sei etwas für Verlierer, weshalb er Firmengründern rät, durch innovative Technologie Monopole aufzubauen, die er als Fortschrittsmotoren propagiert. Seine Thesen wirkten als intellektuelle Rückendeckung für Technologiekonzerne, die eine marktbeherrschende Stellung anstrebten. Er propagiert übrigens die Praxis, gegenüber Behörden zu lügen, um sich ihrem Einfluss zu entziehen".

Kurz und gut: Thiel propagiert das Erzielen von Monopolrenten durch „innovative Technologien" als höchstes gesellschaftliches Gut. Wie man sieht, lässt dies alles die bestehenden Konzepte des klassischen politischen und ökonomischen Liberalismus hinter sich, selbstredend auch den Neoliberalismus. Bzw. genauer: Thiel „and his friends" stoßen durch alle Gängelungen des Liberalismus bis auf dessen Grundschicht durch und sprengen ihn von da aus in die Luft. Der Begriff Paläolibertarismus (ursprünglicher Libertarismus) als die Bezeichnung für die uneingeschränkte Freiheit des „Eigentums" und die Durchsetzung dieser Freiheit gegen alle staatliche Regulation zielt das letztlich an. Die Zukunft der Gesellschaft hängt Thiel zufolge von der Durchsetzung dieser Freiheit und von den „innovativen Technologien" als „Fortschrittsmotoren" ab. Die Ziele des linken „Wokeismus" verhindern diesen Fortschritt und stehen daher der Zukunft der Gesellschaft im Weg. „Paläolibertarismus" und Technofaschismus bilden somit eine zusammengehörende Einheit (siehe zu diesem Komplex z. B. Peter Thiel und Blake Masters: Zero to One. Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet. Frankfurt 2014). Thiel geht sogar noch etwas weiter und greift aus dem 2. Brief von Paulus an die Thessalonicher den Begriff des „Katechon" (Aufhalters) auf. Für ihn hält der technologische Fortschritt den drohenden Weltuntergang auf. Und die, die sich ihm kritisch in den Weg stellen, vertreten in seiner apokalyptischen Vision den Antichristen.

3. Kontrollmacht = Biomacht

Diejenigen, die im Besitz der Produktionsmittel sind, haben die Macht über das Leben der Menschen. Die Macht über das Leben bezeichne ich, von Foucault ausgehend, seine Begrifflichkeit jedoch auf die herrschende kapitalistische Wirklichkeit transferierend, als Biomacht. Und gleichzeitig: Diejenigen, denen die kapitalistischen

Produktionsverhältnisse die Macht über das Leben der Menschen einräumen, üben auch die Kontrolle über das Leben aus. Die Kontrollmacht des Kapitals ist Biomacht und vice versa: Biomacht ist Kontrollmacht. Beide Formen der Macht haben ihr ökonomisches Fundament in den Gesetzen der Kapitalakkumulation. Diese Gesetze fußen auf der „Elementarform" (Marx) des Kapitals, der Ware. Das Kapital ist dann die das Leben bestimmende Gesellschaftsform, wenn Mensch und Natur Warenform angenommen haben. Das „automatische Subjekt" (Marx) der Kapitalakkumulation ist das „Subjekt" der Macht, der reale „Herr" (Hegel), nicht aber die Technokonzerne, die die Macht über das Leben beanspruchen. Sie hängen letztlich alle am Tropf der „Monopolrente". Welche Aufgabe kommt dann den Technokonzernen zu, die neben anderen „Elon Musk and Friends" beherrschen?

Wenn man nur einmal den IT-Bereich herausnimmt: Dem Kapital eine gigantische Virtualität generierende Maschinerie zur Verfügung zu stellen. Sie geben damit dem Kapital die technischen Mittel an die Hand, die Wünsche z. B. der User der Softwareprogramme an seine Akkumulation anzudocken. Schon 1972 haben Deleuze und Guattari vom Kapital als einer „Wunschmaschine" (siehe bei Gilles Deleuze, Félix Guattari: Kapitalismus und Schizophrenie I. Paris 1972, Frankfurt 1974) gesprochen, einer Maschine, die Wünsche sowohl aufnimmt als auch produziert. Wer in der Lage ist, die Wünsche der Menschen an sich zu binden, der beherrscht bzw. kontrolliert sie. Wieso? Weil die Wünsche das jeweilige Selbstverhältnis der Menschen zu sich und anderen bestimmen. Weil die Menschen es begehren, wenn sie es denn können, ihre Lebensverhältnisse nach ihren Wünschen zu gestalten. Man kann es auch so sagen: Wer die Wünsche der Menschen an sich zu binden in der Lage ist, bemächtigt sich ihres Inneren. Die „Psyche der Macht" (Judith Butler) ist in dem Inneren der Menschen verankert. Sie liefert die Menschen von innen her an die Macht des Kapitals aus. Das Kapital erlangt aus ihrem Inneren die Kontrolle über die Menschen. Um Hegel aufzugreifen: So produziert der „Knecht" selbst seine Verknechtung.

Welche Rolle spielt dabei die Virtualität? Man muss sich nur in den Bus oder ins Café setzen, um diese Frage beantworten zu können. Wenn man das tut, dann sieht man die Blicke der Menschen auf das Display ihres Smartphones gerichtet und ihre Finger über dasselbe hinwegwischen. Was fesselt sie? Die Macht der Bilder und der dargestellten Affekte? Offensichtlich. Der gegenübersitzende Mensch ist bei weitem nicht so wichtig wie z. B. die die Wünsche und Affekte ansprechenden Bildwelten. Wer ist der reale Mensch, das Mädchen etwa, welches sein Selfie herumschickt und ins Netz stellt? Ist es der Mensch, den es simuliert, also es als Bild, oder ist es es selbst? Was für ein Bild von sich sendet das Mädchen oder stellt es ins Netz? Sein Wunschbild von Attraktivität? Jenes Wunschbild, welches es von den Models herhat, die sich verkaufen? Jenes Wunschbild, das die zur Ware mutierten Frauen in Perfektion darstellen? Genau das.

Besteht die Macht der Virtualität in der Entrealisierung der Menschen und ihrer Verwandlung zu warenförmigen Selbstinszenierungen? Verwandelt sich ihr Wert in den Erlebniswert ihrer warenförmigen Inszenierung? Ich nehme an, dass es so ist. Besteht die Macht der Virtualität darin, dass Fiktion und Realität ununterscheidbar werden bzw. dass die Realität hinter der Fiktion verschwindet? Ich glaube schon. Dockt das Kapital die Wünsche der Menschen durch deren Entrealisierung und Entsubjektivierung an seine Akkumulationsmaschine an? Ja. Kann man das als die Totalisierung der Warenform bezeichnen? Durchaus. Die Kontrollmacht des Kapitals besteht ganz wesentlich in dieser Totalisierung und damit in der Herrschaft über die Wünsche der Menschen, die dabei auf eine niedrige personale Reifestufe reduziert werden. So produziert, um es zu wiederholen, der „Knecht" durch seine Wünsche seine Verknechtung. Oder anders formuliert: Die Macht des Eigentums raubt den Menschen über diesen Weg die Zukunft. Womit Elon Musk und Peter Thiel von Grund auf widersprochen ist. Paläolibertarismus und Technofaschismus sind entsetzliche Merkmale der „Fäulnis" (Trotzki) des Kapitalismus.

4. Kommunistische Alternative

4.1. „Methode der Residuen" und revolutionäre Praxis

Worin besteht diese „Fäulnis"? Darin, dass sich die Menschen selbst auf eine niedrige personale Entwicklungsstufe herabbringen, dass sie – gefesselt durch die „Psyche der Macht" – ihrer materiellen und intellektuellen Produktivkräfte enteignet sind, dass sich z. B. die Technokonzerne (und damit das Kapital) diese angeeignet haben und ihnen mit Hilfe einer gigantischen „Virtualität" erzeugenden Maschinerie ein X für ein U vormachen. Darin, dass ihre Wünsche pervertiert werden, und ihr Alltagsleben z. B. durch die sozialen

Medien durch Bilder, Texte und Affekte geflutet wird, so dass die Kontrollmacht des Kapitals mit unverkennbarer Effektivität in das Alltagsleben eindringt und damit zusammenhängend in immer größer werdendem Ausmaß das Verhältnis der Menschen zu sich selbst und zum Mitmenschen zu bestimmen beginnt. Darin, dass sich unter den Menschen die Vorstellung breitmacht, dass die durch Warenförmigkeit geprägte Lebensweise das eigentlich Menschliche darstelle.

Ohne die ganze Misere im Jahr 1965 kennen zu können, machte Henri Lefebvre damals einen „Vorschlag", der angesichts der heutigen Realität brandaktuell ist. Er schreibt: „Wir gelangen zum Vorschlag einer Methode der Residuen … : Man spürt die Residuen auf, man enthüllt ihre kostbare Essenz, man fasst sie zusammen, man organisiert ihre Revolte und totalisiert sie" (Henri Lefebvre: Metaphilosophie. Prolegomena. Paris 1965, Frankfurt 1975, S. 334).

Was ist hier mit dem Begriff „Residuen" gemeint? Grosso modo alles, was der kapitalistische Akkumulationsmodus aus sich ausschließt, nicht erreicht oder sogar negiert. Was zum Beispiel? *a.* Dass es die Natur und ihre Schöpferkraft gibt. Beides kann er nicht erzeugen, ist aber von ihnen abhängig. *b.* Dass es den Menschen gibt, der im Laufe seiner Geschichte seine Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt. Ihn kann er nicht erzeugen, er kann ihn nur ausbeuten. *c.* Dass es unter den Menschen Liebe, Freundschaft, Sorge um den jeweils Anderen gibt etc. Das kann er alles nicht erzeugen. Es widerspricht ihm. *d.* Dass der Mensch sich als „Wert an sich selbst" begreift, dass er Würde, Anstand begehrt und verantwortliches Handeln für unabdingbar hält. Mit anderen Worten: Dass der Mensch ein moralisches Wesen ist, das liegt außerhalb seiner Reichweite. Wieso? Weil er per se amoralisch ist, ein sittlicher Defekt, der die Kontrollmacht über das Leben beansprucht. *e.* Dass der Mensch, wie es Feuerbach und Marx sagen, überdies ein „Sinnenwesen" ist, welches sich selbst seinen Sinn gibt, das negiert der kapitalistische Akkumulationsmodus. Wieso? Weil er sich selbst zum Sinn der Welt aufspreizt. *f.* Dass der Mensch als moralisches, sinnschöpferisches Wesen auch ein geschichtliches Wesen ist, dessen Entwicklungsziel jenseits des Kapitalismus liegt, das boykottiert der kapitalistische Akkumulationsmodus. Er negiert die Geschichte („Weltgeschichte") und lässt ihre Möglichkeiten und mit ihr die Menschen verkommen. Darüber hilft kein kultureller Schnickschnack – z. B. die architektonische Täuschungsszenerie in Berlin-Mitte (siehe Punkt 1) – hinweg.

Worin besteht die „kostbare Essenz" der „Residuen"? Darin, dass in ihnen der „menschliche Mensch" (Marx) zum Ausdruck kommt, seine „Essenz", welche überdies sein Kostbarstes ist. Und was ist sein Kostbarstes? Dass sein Leben selbst sein Sinn ist, überdies sein einziger Sinn. Wo findet man dieses „Kostbare" auf? Bzw. wo muss man es suchen? Im „Alltagsleben", in dessen „spontaner Philosophie" (Antonio Gramsci: Gefängnishefte Bd. 6. Philosophie der Praxis. Hamburg 1994, S.1375). In alle dem also, wodurch sich die Menschen alltäglich einen Begriff davon zu machen versuchen, was und wer sie sind und welches Ziel ihr Leben haben könnte. Wohl durchmischt von allerlei Aberglauben und popularphilosophischen „Glaubensinhalten", nicht verdauten Wissensbeständen und Erfahrungen etc. kann sich ein in sich konsistentes, fortschrittliches Bewusstsein nur aus der „spontanen Philosophie" des „Alltagsverstandes" (Gramsci) heraus entwickeln. Und wieso kann das Letztere gelingen? Weil – wiewohl nicht mit klarem Bewusstsein – schon das alltägliche Leben von der „Essenz" der „Residuen" geprägt ist, von der Sorge um den Mitmenschen, von der Verantwortung für die Kinder, vom Begehren von Anstand und Würde etc.

Kommunisten müssen „organische Intellektuelle" sein. Auf der einen Seite, wie es Gramsci meinte, sind sie „organisch" mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung verbunden, auf der anderen Seite aber, was damit eine Einheit bildet, mit den „Residuen". Ihre Aufgabe ist es einerseits, die genannte „spontane Philosophie" zu einem fortschrittlichen Bewusstsein fortzuentwickeln, zu einer reflektierten Theorie, und andererseits die „Revolte der Residuen" zu „organisieren." Beide Punkte – zusammen mit dem Aufbrechen der Systemhegemonie des Kapitals über die gesellschaftliche Arbeit – machen den Kern revolutionärer Praxis aus. Allein sie ist in der Lage, die „Fäulnis", die die Menschen moralisch, ästhetisch und politisch etc. herunterwirtschaftet, zu bekämpfen, die Kontrollmacht des Kapitals zu beenden und den Weg in die Zukunft zu öffnen. Und das allein dadurch, dass sie das von der Kapitalakkumulation Ausgeschlossene und Negierte aktiviert, organisiert und zu radikalem Widerstand führt. Die These, dass die Geschichte ihr Ende gefunden habe, ist ein politischer Schachzug derer, denen es um die Macht über das gesellschaftliche Leben geht. Die menschliche Zukunft steht aber noch bevor. Ihr Ziel, die „Einheit des Menschen mit dem Menschen" (Feuerbach), wartet auf seine Verwirklichung. Die verheerenden Erfahrungen mit den stalinistischen

Verbrechen sind kein hinreichendes Argument gegen das genannte Ziel. Ohne dass die Menschen die in ihnen verankerte „Psyche der Macht“ überwinden, wird das Ziel allerdings nicht erreicht werden können.

4.2. Rückaneignung des Gemeinsamen und neue Kultur

Der Kommunismus ist nicht nur eine auf demokratisch-zentralen Planungsprozessen beruhende ökonomische Formation, sondern eine Lebensweise mit einer eigenen – neuen! – Kultur. Diese Kultur beruht auf der selbstbewussten Regelung und Gestaltung sowohl der zwischenmenschlichen Verhältnisse als auch des Verhältnisses zur Natur. Diese Kultur hat einen „Stil“ (Lefebvre), der sich grundsätzlich von dem unterscheidet, der durch die kapitalistische Produktionsweise bestimmt ist. Dieser „Stil“ ist der „Stil“ menschlicher Gemeinsamkeit, welche alle Widersprüche – in Sonderheit den zwischen materieller und intellektueller Arbeit – hinter sich gelassen hat. Er ist der „Stil“, der auf der „Einheit des Menschen mit dem Menschen“ beruht, darauf, dass die Menschen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ihnen der leidvolle Gang durch das „Zuchthaus“ (Heydorn) der Geschichte entriss, sich wieder angeeignet haben.

Wie aber ist es heute? Nehmen wir nur das Beispiel der Kommunikation heraus. Sie ist den Menschen enteignet. Die sozialen Medien bedienen sich Dienstleister und Programme, die sprachliche Konventionen mit einer eigenen Syntax und Semantik fördern, welche die Kommunikation in einer Weise beeinflussen, dass die vom Kapital begünstigte Warenförmigkeit überhand gewinnt. So dringt selbst in die private Kommunikation die Kontrollmacht des Kapitals ein. Ohnehin aber ist die derart formierte private Kommunikation eine singularisierte Kommunikation, eine Kommunikation von Singuli, die den Sinn des „Communicare“, die sprachliche Verbindung mit den anderen Menschen zwecks der Besprechung und Lösung gemeinschaftlicher Probleme, aus sich ausschließt. Singularisierte Kommunikation ist im Kern antisozial, Ausdruck einer Apolitizität, die dem Kapital zupasskommt. Sie ist der vom Kapital geförderten Warenförmigkeit der menschlichen Beziehungen hörig und verstümmelt dadurch die Sprache.

Wenn aber derart schon in der Kommunikation das „Commune“ (das Gemeinsame) boykottiert wird, dann wird ein weiteres Ziel revolutionärer kommunistischer Praxis deutlich. Welches? Das Ziel, dass die Kommunikation und die Sprache von ihren Verstümmelungen befreit werden. Ohne diese Befreiung wird es keine kommunistische Kultur – keine neue Kultur – geben können. Bei diesem Ziel kann man allerdings nicht stehen bleiben, denn es geht um die Befreiung und Reinigung von allen Verstümmelungen, die die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr dominierte Kultur dem Menschen zugefügt haben. Ohne diese Befreiung und Reinigung wird es keine kommunistische neue Kultur geben.

Man stelle sich vor, auf den Straßen und Plätzen unterhalten sich die Menschen über die Probleme, die sie gemeinsam lösen müssen. Man stelle sich vor, die Freelancer in den Agenturen, die mit ihrem Knowhow im Dienst des Kapitals den Waren einen hohen Erlebniswert verpassen, damit sie besser verkauft werden können, produzieren nun Filme und Texte etc., die der Diskussion auf den Straßen und Plätzen dienen und bis in die industriellen Werkhallen hinein ihre Wirkung ausüben. Wenn man sich das vorstellt, dann stellt man sich die neue Kultur vor. Und dann wird einem deutlich, was Lefebvre einst unter dem neuen „Stil“ der kommunistischen Lebensweise sich vorstellte. Was man sich da vorstellt, ist die Rückaneignung des Gemeinsamen der Menschen.

Damit habe ich wenigstens etwas zur kommunistischen Alternative gesagt und kann nun schließen.

Friedrich Voßkühler: Philosoph und Mitglied der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO).

50. Jahrestag des Soweto-Aufstands

Der Soweto-Aufstand von 1976 löste ein Wiederaufleben kämpferischer Bewegungen aus und trug dazu bei, die Apartheid in Südafrika zu erschüttern. **Paul Martial**

Soweto – Abkürzung für „South Western Townships" – ist bekannt für die Unruhen im Juni 1976, die durch Sam Nzimas Foto verewigt wurden, das einen Mann zeigt, der den Leichnam des 12-jährigen Jungen Hector Pieterson trägt, der von der Polizei getötet worden war. Neben ihm geht ein junges Mädchen, seine Schwester, deren Gesicht von Trauer gezeichnet ist. Dieses Bild ist zum Symbol für die brutale Unterdrückung friedlicher Demonstrationen geworden.

Bantu-Bildung

Auslöser der Proteste war ein Rundschreiben, das den obligatorischen Gebrauch von Afrikaans in Schulen vorschrieb – einer Sprache, die mit rassistischer Unterdrückung in Verbindung gebracht wird. Doch abgesehen von dieser Maßnahme sah sich die schwarze Jugend in Südafrika mit einem von großer Ungleichheit geprägten Bildungssystem konfrontiert. Die Regierung stellte für jeden weißen Schüler 644 Rand bereit, während auf jeden schwarzen Schüler lediglich 42 Rand entfielen.

Diese Ungleichheit wurde nicht allein mit wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt. Dr. Verwoerd, der Befürworter der Bantu-Bildung, erläuterte seine Politik wie folgt: „Die Ureinwohner (Schwarze) müssen schon von klein auf lernen, dass Gleichberechtigung mit den Europäern (Weißen) nichts für sie ist." Das Bildungswesen war somit ein Instrument, das darauf abzielte, die Apartheid zu festigen.

Die im Laufe der Jahre nur begrenzten Fortschritte bei der Schulbildung junger Schwarzer waren hauptsächlich auf den Druck der Unternehmer zurückzuführen, die besser qualifizierte Arbeitskräfte benötigten.

Der Aufstand

An den weiterführenden Schulen gab es eine Organisation, die „Student Christian Movements" (SCMs), die zwar offiziell unpolitisch war, jedoch weitgehend von Aktivist:innen der „South African Students' Movement" (SASM) unterwandert war, die mit der „Black Consciousness"-Bewegung verbunden war. Diese Aktivist:innen leisteten bedeutende Arbeit im Bereich der Organisierung und der Schaffung von Bewusstsein.

Zunächst gründeten sie ein Aktionskomitee, aus dem später der Soweto-Schülerrat (SSRC) hervorging. Diese Aktivisten spielten eine entscheidende Rolle bei der Auslösung der Proteste.

Hunderte junger Menschen verließen ihre Schulen, um an einer Demonstration teilzunehmen. Ohne Vorwarnung eröffnete die Polizei das Feuer. Zahlreiche Augenzeugen berichten, dass Jugendliche auf der Flucht erschossen wurden.

Der Soweto-Aufstand breitete sich im ganzen Land aus und zog große Teile der Bevölkerung in seinen Sog. Überall reagierte die Staatsmacht mit rücksichtsloser Unterdrückung. Die Armee wurde eingesetzt, und die Polizei zögerte nicht, auf die Bewohner:innen der Townships zu schießen, um Angst und Schrecken zu verbreiten.

Der Wendepunkt

Der Soweto-Aufstand stellte einen echten Wendepunkt im Kampf gegen die Apartheid dar. Nach dem Massaker von Sharpeville im Jahr 1960 waren die Führer der wichtigsten Befreiungsorganisationen, des ANC und des Pan-Africanist Congress (PAC), inhaftiert oder ins Exil gezwungen worden. Das Regime schien damals unerschütterlich zu sein.

Jetzt sahen sich die Behörden jedoch gezwungen, einen Rückzieher zu machen und ihre Reform aufzugeben, mit der die Verwendung von Afrikaans in den Schulen vorgeschrieben werden sollte. Vor allem war eine neue Generation von Aktivist:innen herangewachsen. Sie sollten die Anti-Apartheid-Organisationen – seien es Gewerkschaften oder politische Gruppierungen – erheblich stärken.

Auf internationaler Ebene löste die Brutalität des südafrikanischen Regimes große Solidaritätsbewegungen aus, die dazu beitrugen, das Kräfteverhältnis innerhalb des Landes zu verschieben. Nach den Unruhen in Soweto kamen immer mehr Südafrikaner:innen zu der Überzeugung, dass die Apartheid nicht mehr unerschütterlich sei und dass sie irgendwann ein Ende finden würde.

23. Juni 2026

Quelle: *International Viewpoint*

Übersetzung: Björn Mertens